

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist kein Kammerorchester, das im In- und Ausland Konzerte interessanter Meinungen veranstaltet. Unsere Tagungen gleichen eher Expeditionen, die sich auf unwegsames Gelände vorwagen, um Schwierigkeiten zu erforschen und neue Einsichten und Ausblicke zu gewinnen. Unsere Arbeit ist ausschließlich zukunftsorientiert.

In diesem Sinne möchte ich Sie alle zu unserem 83. Gesprächskreis, mit dem wir die Zusammenarbeit zwischen Ost und West als Mittel der Vertrauensbildung ausloten wollen, recht herzlich begrüßen.

Lassen Sie mich aber zunächst unseren ungarischen Gastgebern dafür danken, daß wir uns hier in Budapest unter so großzügigen Bedingungen und in so freundschaftlicher Atmosphäre treffen können.

Auf der Moskauer Tagung unseres Gesprächskreises im Frühjahr dieses Jahres war viel vom "gemeinsamen Haus Europa" die Rede. Ich bin gespannt, welche Perspektiven für dieses europäische Haus hier in Budapest unter dem Aspekt der Zusammenarbeit zwischen Ost und West aufgezeigt werden, wobei ich hoffe, daß das Haus sowohl im Inneren als auch nach außen keine verschlossenen Türen haben wird. Angesichts der erfreulichen Tatsache, daß das erste große Rüstungsabkommen tatsächlich vor der Tür steht, wäre es wünschenswert, wenn unsere Gespräche auch in diesem Sinne kritische und fruchtbare Anregungen bekämen.

Daß Zusammenarbeit Vertrauen schafft, ist eine Banalität. Die Frage ist nur, wie man zu dieser vertrauensbildenden Zusammenarbeit kommt, zumal dann, wenn wir dabei Gegensätze der verschiedensten Art voraussetzen müssen. Gegensätze lassen sich nicht einfach beiseite schieben. Ich denke, daß man sie nicht verdrängen darf - weder aus taktischer Heuchelei noch aus naiver Arglosigkeit.

Um Gegensätze zu überwinden, bedarf es der Kompromißbereitschaft. Aber beim Interessenkompromiß kann es, wenn man Zusammenarbeit will, nicht bleiben. Zusammenarbeit verlangt uneingeschränkte gegenseitige Information. Ich meine damit nicht nur Informationen von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung, sondern Informationsfreiheit auf allen gesellschaftlichen Feldern und damit auch für die öffentliche Meinung.

Kompromisse und Informationen sind äußerst wichtige Faktoren für eine Vertrauensbildung in der Zusammenarbeit.

Aber die damit verbundenen Bemühungen und auch die Erfolge bleiben fragmentarisch, wenn wir nicht den Arbeitshorizont einer solchen Zusammenarbeit anvisieren. Sie kann nur Erfolg haben, wenn wir trotz ideologischer Grenzmarkierungen eine gemeinsame Zukunft ins Auge fassen: Eine gemeinsame Zukunft bedingt keinen gemeinsamen Weg, aber sie meint doch ein gemeinsames, das heißt friedliches Ziel in eine weltumspannende Zivilisation. Dazu braucht es jedoch mehr als nur guten Willen. Ein gemeinsamer friedlicher Weg braucht Phantasie und Initiative. Ich denke und hoffe, daß uns unser Budapester Gespräch Schritte in diese Richtung zeigen wird.

Schließlich haben wir mit den Herren Mátyás Szürös, Helmut Schmidt, Helmut Sonnenfeldt und Radomir Bogdanow Referenten gewonnen, von denen wir wissen und hoffen, daß sie ebenso offen wie entschlossen ihre Meinung sagen.

Sie, lieber Karl Kaiser, haben dankenswerterweise die Gesprächsleitung übernommen. Ich weiß aus Erfahrung, daß Sie aus unserer Diskussion ein Exempel guter Zusammenarbeit und Vertrauensbildung machen werden.

Kaiser

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat immer zu ergründen versucht, welche tieferliegenden Kräfte die Dynamik der internationalen Politik antreiben, welche langfristigen Folgen sich aus Veränderungen - insbesondere im Ost-West-Verhältnis - ergeben und wo Politik ansetzen soll, um diesen Prozeß zu beeinflussen, und zwar so, daß Wandel zugleich erleichtert wird und in friedlichen Formen abläuft.

Das ausgehende Jahr 1987 signalisiert in der Tat tiefgreifende Veränderungen im OstWest-Verhältnis: Die nukleare Rüstungskonkurrenz geht in eine neue Phase; eine Überprüfung ihrer Grundregeln zeichnet sich ab, sogar die Entstehung neuer Strategien. Ein Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen könnte zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte echte Abrüstung, genauer gesagt, die Zerstörung moderner Systeme, zur Folge haben und damit vermutlich die Voraussetzungen für weitere Schritte verbessern.

Nachdem die Sowjetunion unter ihrer neuen Führung eine seit vier Jahrzehnten hartnäckig vertretene Position aufgegeben und die Verifikation von Rüstungskontrollabkommen durch Inspektion vor Ort akzeptiert hat, ist eine völlig neue Lage entstanden, die zum erstenmal echte Fortschritte in der Abrüstung verspricht. Auch auf dem Gebiet der C-Waffen könnte dadurch ein Abkommen bald möglich werden. Von besonderer Bedeutung jedoch dürfte diese Veränderung auf dem für Europa so wichtigen Bereich der konventionellen Waffen werden, wo bisher alle Versuche um Rüstungskontrolle und Abrüstung scheiterten.

Innerhalb der beiden Weltmächte zeichnen sich wichtige Veränderungen ab, die die Rahmenbedingungen der Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert beeinflussen werden. Hierbei handelt es sich keineswegs nur um die erwähnten Neuorientierungen auf den Gebieten der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Neue Entwicklungen im ökonomischen und gesellschaftspolitischen Bereich beeinflussen zutiefst das äußere Verhalten der beiden Weltmächte, und zwar beider, wenngleich die Reformvorhaben der neuen sowjetischen Führung potentiell ungleich tieferegreifende Wirkungen - aber auch größere Ungewißheit hinsichtlich ihres Ausgangs - haben dürften, als dies in den USA der Fall ist. In jedem Fall ist angesichts der stattfindenden Veränderungen der Zeitpunkt für das Bergedorfer Gespräch außerordentlich günstig.

Die Thematik unserer Tagung enthält eine These: Zusammenarbeit ist ein Mittel der Vertrauensbildung. Niemand in dieser Runde erwartet, daß der Ost-West-Konflikt schnell überwunden werden kann, wohl aber, daß bestimmte Modifikationen möglich sind, die die Form der Austragung beeinflussen, insbesondere friedliche Verfahren begünstigen. Im Bergedorfer Gesprächskreis hat stets die Auffassung vorgeherrscht, daß Zusammenarbeit das Ost-West-Verhältnis verändern kann. Die großen ökonomischen, sozialen und technologischen Probleme, vor denen westliche und östliche Gesellschaften gemeinsam stehen, schaffen neue Ansatzpunkte für Kooperation. Ungarn, unser Gastland, hat in manchen Bereichen den Weg gewiesen, wie das Potential von Ost-West-Kooperation mobilisierbar ist. Möge der Genius loci unseren Einfallsreichtum beim Aufspüren neuer Möglichkeiten beflügeln.

Zunächst hören wir die Referate von Herrn Szürös und Helmut Schmidt.

Szürös

Es erfüllt uns mit Freude, daß wir Gastgeber dieser Veranstaltung des Bergedorfer Gesprächskreises sein können. Wir kennen und schätzen das unterstützenswerte Ziel Ihrer Initiative hoch ein, nach neuen, erfolgreichen Formen der europäischen Zusammenarbeit, nach Möglichkeiten und Mitteln der Festigung des Vertrauens zu suchen.

Wir Ungarn messen der Tatsache eine besondere Bedeutung bei, daß der Gedankenaustausch über die Aufgaben zur Verwirklichung einer "gemeinsamen europäischen Heimat" in Budapest stattfindet. Ich bin der Auffassung, daß unser daraufgerichtetes Interesse und unser Engagement keines Beweises bedürfen. Auch Ihre Anwesenheit zeugt davon, daß in uns allen der Wille vorhanden ist, dieses auf einer jahrtausendelangen Vergangenheit basierende Bauwerk - unsere europäische Heimat - zu vollenden, in dem Geiste, wie sich das unter anderen Charles de Gaulle, Willy Brandt, Michail Gorbatschow oder Olof Palme, Urho Kekkonen, Bruno Kreisky und János Kádár vorstellten beziehungsweise vorstellen.

Die Veränderungen in den vergangenen Jahren ermöglichten es schrittweise, in vieler Hinsicht aber erzwangen sie es sogar, daß der Europa-Geist, den man in früheren Jahrzehnten absichtlich vergessen hatte oder vergessen lassen wollte, erneut auftauchen und in unserem Denken und

Handeln an Raum gewinnen kann. Wir begannen von neuem aufmerksam zu werden auf die Aufgaben zur Schaffung der sich aus gemeinsamen historischen Wurzeln nährenden und an Vielfarbigkeit immer reicher werdenden europäischen Einheit des - nicht nur in geographischem Sinne verstanden - sich vom Atlantischen Ozean bis zum Ural ausdehnenden "Gesamt-Europas".

Unser Kontinent wird hoffentlich in der Lage sein, mit der Stärkung seiner zentralen Rolle bei der Entwicklung der universellen menschlichen Zivilisation, mit der Erneuerung des europäischen Geistes auch seiner eigenen Probleme Herr zu werden. Die Selbstprüfung kann bei der Erschließung jener bedrückenden Fragen über die gegenwärtige Lage unserer Existenz, unserer Sicherheit helfen, die wir ausschließlich mit Hilfe des entschlosseneren Willens aller Teilnehmer, ihres offeneren und aufrichtigeren Herangehens und einer neuen Denkweise lösen können.

Es ist ganz natürlich, daß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Europäer die Lage unseres eigenen Kontinents und dessen Probleme stehen. Gleichzeitig ist es jedoch eine Tatsache, daß die Lage, die Sicherheit und die Zukunft Europas kaum auf sinnvolle Weise untersucht werden können, wenn sie aus den Zusammenhängen der Ost-West-Beziehungen und den globalen Problemen herausgerissen werden.

Aus der außerordentlich komplexen Europa-Politik, der gesamteuropäischen Prozesse und der "gemeinsamen europäischen Heimat" möchte ich im ersten Teil meines Vortrages lediglich drei Problemkreise hervorheben und angesichts der gegenwärtigen Lage konkret analysieren, wobei ich die als evident geltenden Feststellungen ausklammere. Meiner Meinung nach gliedert sich das europäische Beziehungssystem in die folgenden drei voneinander abgrenzbaren, jedoch eng miteinander zusammenhängenden Gebiete: zum einen in die europäischen Projektionen des Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten; zum zweiten in die bi- und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung - und dabei speziell in das Verhältnis zwischen den kleinen und mittleren Ländern und der führenden Großmacht der anderen Seite; zum dritten schließlich in die Beziehungen zwischen den Ländern mit gleicher Gesellschaftsordnung beziehungsweise die Beziehungen innerhalb der beiden Bündnissysteme. Im zweiten Teil meines Vortrages komme ich auf die Gegenwart und Zukunft der europäischen Zusammenarbeit zu sprechen. Ich möchte dabei vermeiden, die Interpretierung der "gemeinsamen europäischen Heimat" zu simplifizieren, die mitunter ziemlich ungenau auf die Beziehungen der Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unseres Kontinents beschränkt wird.

Im Vergleich zu dem Tiefpunkt, zu dem es zu Beginn der 80er Jahre in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kam, die als Schlüsselement der internationalen Beziehungen gelten, kann seit Mitte dieses Jahrzehnts eine positive Bewegung registriert werden. Ich bin der Überzeugung, daß das ein grundlegendes Ergebnis der neuen sowjetischen außenpolitischen Philosophie ist, die - auf den inneren Wandlungen in der Sowjetunion basiert, und ihres konstruktiven Auftretens, wobei auch das Interesse der amerikanischen Seite daran deutlich wird.

Trotz aller zweifellos erreichten Ergebnisse können wir aber noch nicht von einem Durchbruch in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sprechen, da in den wichtigsten globalen Fragen, in der Schlüsselfrage der beiden Weltsysteme - der Rüstungsbegrenzung;- vorläufig noch keine weitreichende Veränderung eingetreten ist. Der Weg dafür könnte durch das in der jüngsten Vergangenheit erreichte prinzipielle Einvernehmen der beiden Weltmächte über die Liquidierung der Mittelstrecken- und der operativ-taktischen Raketen in Europa geebnet werden. Bei dem noch in diesem Jahr zu erwartenden Gipfeltreffen könnte auch eine Vereinbarung über die doppelte Null-Lösung unterzeichnet werden, mit deren Ratifizierung - je früher um so besser - in den Ost-West-Beziehungen das Vertrauen und die Absicht zur Zusammenarbeit weiter gestärkt werden und die die Ouvertüre zu einem neuen Abschnitt der Entspannung sein könnte.

Die politisch-militärische Bedeutung der Liquidierung der Mittelstreckenraketen könnte einen Ausgangspunkt darstellen: Bisher wurden nur die oberen Grenzen für die diversen nuklearen Waffen festgelegt; nunmehr aber könnte es erstmals zum Abzug und zur Vernichtung moderner atomarer Waffen kommen. Das Zustandekommen dieser Vereinbarung wurde dadurch ermöglicht, daß die Vernichtung dieser Waffengattungen vollzogen werden kann, ohne die Kräfteverhältnisse zwischen beiden Großmächten zu verändern. Eine positive Rolle spielte dabei auch der von Bundeskanzler Helmut Kohl im Namen seiner Regierung zum Ausdruck gebrachte Standpunkt in bezug auf die Pershing-I-A-Raketen. Wir vertrauen darauf, daß die Vereinbarung, die auch die notwendige Kontrolle einschließt, beispielgebend in die Zukunft wirkt, daß sie auch auf anderen Gebieten zur Übereinkunft anspornt und diese fördert.

Die Ereignisse der vergangenen Monate machten die widersprüchliche Einstellung einiger westeuropäischer Staaten zu dieser Frage deutlich. Obgleich man sich darüber im klaren ist, daß die

Reduzierung der gegenseitigen Bedrohung im eigenen Interesse liegt, sind diese Staaten wegen der angeblichen Schwächung der amerikanischen nuklearen Garantie besorgt. Berechtigt werfen sie Fragen auf wie: Wieviel Atomwaffen sind notwendig, um die Sicherheit Westeuropas zu garantieren? Ist eine Verteidigung mit konventionellen Waffen in Europa denkbar, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Kann die angebliche Überlegenheit des Warschauer Vertrages ausgeglichen, mit anderen Worten: Kann die gegenseitige Sicherheit auf einem niedrigeren Rüstungsniveau geschaffen werden? Ist das Prinzip der flexiblen Reaktion innerhalb der NATO im Falle der Verwirklichung der doppelten Null-Lösung aufrechtzuerhalten?

Ich nehme an, daß die allgemeine Achtung genießenden Experten unter den Teilnehmern dieser Konferenz auf diese Frage gesondert zu sprechen kommen; ich denke dabei zum Beispiel an Herrn Helmut Schmidt.

Die Demokratisierung des Systems der internationalen Beziehungen hängt - sowohl als Ursache als auch als Wirkung - eng mit der vollen Entfaltung des in den 70er Jahren eingeleiteten Helsinki-Prozesses zusammen. Auf dem Tiefpunkt des Verhältnisses zwischen beiden Großmächten haben nicht zuletzt die Bemühungen der kleinen und mittleren Länder um die Weiterführung dieses Prozesses mit Erfolg dafür gesorgt, daß der Dialog in den Ost-West-Beziehungen aufrechterhalten werden konnte. Die Zusammenarbeit zwischen den kleineren Ländern war imstande, den Wellenschlag, den die Konflikte der Großen auslöste, in geringem Maße zu beruhigen. Ich denke, daß es keine übertriebene Feststellung ist, wenn ich sage, daß unter diesem Gesichtspunkt die Beziehungen Ungarn-Finnland, Ungarn-Österreich, Ungarn-Bundesrepublik Deutschland als beispielgebend eingeschätzt werden können.

Zum dritten Fragenkreis kann man im Rahmen der Analyse der inneren Verhältnisse in den gegebenen Bündnissystemen beobachten, daß sich beide Systeme in den vergangenen ein bis zwei Jahren von innen heraus schrittweise umgestalten. Die früheren hierarchischen Verhältnisse lösen sich kontinuierlich auf, und die Vormundschaft der Großmächte verringert sich. An beiden Polen ist von seiten der kleineren Bündnispartner der wachsende Anspruch auf konsequentere Durchsetzung ihrer Interessen, auf den Ausbau gleichberechtigter Partnerbeziehungen spürbar. All das ist gleichzeitig eine spezifische Erscheinungsform des Entspannungsprozesses, der Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Ich möchte nunmehr zu den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft übergehen, den Hauptfragen der Sicherheit sowie der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit. Die europäische Zusammenarbeit im weiten Sinne, die Lage und Zukunft einer gemeinsamen europäischen Heimat ist meiner Meinung nach entscheidend mit den bei der Stärkung der Sicherheit erreichten Ergebnissen verbunden. In der vergangenen Periode war es für jedes Land in Europa ein wichtiges Ergebnis, daß es im Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit gelungen ist, die Fortsetzung des in Stockholm Erreichten, nämlich die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen, in den Vordergrund zu stellen.

Mit dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Budapester Appell der Warschauer Vertragsstaaten und der entsprechenden Antwort der NATO-Länder scheint zwischen beiden Bündnissystemen dahingehend ein Einvernehmen erreicht worden zu sein, daß sich ein gesondertes Forum mit der Weiterentwicklung der sicherheits- und vertrauensstärkenden Maßnahmen beschäftigen und gesonderte Verhandlungen zwischen den 23 zur Frage der konventionellen Abrüstung beginnen sollen. Wir halten es unsererseits für sehr wichtig, daß es zu all diesen Vorhaben im Rahmen des Prozesses der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit kommt. Bei Anerkennung der in diesem Zusammenhang abweichenden, jedoch in jedem Fall zu beachtenden Interessen der zu den Bündnissystemen gehörenden beziehungsweise der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder können wir feststellen, daß auf dem Wiener Folgetreffen noch vieles für die Erreichung eines Konsenses zu tun ist. Auf der Grundlage der genannten Entwicklungen scheinen sich die Umrisse dafür durchaus abzuzeichnen.

Auch für Ungarn - als potentiellen Teilnehmer - ist es wichtig, daß im Interesse eines sichereren Europas an der Grenzlinie zwischen beiden Militärbündnissen von bestimmten Waffengattungen gesäuberte oder fast freie Zonen geschaffen werden, insbesondere atom- und C-waffenfreie Zonen, Korridore. Aus diesen Zonen könnten mit der Zeit stufenweise auch ausländische Truppen abgezogen werden. Einige west- und nordeuropäische sozialdemokratische Parteien befassen sich seit Jahren mit Fragen der nicht-provokativen Verteidigung. Mittlerweile haben auch in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern Experten mit ähnlichen Arbeiten begonnen. Vorläufig befinden sich diese Überlegungen jedoch erst in einem Anfangsstadium. Es geht um einen Prozeß, der stufenweise von einer auf der Angriffsstrategie aufbauenden Abschreckung zu Verteidigungsdoktrinen

beziehungsweise zu einer verteidigungszentrierten strategischen Annäherung übergehen müßte. Das grundlegende Ziel besteht in der Schaffung eines Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen. Das könnte in der Zukunft der Tragpfeiler der gegenseitigen Sicherheit sein.

Die erwähnten Modifizierungen des militärischen Elementes werten den politischen Faktor der gegenseitigen Sicherheit und Zusammenarbeit außerordentlich auf, insbesondere dessen Vertrauens- und psychologische Komponenten. Sie könnten dazu beitragen, den Rahmen der bis Mitte der 70er Jahre herausgebildeten und sich seither bewährten politischen Zusammenarbeit weiter auszudehnen beziehungsweise eine noch inhaltsreichere Gestaltung dieser Zusammenarbeit zu fördern.

Ich bin des weiteren der Auffassung, daß unter dem Gesichtspunkt der Stabilität und Sicherheit des europäischen Kontinents zunehmend an Bedeutung gewinnt, inwieweit dieser Kontinent als Ganzes in der Lage ist, mit den Herausforderungen, die sich aus den beschleunigten Umstrukturierungsprozessen der Weltwirtschaft ergeben, fertig zu werden. Während inzwischen die internationale Arbeitsteilung und die gegenseitige Abhängigkeit und das Aufeinander-Angewiesensein sich immer mehr verstärkt haben, ist es ein spezifischer Anachronismus, daß zwischen beiden Teilen Europas die Bande der traditionellen Arbeitsteilung aufgrund des Bruchs, der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgt ist, außerordentlich schwer zu knüpfen sind. Obwohl als Ergebnis der Integrationsbestrebungen die Teile in sich einheitlicher wurden, gestaltete sich gleichzeitig auch die Abgrenzung zwischen ihnen markanter. Es wird immer offensichtlicher, daß sie für sich allein kaum in der Lage sein werden, anderen Regionen gegenüber ihre internationalen Wirtschaftspositionen zu bewahren beziehungsweise zu stärken.

Wir halten es für sehr wichtig, daß als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Organisationen der EG und des RGW die Annahme einer Vereinbarung in greifbare Nähe gerückt ist, die über eine gegenseitige Anerkennung hinaus als Rahmen für die weitere Entwicklung der Beziehungen dienen kann. Die Verhandlungen zwischen der EG und einzelnen RGW-Ländern waren dazu angetan, durch den Abbau von Hindernissen, die sich vor der Zusammenarbeit auf türmen, jene Vorteile gegenseitig nutzbar zu machen, die in der Arbeitsteilung zwischen den Ländern dieses Raums liegen. Wir möchten unsererseits daran als aktive Mitgestalter und Partner teilnehmen, aber nicht als Almosenbittsteller eine zweitrangige Rolle spielen.

Wir sehen natürlich auch sehr deutlich, daß die sozialistischen Länder in der gesamteuropäischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit nur dann eine wirkliche Partnerrolle einnehmen können, wenn wir einerseits auf die sich aus unserer inneren Entwicklung, andererseits auf die sich aus der Umstrukturierung der Weltwirtschaft ergebenden Herausforderungen eine entsprechende Antwort geben können.

Seit Mitte der 80er Jahre haben sich in mehreren sozialistischen Ländern jene Reformbestrebungen verstärkt, die auf eine umfassende Erneuerung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens abzielen. Wir meinen, daß für diesen Prozeß jenes mutige, den Anspruch auf eine umfassende Umgestaltung erhebende Bestreben, das sich seit Mitte dieses Jahrzehnts in der Sowjetunion entfaltet, bestimmend ist. Dies wirkt sich auch auf die Weltpolitik insgesamt aus. Die positiven Auswirkungen dessen zeigen sich indirekt auch in den spürbar stärker werdenden Reformbestrebungen mehrerer anderer sozialistischer Länder.

Wir sehen in Ungarn in diesen Bestrebungen die Bestätigung, daß unsere zwei Jahrzehnte währende Reformpraxis fundiert ist. Das stärkt gleichzeitig unsere Überzeugung, daß die Entwicklung unseres Landes und sein Bestehenkönnen in der Weltwirtschaft nur durch die gemeinsame Weiterführung des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformprozesses und seine konsequente Vervollkommnung möglich ist. Wir schätzen die internationalen politischen Bedingungen dafür als günstig ein, sind uns aber bewußt, daß diese Reform jetzt unter schwierigeren äußeren und hauptsächlich inneren wirtschaftlichen Bedingungen sowie unter angespannteren inneren gesellschaftlichen Verhältnissen verwirklicht werden müssen.

Die Bereitschaft Westeuropas zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Stärkung der Kooperationsfähigkeit der sozialistischen Länder sowie die objektive Aufwertung unserer Rolle als Partner könnten insgesamt dazu beitragen, das gegenwärtige Stagnieren Europas in weltwirtschaftlicher und technologischer Hinsicht aufzuhalten, damit unser Kontinent seine traditionell dynamische Rolle in der internationalen Entwicklung zurückgewinnt.

Wir sind der Auffassung, daß ein besseres Verstehen, die Stärkung des Vertrauens, die Schaffung eines realistischeren Bildes über den jeweils anderen und die Befreiung von schlechten Stereotypen förderlich für unseren ganzen Kontinent sein könnten. Dies dürfte möglich sein, wenn es im wesentlichen gelingen würde, die direkten Kontakte zwischen den Menschen zu erleichtern und die

Behandlung humanitärer Fragen an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen auszurichten sowie die Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens der kulturellen Werte und der Bereitschaft zu deren Aufnahme zu stärken.

Der Anspruch auf Sicherheit in einer gemeinsamen europäischen Heimat könnte neben den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Komponenten durch die gleichzeitige Berücksichtigung der soeben genannten Elemente gewährleistet werden. Auch deshalb halten wir es für wichtig, daß der Fragenkreis des dritten Korbes beim Wiener Folgetreffen nachdrücklich eine Rolle spielt, obgleich es auch Auffassungen gibt, wonach diese Fragen, gemessen an den übrigen diskutierten Problemen, aus politischen Gründen mitunter zu sehr in den Vordergrund treten.

Im Zusammenhang mit Fragen der Menschenrechte, der zwischenmenschlichen Beziehungen sowie der Zusammenarbeit im kulturellen, Informations- und Unterrichtsbereich hat sich seit 1983 nachweisbar gezeigt, daß trotz der Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Systemen und der wesentlichen Abweichungen in der Praxis die Fortsetzung des Dialogs auf der Grundlage der gemeinsamen europäischen beziehungsweise der Werte europäischen Ursprungs möglich und notwendig ist. Mehr noch: Es wurden auch konkrete Ergebnisse erzielt. Früher wären solche Beratungen wie die Konferenzen von Ottawa und Bern oder das Budapest Kulturforum unvorstellbar gewesen. Die Diskussionen und die in mancher Hinsicht erheblichen Meinungsverschiedenheiten, das Ausbleiben eines gemeinsamen Abschlußdokuments, haben jedoch die Bedeutung der kulturellen und humanitären Zusammenarbeit der Nationen Europas, die da zum Ausdruck gebracht wurde, nicht geschwächt. Vielmehr wird sie durch die gemeinsamen historischen Erfahrungen unseres Kontinents und die nicht geringen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft weiter gestärkt.

Die genannten Foren haben bekräftigt, daß auch auf diesem Gebiet Möglichkeiten einer gegenseitigen Annäherung vorhanden sind: Sie halfen beim Abbau von Vorurteilen und der früheren verhärteten Denkschemata und trugen zur Stärkung des für den Ausbau der Kontakte unentbehrlichen Vertrauens und dazu bei, daß das Feindbild schrittweise durch eine neue Art von Partnerbild abgelöst wird. Das ist unserer Meinung nach eine unerläßliche Vorbedingung für die gesamteuropäische Zusammenarbeit. Ich bin der Meinung, daß in den vergangenen zwei bis drei Jahren in diesem Zusammenhang die Anschauung in immer mehr sozialistischen und kapitalistischen Ländern eine bedeutende Wandlung durchgemacht hat, daß das Herangehen an die verschiedenen humanitären und Menschenrechtsfragen viel realistischer und gleichzeitig wesentlich empfänglicher für diese Probleme geworden ist.

Analysieren wir den komplizierten und sensiblen Fragenkreis des dritten Korbes, dann sind wir uns dessen bewußt, daß die Ausdehnung, Tiefe und Substanz der Menschenrechte immer von den politischen und mehr noch wirtschaftlichen Realitäten der jeweiligen Gesellschaft abhängen. Andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß unabhängig davon ethische Prinzipien und allgemeine menschliche Werte existieren, die für jeden Staat eine Art Norm darstellen. Dazu gehören das Recht auf Demokratie, Freiheit, Menschenwürde, das Recht auf sinnvolle menschliche Arbeit und das Bekenntnis zu einer nationalen Zugehörigkeit. Es bedarf keines besonderen Beweises, daß diese Rechte kaum etwas wert sind, wenn sie nur auf dem Papier stehen, wenn die konkrete Wirklichkeit, die Praxis in irgendeinem Lande sich anders gestaltet. Wir sind der Auffassung, daß in dieser Frage jeder Staat, unabhängig von seiner Gesellschaftsordnung, vom guten Willen, von einer aufrichtigen Einstellung, vom Anspruch auf das Kennenlernen, die Wertschätzung und Adaptierung der gegenseitigen Ergebnisse geleitet werden sollten.

Neben einer strengen Selbstprüfung und der ständigen Vervollkommnung der inneren Demokratie könnte ein Voranschreiten auch durch die bewußte Aufnahme der gegenseitigen Werte, der kulturellen und wissenschaftlichen Ergebnisse gefördert werden. Mit der Vervollkommnung des fortschrittlichen europäischen Geistes könnten am Ende dieses Jahrhunderts ein neuer Humanismus geschaffen und die in kontinentalem und globalem Ausmaß alarmierenden Erscheinungen der Entmenschlichung und Entfremdung zurückgedrängt werden. Gleichzeitig mit der Stärkung eines gemeinsamen Europatums müßte ein solcher Humanismus imstande sein, die sich aus den voneinander abweichenden nationalen, ethnischen und religiösen Spezifika ergebende Vielfaltigkeit in Europa zu wahren.

Ich möchte noch kurz auf die Möglichkeiten der kleinen und mittleren Länder bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Heimat im Rahmen des Ost-West-Verbindungssystems eingehen. Wiederholt taucht die Frage auf, ob diese Staaten dazu beitragen können, das Schicksal unseres Erdteils positiv zu gestalten. Die Erfahrung bestätigt: Die Milderung und die Lösung von Spannungen macht es auf direkte Weise notwendig, und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen wiederum ermöglicht es immer mehr, daß die kleinen und mittelgroßen Mächte - unter Nutzung ihres

spezifischen Bewegungsraums und ihrer Bindungen - aktiv an der Gestaltung der Verhältnisse in Europa mitwirken.

H. Schmidt

Was ich hier vorzutragen beabsichtige, sind sehr persönliche, private Auffassungen, die möglicherweise Regierungen in Osteuropa wie auch in Westeuropa - meine eigene nicht ausgenommen - nicht in jeder Hinsicht erfreuen dürften, falls sie sie zu Gesicht bekommen. Ich möchte meine Freude darüber ausdrücken, alte Freunde an diesem Tisch wiederzusehen. Das gilt etwa für Herrn Rakowski und Herrn Wojna.

Wir kennen uns seit über 20 Jahren und haben uns in dieser Zeit bemüht, sowohl in Polen als auch in Deutschland Zusammenarbeit und Vertrauensbildung möglich zu machen.

Das Tagungsthema bezieht sich auf die Zukunft, und über die Zukunft hat Somerset Maugham gesagt: "It is bad enough to know the past. It would be intolerable to know the future." Ich bin nicht sicher, ob dieses Motto auf die gegenwärtige Situation in Europa und in der Welt wirklich zutrifft. Ich jedenfalls sehe die Zukunft nicht schwarz, aber ich sehe sie auch nicht rosa. Das will ich begründen.

Abgesehen von der sehr kurzen Phase der Zusammenarbeit zwischen West und Ost bei Ende des Krieges - Gründung der United Nations etc. - haben wir in Europa zunächst zwanzig Jahre des kalten Krieges erlebt. Erst Ende der 60er Jahre kamen Breschnew und Nixon - trotz Kuba-Krise, trotz Mauerbau in Berlin, trotz Vietnam, trotz Kambodscha - zu der Erkenntnis, daß eine gewisse Kooperation notwendig sei, um zumindest das Risiko atomarer Katastrophen zu begrenzen. Das hat zum Nonproliferations-Vertrag, zum ABM-Vertrag, zu SALT I geführt. Hinzu kamen die Bonner Ostpolitik, der Beginn der Wiener MBFR-Verhandlungen und der KSZE-Prozeß. Somit wurde die erste Hälfte der 70er Jahre zu einer Entspannungsphase - die einzige in den letzten vierzig Jahren.

Diese bislang erfolgreichste Phase der Zusammenarbeit zwischen Ost und West fand mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 ihren Höhepunkt - und beinahe auch schon ihren Abschluß. Ende 1979 war diese Zusammenarbeit völlig am Ende, und daran änderte sich im nächsten halben Jahrzehnt nichts. Ich meine jedoch, daß diese bisher einzige Phase der Entspannung und Zusammenarbeit sowohl aus sowjetischer und osteuropäischer Sicht wie auch aus westeuropäischer und amerikanischer Sicht im nachhinein positiv bewertet wird, auch wenn man sich in Helsinki beiderseits ein wenig getäuscht hat. Denn die drei "Körbe" von Helsinki wurden auf beiden Seiten sehr verschieden interpretiert. Es gab eine gewisse Übereinstimmung bei Korb I, also in der Sicherheitspolitik. Bei Korb 2, der ökonomischen Zusammenarbeit, bestanden weit übertriebene Erwartungen, vor allem auf osteuropäischer Seite, während bei Korb 3 die Erwartungen auf westlicher Seite ebenso unrealistisch waren.

Nun muß man aber zugleich daran erinnern, daß in diese 70er Jahre zwei ökonomische Ereignisse fielen, die die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen in West und Ost auf das allerhöchste beanspruchten, nämlich die beiden Ölpreisexplosionen und die daraus folgenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Für alle Nichtölländer bedeutete der explosionsartige Anstieg der Ölpreise, daß sie gegenüber der Zeit bis 1972 das Zwanzigfache an harter Währung für ihre Ölimporte zu zahlen hatten. Dadurch wurden bei den meisten Nichtölländern sämtliche Devisen verbraucht, und es blieb nichts mehr für andere Importe übrig. Die Folgen waren rasch ansteigende Arbeitslosigkeit und Inflation in einer Reihe westlicher Länder, während in Osteuropa, zum Beispiel in Ungarn, eine erhebliche außenwirtschaftliche Verschuldung unumgänglich war. Man mußte sich die harten Devisen auf dem Kreditwege beschaffen. Das galt natürlich ebenso für Lateinamerika. Die Sowjetunion war durch diese Entwicklung zunächst begünstigt; denn ihr Öl brachte auf den Weltmärkten plötzlich sehr viel mehr ein. Desgleichen zählten die USA und besonders natürlich der Mittlere und Nahe Osten zu den Begünstigten. Ende der 70er Jahre kam der Ölpreisanstieg auch England zugute.

Im Ergebnis haben wir eine latente Strukturkrise der Weltwirtschaft erlebt. Jedenfalls sind die heutigen kreditpolitischen Schwierigkeiten etwa in Polen, Ungarn, Jugoslawien oder in Lateinamerika, in Schwarzafrika, aber auch in den USA, die Ungleichgewichte in deren Zahlungsbilanzen, etwa im Vergleich zu Japan oder Deutschland, Konsequenzen jener Ereignisse, die ohne Zweifel die Außenpolitik in vielen Ländern direkt beeinflussten und das Engagement der Regierungen voll beanspruchten.

Als 1981 die Ölpreise weltweit wieder drastisch heruntergingen, haben sich die Devisenerlöse beispielsweise der Sowjetunion aus Ölverkäufen nahezu halbiert; sie machen für die Sowjetunion immerhin die Hälfte ihrer Exporte aus. Das heißt, innerhalb der letzten sechs Jahre hat diese Hälfte der sowjetischen Exporte nur noch 50 Prozent der 1980/81 erzielten Erlöse erbracht mit der Folge,

daß die Importfähigkeit der Sowjetunion entsprechend eingeschränkt worden ist. Das gilt übrigens auch für andere ölexportierende Länder, die sich teilweise sogar verschulden mußten.

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Ost und West besteht zweifellos eines der wichtigsten Probleme darin, inwieweit es möglich ist, die notleidend gewordenen Hartwährungskredite der osteuropäischen Staaten zu konsolidieren beziehungsweise auf andere Art und Weise ihre Gefährlichkeit zu nehmen.

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre hat es dann neben diesen ökonomischen Ereignissen weitere Tatbestände gegeben, die der Entspannung abträglich waren. Ich denke etwa an die sowjetische Aufrüstung mit SS-20-Raketen und an den Einmarsch in Afghanistan, auf amerikanischer Seite an die SDI-Debatte und an das Gerede vom "evil empire". Anfang der 80er Jahre waren die Beziehungen der beiden Weltmächte auf einem Nullpunkt angekommen. Für Moskau waren die Absichten im Weißen Haus schwer auszumachen, und umgekehrt war es auch für die Amerikaner schwierig, die Absichten der Sowjetunion zu erkennen. Damit waren die bis dahin gültigen Grundlagen der gemeinsam betriebenen Entspannungspolitik in Frage gestellt. Über die Zielsetzungen des anderen bestand auf beiden Seiten Unklarheit. Deshalb braucht sich niemand zu wundern, daß man nach 1979 keine gemeinsamen Ergebnisse mehr erreichen konnte. Das beginnt sich erst in den letzten zwei Jahren wieder zu ändern.

Es kann sein, daß wir seit Genf und Reykjavik in eine neue Phase der Entspannung und Zusammenarbeit eintreten. Ich bin vorsichtig und sage: Es kann so sein. Die KSZE-Folgekonferenzen von Stockholm, Madrid etc. haben sich auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentriert, was ursprünglich nicht der Hauptzweck des Helsinki-Prozesses gewesen ist. Aber es war zwangsläufig, sich auf die Vertrauensbildung zu konzentrieren, nachdem das Vertrauen zwischen den beiden Weltmächten völlig verlorengegangen war. Zur Zeit sieht es so aus, als ob ein INF-Vertrag zustande kommt. Wenn man sich die Situation der Jahre 1983/84 vor Augen hält, ist das eine Überraschung. 1984 war das keineswegs anzunehmen, wenn man sich daran erinnert, welche Sprache die Staatsmänner auf beiden Seiten damals geführt haben. Bei Präsident Reagan sah es während seiner ganzen ersten Amtsperiode überhaupt nicht danach aus, und in der Sowjetunion haben wir innerhalb weniger Jahre vier Generalsekretäre nacheinander erlebt und konnten nicht erkennen, was daraus werden würde.

Es kann sein, daß die Einigung über den INF-Vertrag zu weiteren Vereinbarungen führt. Es ist die Rede von einer fünfzigprozentigen Kürzung des strategischen Nuklearpotentials auf beiden Seiten. Vielleicht wird dies oder eine vergleichbare Vereinbarung erreicht. Es kann sein, daß die SDI-Barriere dabei überwunden wird. Dann stellt sich natürlich heute schon die Frage - Herr Szürös hat sie erwähnt;-, ob ein ausreichendes konventionelles Gleichgewicht in Europa gefunden wird. Wenn das alles geschehen sollte, würden wir zum zweitenmal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in eine Kooperationsphase eintreten, mit hoffentlich weitreichenden Konsequenzen auch auf anderen Feldern.

Ich werde jetzt nacheinander den Blick auf die beiden Führungsmächte richten. Zunächst zur Sowjetunion. Uns im Westen erscheint der gegenwärtige Generalsekretär der KPdSU als ein glänzender "Communicator", um einen amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen. Jedenfalls erreicht er das westeuropäische Fernsehpublikum besser als Ronald Reagan, der sich mehr auf sein eigenes Publikum konzentriert. Offensichtlich versucht Gorbatschow, die in 70 Jahren bürokratisch verknöcherte Struktur aufzubrechen und gewissermaßen das Pathos des Anfangs wiederzubeleben. Dazu gehört ein neuer Anlauf, den ökonomischen Wettbewerb mit der nichtkommunistischen Welt nicht verloren zu geben. Es ist also ein Versuch, der auf Modernität und Fortschritt abzielt. Fortschritt heißt Bewegung. Dabei geht es offenkundig nicht nur um Begriffe, deren man sich bedient, sondern darum, dies auch zu verwirklichen.

Wir im Westen haben den Eindruck, daß in Moskau bisher vieles sehr grundsätzlich und abstrakt formuliert wurde, um die überkommene Macht- und Verhaltensstruktur zu überwinden. Greifbare Ergebnisse gibt es aber vorerst wenige. Die sowjetischen und osteuropäischen Partner sollten deshalb verstehen, daß wir im Westen diesen Prozeß einstweilen mit Vorsicht betrachten. Wir wissen nicht, was daraus wird, und auch die Sowjets selbst wissen offenbar nicht, was daraus wird. Es ist für uns deutlich geworden, daß es im Innern der Sowjetunion beträchtliche Widerstände gegen den neuen Kurs gibt, von der Trägheit bei Hunderttausenden von Stelleninhabern ganz zu schweigen. Wir wissen also nicht recht, was sich letztlich tatsächlich ändern wird und in welchem Tempo.

Persönlich glaube ich nicht, daß die neuen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Impulse irgend etwas an den geostrategischen Interessen, wie sie die Sowjetunion und zuvor Rußland über Generationen hinweg kontinuierlich verfolgt haben, ändern werden. Die Vorstellung dieser sowjetisch-

russischen Kontinuität veranlaßt mich jedenfalls dazu, dem Westen Vorsicht anzumahnen, getreu dem Grundsatz, daß "the prove of the pudding is in the eating", ein Wort, das von Friedrich Engels stammt.

Die entscheidende Motivation - vielleicht nicht von Anfang an - dürfte heute bei Gorbatschow und der Führung der KPdSU darin bestehen, die Rüstungsausgaben zu senken. Fachleute des Westens schätzen die militärischen Ausgaben der Sowjetunion auf 12 bis 14 Prozent des sowjetischen Bruttosozialproduktes. Einige Schätzungen liegen noch höher, keine liegt unter 12 Prozent. Das ist ein ungeheurer Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt. Zum Vergleich: Auch unter Ronald Reagan beträgt dieser Anteil in den USA nur 6¹/₂ Prozent; in Westeuropa liegt er zwischen 3 und 4 Prozent, in der Bundesrepublik zur Zeit unter 3 Prozent. Japan wendet gerade etwas mehr als ein einziges Prozent seines Bruttosozialprodukts für Rüstungszwecke auf; notabene eine von mehreren Erklärungen für den ökonomischen Erfolg der Japaner.

Ein Land, das 12 bis 14 Prozent seines Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgibt, kann nicht hoffen, in wenigen Jahren den Lebensstandard seiner Massen wesentlich zu verbessern. Deshalb bin ich persönlich der Meinung, zumindest Gorbatschow hat inzwischen erkannt, daß er unabhängig von perestrojka, also vom Umbau der Wirtschaftsstruktur, eine Verringerung der Rüstungsausgaben braucht. Dabei weiß er natürlich, daß er dies nicht einseitig in Angriff nehmen darf. Das würde unüberwindbare Widerstände in der Sowjetunion wecken. Deshalb braucht er gleichgewichtige Abrüstungsverträge mit den Amerikanern. Aber selbst wenn das gelingen sollte, wird es erhebliche Zeit dauern, bis eine Industrie, die bisher Raketen und Panzer produziert hat, dann Kühlschränke, Fernsehgeräte und PKWs herstellt. Das dauert schon in den umstellungsfreudigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen eine Reihe von Jahren; in der Sowjetunion wird das natürlich noch länger dauern.

Folglich: Selbst wenn den jetzigen Abrüstungsbemühungen und - darauf aufbauend weiteren Verhandlungen ein schneller Erfolg beschieden sein sollte, würde für die Masse der sowjetischen Bevölkerung eine Steigerung des Lebensstandards kaum vor fünf, allerfrühestens in drei Jahren erste Früchte sichtbar werden lassen. Vorher sind eher negative Auswirkungen zu erwarten: Verwerfungen, Schwierigkeiten, Engpässe, Opfer, Enttäuschung, was viele dazu verführen könnte, auf die angeblich bewährten alten Verfahren zurückzugreifen, wie sie sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte in der Sowjetunion eingespielt haben. Das ist eine gefährliche Verführung.

Bevor ich zu den Vereinigten Staaten übergehe, eine Zwischenbemerkung zur Rolle der beiden Weltmächte im Bereich der Weltwirtschaft. In militärisch-strategischer Hinsicht sind beide ohne jeden Zweifel Supermächte. Unter weltwirtschaftlichen Aspekten trifft dies aber keineswegs zu. Die Vereinigten Staaten exportieren weniger als zehn Prozent ihres Bruttosozialprodukts. Sie sind eine ungeheuer starke Industriemacht - das trifft übrigens auch für die Landwirtschaft zu;- die sich aber vorzugsweise auf den eigenen Binnenmarkt von fast 240 Millionen Menschen ausrichtet. Die Sowjetunion mit beinahe 280 Millionen Menschen exportiert um die sieben Prozent ihres Bruttosozialprodukts; davon machen Öl und Gas allein die Hälfte aus (stark abhängig von den Weltmarktpreisen, wie ich vorher in Erinnerung gerufen habe); da steckt kaum eigene Wertschöpfung drin. Um noch die Volksrepublik China zu erwähnen: Deren Exportanteil liegt bei einem Prozent ihres Bruttosozialprodukts. Alle drei Weltmächte sind wirtschaftlich betrachtet keine Supermächte.

Zum Vergleich: Japan, knapp 120 Millionen Menschen, exportiert 17 oder 18 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland, 60 Millionen Menschen, 35 Prozent ihres Bruttosozialprodukts. Entsprechend hoch sind die Anteile am Welthandel. Wenn wir die Europäische Gemeinschaft insgesamt nehmen, dann ist sie der bei weitem größte Welthandelspartner; es folgen - etwa gleich - die USA und Japan, während die Sowjetunion weit hinterherhinkt und China überhaupt nicht in Erscheinung tritt.

Was manchmal falsch beurteilt wird: Der westeuropäische Handel mit der Sowjetunion oder mit Osteuropa ist, gemessen am gesamten Außenhandel Westeuropas oder Deutschlands, außerordentlich geringfügig. Daran ändern gelegentliche große Pressekonferenzen und gefeierte Besuche, etwa auf der Leipziger Messe, überhaupt nichts. Von uns aus gesehen ist dieser Handel minimal. Der Warenaustausch der Bundesrepublik mit der Sowjetunion ist etwa halb so groß wie unser Handel mit Österreich. Das gilt aber für unseren gesamten Osthandel. Wenn unsere Regierungen ihn unterstützt haben, dann aus politischen Gründen; denn wir sehen ihn als ein Vehikel zur Stärkung der Zusammenarbeit an. Ökonomisch gibt es nur geringen Grund dafür.

Ich erwähnte die Verschuldung einer Reihe osteuropäischer Staaten, Ungarn, Polen sind Beispiele, von Jugoslawien will ich gar nicht reden. Nun treten Verschuldungsprobleme aber nicht nur in Osteuropa auf; noch gravierender sind sie in Schwarzafrika, in Lateinamerika und vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht Brasilien ist das größte Schuldnerland der Welt, wie es in

Zeitungen immer wieder zu lesen ist, sondern der größte Netto-Auslandsschuldner sind die Vereinigten Staaten. Das schafft für die Zukunft erhebliche ökonomische Probleme. Ich komme darauf zurück.

Ich will zunächst etwas über die politische Entwicklung in Amerika sagen. Während der Aufstieg Gorbatschows im Osten eine neue Epoche einzuleiten scheint, geht im Westen die Reagan-Ära zu Ende, und keiner von uns weiß, wer sein Nachfolger sein wird, welche außenpolitischen Vorstellungen er mitbringt, beziehungsweise welche er sich nach seinem Amtsantritt zu eigen machen wird.

Etwas deutlicher können wir sehen, welches Erbe der neue Präsident zu übernehmen hat. Was sich heute auf dem INF-Felde anbahnt, wird, wenn es zum Erfolg führt, ein guter Wegstein sein. (Sie werden es mir nachsehen, wenn ich an dieser Stelle sage, daß mir dieser INF-Erfolg, falls er zustande kommt, eine späte Befriedigung verschafft. Ich bin lange genug für die Vaterschaft des NATO-Doppelbeschlusses verhöhnt und geschmäht worden. Jetzt sehe ich, daß der greifbar gewordene Erfolg viele Väter hat. Aber ich neide diesen Vätern den Erfolg nicht.) Zweifellos wäre dies außenpolitisch ein Positivum, das der neue amerikanische Präsident vorfindet, wenn er die Abrüstungspolitik fortsetzen will.

Ökonomisch jedoch - ich erwähnte eben die Verschuldung der USA - übernimmt er ein schlimmes Erbe. Noch vor einem halben Jahrzehnt waren die Vereinigten Staaten ein Netto-Gläubiger gegenüber der ganzen Welt - assets für 150 Milliarden Dollar außerhalb der USA. Ende dieses Jahres werden sich die Auslandsschulden der Amerikaner auf mehr als 300 Milliarden Dollar belaufen, und am Ende der 80er Jahre wird die Auslandsverschuldung der USA netto zwischen 600 und 700 Milliarden Dollar betragen. Eine genaue Vorhersage ist schwierig; das tatsächliche Ergebnis hängt unter anderem davon ab, welche Haushaltspolitik sich in den nächsten Jahren durchsetzt und wie hoch die Handelsdefizite sein werden. Auch die Geldpolitik ist nicht vorherzusagen. Es gibt amerikanische Schätzungen, die eine Auslandsverschuldung Amerikas in der Mitte der 90er Jahre mit weit über einer Billion Dollar für möglich halten.

Mit anderen Worten: Amerika bedarf des Kapitalimportes. Aus der Sowjetunion oder aus Ungarn oder aus Afrika wird es ihn nicht bekommen, wohl aber aus Ostasien, vor allem aus Japan, ein wenig aus Lateinamerika und eine ganze Menge mehr aus Europa. Auslandsschulden müssen verzinst werden. Dabei hat Amerika den unschätzbaren Vorteil - im Unterschied zu allen übrigen Schuldnerstaaten der Welt; -, daß es sich in eigener Währung verschuldet hat, nämlich in Dollar. Dieser Vorteil ist zugleich eine große Versuchung: Wenn man keine Dollars verdient, kann man sie auch drucken - um mich etwas burschikos auszudrücken. Anders gesagt: Die Versuchung, die Inflation erneut anzuzukochen, darf nicht unterschätzt werden.

Wir raten etwa den Brasilianern oder den Mexikanern, sie sollten gefälligst weniger importieren und mehr exportieren, um einen Exportüberschuß zu erzielen und damit ihre Auslandsschulden bedienen oder gar zurückzahlen zu können. Wenn auch die USA diesen Rat beherzigen wollten, dann müßten sie ein 170-Milliarden-Dollar-Handelsdefizit in einen Überschuß verwandeln, das heißt einen Swing um 230 Milliarden Dollar pro Jahr im Außenhandel herbeiführen. Das ist völlig unrealistisch. Deshalb besteht zum einen die Inflationsgefahr. Zum anderen müssen die Amerikaner damit rechnen, daß die Auslandsgläubiger mit ihren Schuldscheinen in den USA Aktien, also gewissermaßen Wall Street aufkaufen. Die Japaner haben damit schon im großen Stil angefangen, und die Deutschen ziehen jetzt nach. Der unglaubliche Boom des amerikanischen Aktienmarktes ist zum Teil von daher veranlaßt. Das muß psychologisch Rückwirkungen in Amerika auslösen.

Was die wirtschaftliche Zukunft der nächsten fünf bis zehn Jahre angeht, sehe ich also im Westen ebensowenig klar wie in der Sowjetunion. Fest steht: Amerika hat ökonomisch seine Führungsrolle aufgegeben. Ob die Sowjetunion in Zukunft eine ökonomische Führungsrolle ausüben können, weiß ich nicht, zumal nicht abzusehen ist, ob sich Perestrojka auch auf die Außenwirtschaft beziehen soll, zum Beispiel auf die übrigen RGW-Staaten, die, anders als die Sowjetunion, erhebliche Auslandskredite zu bedienen haben.

Mein Eindruck ist, daß die Ungarn mit perestrojka und auch mit glasnost zufrieden sind. Polen möchte wohl gern den ökonomischen Umbau, ist darauf aber genausowenig vorbereitet wie die Sowjetunion. Bulgarien möchte perestrojka, aber nicht glasnost. Die DDR möchte glasnost bestimmt nicht, und bei Perestrojka sagt sie, sie habe keinen Bedarf. Sie habe es immer schon besser gemacht. (Hier sehe ich eine erstaunliche Parallellität in beiden deutschen Staaten: Die Deutsche Bundesbank behauptet, sie habe alles besser gemacht als die übrige Welt, und die Wirtschaftsfunktionäre in Ost-Berlin behaupten, sie hätten alles besser gemacht als mindestens die osteuropäische Welt. Das ist deutsche Gemeinsamkeit anno 1987.) Über Rumänien brauchen wir nicht zu reden. Die sind völlig damit beschäftigt, eine Familie zur kommunistischen Dynastie zu etablieren.

Die Frage ist, ob die Sowjetunion ihre Verbündeten mit ökonomischen Erfolg zu perestroika bringen kann. Zwingen wird sie sie dazu wohl nicht können, und auch die Vereinigten Staaten können innerhalb des Westens nicht aus eigener Kraft und durch eigene Leistung wieder eine Weltwährungsordnung herbeizaubern oder auch nur einen annähernden Gleichlauf der Kreditvergabepolitik der Industrieländer erreichen.

Kaiser

Wir sollten uns zunächst auf die Punkte konzentrieren, die in beiden Referaten mehr europäischer Natur sind, etwa auf das, was bei Herrn Schmidt anklang, nämlich die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Schwierigkeiten, die einer vertieften Ost-West-Zusammenarbeit im Wege stehen. Sind beispielsweise die Probleme der Währungspolitik und Verschuldung so schwerwiegend geworden, daß dadurch die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost und West ernsthaft behindert wird? Anders gefragt: Wie ist dennoch ein Ausbau der Kooperation möglich?

Herr Szürös hat die Frage gestellt, wie man sich in Europa den weiteren Gang der Dinge im Hinblick auf die militärische Lage vorstellen kann. Wie können wir auf diesem Gebiet, in dem sich eine neuartige Entwicklung abzeichnet, weil zum Beispiel über Verifikation vor Ort zum ersten Mal eine Einigung erzielt wurde, Fortschritte erreichen? Verifikation vor Ort ist etwas wirklich Neues im Ost-West-Dialog und hat die Tür zu neuen Abkommen geöffnet. Was bedeutet dies insbesondere für die konventionelle Abrüstung in Europa?

M. Schmidt

Ich möchte auf drei Punkte eingehen.

Erstens auf die Frage der Zusammenarbeit als Mittel der Vertrauensbildung, wie es die Themenstellung unserer Tagung zum Ausdruck bringt. Zusammenarbeit ist in einem doppelten Sinne wichtig. Zum einen wird durch diese Formulierung deutlich, daß Vertrauen nicht a priori vorhanden ist und auch nicht einfach verordnet werden kann, sondern durch Zusammenarbeit entsteht, gefestigt und weiter entwickelt wird. Dabei geht es um Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen, politischen, militärischen, ökonomischen und humanitären, die auch von den Referenten behandelt wurden.

Zum anderen wird damit die objektive Notwendigkeit von Zusammenarbeit angesprochen. Wir können uns heute nicht mehr aussuchen, ob wir zusammenarbeiten wollen oder nicht. Wir sind dazu gezwungen, und zwar sowohl innerhalb der Systeme als auch zwischen den Systemen, ob es sich dabei um bilaterale Kontakte handelt oder um Zusammenarbeit multilateraler Art und zwischen Gruppierungen wie zum Beispiel zwischen RGW und EG.

Die in beiden Referaten begründete Interdependenz unserer heutigen Welt besteht natürlich vor allem in der gegenseitigen Abhängigkeit im Hinblick auf das Überleben der Menschheit überhaupt. Zum anderen folgt sie aus der internationalen Arbeitsteilung, die in beiden Systemen und zwischen ihnen vorhanden ist. Diese Interdependenz ergibt sich aber - neben der Friedenssicherung - auch aus dem Druck der anderen globalen Probleme. Ich denke dabei besonders an die weltweiten Umweltfragen, an die komplizierten Fragen des Verhältnisses von Mensch und Natur und an die Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dies ist zunächst vom Grad der ökonomischen Zusammenarbeit unabhängig.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat uns in den letzten Jahren vor Augen geführt, welche Gefahren drohen, wenn bestimmte technologische Entwicklungen außer Kontrolle geraten. Da ist Zusammenarbeit unabdingbar, gleichgültig ob darüber bereits Verträge abgeschlossen wurden und ob sich das in Mark und Pfennig schon auszahlt. Ich erwähne nur die friedliche Nutzung der Kernenergie und ihre Gefahren, etwa im Zusammenhang mit der Katastrophe von Tschernobyl. Hier wären aber auch die Großchemie oder die Gentechnologie genauso wie die Gefahren der friedlichen Weltraumfahrt zu nennen, wenn man an das Challenger-Desaster denkt.

Die Interdependenz der Probleme zwingt uns zur Zusammenarbeit, die - neben der Verhinderung des Krieges - für das Überleben der Menschheit und den Fortschritt der Zivilisation unerlässlich ist, weil keine Seite die anstehenden Probleme mehr allein zu lösen vermag. Die Perspektiven der Zusammenarbeit weisen dabei weit über den Rahmen dessen hinaus, was auf manchen Gebieten erst marginal entwickelt ist. Die Koexistenz, die zwischen den Staaten beider Systeme besteht, war in der Vergangenheit im Grunde weitgehend nur passiver Natur, um bestimmte Dinge, vor allem Krieg, zu verhindern. Heute sind wir gefordert, zu einer Art kooperativer Koexistenz überzugehen, also nicht nur

das physische Überleben schlechthin zu sichern, sondern gemeinsam ein besseres, menschenwürdigeres Leben zu gestalten.

Das gilt auch für die globalen Probleme, auf die Helmut Schmidt hingewiesen hat, dem ich in vielen Punkten zustimmen kann. Zum Beispiel im Hinblick auf die ökonomische Triebkraft für Abrüstung. Dies wird aber auf beiden Seiten wirksam. Diese ökonomischen Gründe zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bestehen im übrigen nicht nur auf dem Gebiet der nuklearen, sondern mit Sicherheit auch auf dem der konventionellen Rüstung. Es gibt Analysen, denen zufolge 75-80 Prozent der Rüstungsausgaben für konventionelle Rüstung und Streitkräfte ausgegeben werden. Hier ist also ein weites Feld, um zu ökonomisch effektiven Lösungen zu gelangen, die natürlich auch aus politischen und militärischen Gründen anzustreben sind.

Was die gegenwärtigen Umgestaltungen auf ökonomischem Gebiet in der Sowjetunion angeht, so müssen wir uns da zweifellos auf einen längerfristigen Prozeß einstellen. Das gilt aber für Veränderungen in der Weltwirtschaft insgesamt, etwa auch im Hinblick auf die Probleme, mit denen die USA-Wirtschaft und andere Länder zu kämpfen haben.

In einem anderen Punkt kann ich Herrn Schmidt nicht so ohne weiteres zustimmen. Er meinte, die USA und die Sowjetunion seien ökonomisch gesehen keine Weltmächte mehr. Hier dürfen wir meiner Meinung nach nicht nur auf das Volumen des außenwirtschaftlichen Austausches sehen, sondern müssen auch das volkswirtschaftliche Potential, das die einzelnen Staaten und Staatengruppierungen in die Weltwirtschaft einbringen - unabhängig von den jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen;-, mit einbeziehen. Da stellt natürlich die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten oder die der Sowjetunion, aber auch Chinas und anderer Länder einen außerordentlich wichtigen Faktor dar. Von ihnen ergeben sich nicht nur durch die Außenbeziehungen positive oder negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, sondern in sehr starkem Maße auch durch die internen wirtschaftlichen Entwicklungen, wie Helmut Schmidt ja selbst dargelegt hat.

Auch die Bedeutung des Wirtschaftsaustausches zwischen Ost und West würde ich nicht so gering einschätzen wie Helmut Schmidt. Sicher ist das Volumen, gemessen am Gesamtexport für die Bundesrepublik und auch für andere westeuropäische Staaten, relativ gering. Auf der anderen Seite dürfte aber in Zeiten verringerten Wirtschaftswachstums, wie wir sie seit Mitte der 70er Jahre erleben, auch ein Handelsvolumen von vier oder fünf Prozent für die Wirtschaft der Bundesrepublik von einiger Bedeutung sein. Mein Haupteinwand ist jedoch, daß die ökonomische Zusammenarbeit nicht so sehr nur eine Frage bestimmter Prozentsätze ist, sondern daß sich der Zwang dazu vor allem aus der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit ergibt. Es geht um Beziehungen, die nicht ohne Schaden für die beiden Seiten wieder zurückgedreht werden können. Ich meine, wir sollten hier eine etwas langfristige Perspektive in der Betrachtung wie im praktischen Herangehen anvisieren.

Nun zum Thema Europa. Um unsere gemeinsamen Interessen zu definieren, sollten wir den Begriff der gesamteuropäischen Identität gebrauchen, auch wenn die Spaltung Europas in unterschiedliche Gesellschaftssysteme nicht kurzfristig überwunden werden kann, schon gar nicht durch Eingriffe von außen. Die gesamteuropäische Identität besteht im system-übergreifenden Interesse an Kriegsverhütung und an gemeinsamer Sicherheit. Sie ergibt sich auch aus dem Grad der Industrialisierung in West- und Osteuropa und der ökonomischen Interdependenz, die in Europa viel stärker ausgeprägt ist als in anderen Weltregionen. Sie ergibt sich nicht zuletzt aus der kulturellen und humanitären Tradition Europas, die Mátyás Szűrös erwähnt hat.

Das politische Antlitz unseres Kontinents wird noch über einen langen Zeitraum durch militärische Blöcke, politische und ökonomische Bündnisse beziehungsweise Gruppierungen sowie das Bestehen einer Gruppe neutraler oder nichtpaktgebundener Staaten gekennzeichnet sein. Das heißt, Europa muß eine neue Identität finden, indem es die Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen gegenseitig anerkennt und gleichzeitig zu einer system-übergreifenden Kooperation übergeht und entsprechend neue Formen der Friedenssicherung und Friedensgestaltung, also in politischer, militärischer, ökonomischer, humanitärer Hinsicht sucht. Um eine Überwindung der Spaltung Europas in diesem Sinne muß es uns gehen, nicht darum, das eine oder das andere System zu beseitigen. Dafür müssen sowohl die USA als auch die UdSSR in das europäische Geschehen mit eingebettet werden. Dann könnte sich Europa in Zukunft, wenn man an das Jahr 2000 und darüber hinaus denkt, zu einem Beispiel des friedlichen Wettbewerbs der Systeme entwickeln.

Schließlich mein dritter Punkt. Ich stimme zu, daß wir mit vorsichtigem Optimismus bei den Abrüstungsverhandlungen von einem Abkommen im Hinblick auf eine globale doppelte Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen nuklearer Natur ausgehen können. Dieses Abkommen, obwohl es zunächst nur die beiden Großmächte betrifft, ist von ungeheurem Wert auch für Europa, weil es den Einstieg in eine generelle Abrüstung bedeuten kann. Natürlich verkenne ich nicht, daß sich daraus neue

Probleme entwickeln können, sowohl im Bereich der strategischen Systeme als auch im konventionellen Bereich. Wir sitzen ja nicht mit am Tisch, wenn dann über die 50prozentige Reduzierung der nuklearen strategischen Waffensysteme, über einen Kompromiß hinsichtlich des ABM-Vertrages, was dessen Geltungsdauer und auch möglicherweise die experimentell zu testenden Teilsysteme angeht, verhandelt wird. Wir Europäer sollten aber zum Ausdruck bringen, daß wir diesen Prozeß unterstützen und alles tun, um ihn nicht zu gefährden. Im weiteren geht es dann ebenso um die Probleme der taktischen nuklearen Systeme unterhalb vom 500 km Reichweite und vor allem auch um die konventionellen Streitkräfte.

Ich stimme Mátyás Szűrös zu, daß wir bei der Erarbeitung von gangbaren Wegen erst am Anfang stehen. Wenn es etwa darum geht, Stabilität durch Nichtangriffsfähigkeit zu entwickeln - und solchen Überlegungen schließe ich mich voll an;- , dann kommt es nicht nur auf die quantitative Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften an, sondern dabei müssen in gleichem Maße auch die qualitativen Aspekte mit berücksichtigt werden. Wenn zum Beispiel eine qualitative Reduzierung von 25 Prozent gefordert wird, dann stellt sich sofort die Frage, welches die Ausgangsgröße für diese 25prozentige Reduzierung sein soll. Damit sind wir wieder bei der Datendiskussion. Sollten wir statt dessen nicht das von Karl Kaiser erwähnte neue Prinzip der Kontrolle und Verifikation einbringen? Dann käme es darauf an, eine gemeinsame Zielvorstellung im Hinblick auf Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf konventionellem Gebiet zu formulieren und das Erreichen dieses Zieles mit neuen Mitteln zu kontrollieren.

Qualitative Aspekte betreffen die Struktur der Streitkräfte, etwa das Verhältnis von Offensiv- zu Defensivwaffen, von Panzer-, Panzerabwehr- und Fliegerkräften. Wir müssen unsere Militärdoktrinen überprüfen, die immer noch weitgehend an Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg orientiert sind, was zum Beispiel die Überlegungen im Hinblick auf Angriff und Verteidigung angeht. Hier ist eine ganz neue Herangehensweise gefordert. Wie läßt sich zum Beispiel eine ausreichende Verteidigung definieren? Dabei kommen dann auch regionale Aspekte ins Spiel, etwa Korridor- und Zonenlösungen, Aspekte des Auseinanderrückens, der Verdünnung von Streitkräften. Auf diesem Gebiet gibt es Initiativen und Denkansätze von SED und SPD, die man nicht nur kritisieren, sondern eher durch andere Vorschläge ergänzen sollte. Dazu gehört auch der Jaruzelski-Plan.

Blackwill

Ich will mich hier auf die Frage der militärischen Sicherheit in Europa und die vertrauensbildenden Maßnahmen beschränken; denn meiner Ansicht nach besteht der konstruktivste und erfolgversprechendste Weg, Vertrauen über die Ost-West-Grenze hinweg zu schaffen, darin, das Niveau der Streitkräfte auf beiden Seiten in Europa zu verringern. Aus einer Reihe von Gründen sind die Aussichten dafür heute günstiger als in der Vergangenheit; Herr Max Schmidt hat einige dieser Gründe erwähnt. Ich möchte insbesondere die Möglichkeiten betonen, die dem Budapester Appell innewohnen, und einige der Probleme ansprechen, die dort behandelt wurden.

Zunächst hat der Budapester Appell insofern einen Beitrag zu diesem Thema geleistet, als er, ausgehend von der Rede, die Gorbatschow im April 1986 in Ost-Berlin gehalten hat, die mit den konventionellen Streitkräften und mit der Rüstungskontrolle zusammenhängenden Probleme auf die politische Ebene gehoben hat. Das Interesse wird insbesondere in meinem Land zunehmen, wenn ein Abkommen über Mittelstreckenraketen geschlossen ist und im US-Senat debattiert wird. Denn es besteht offensichtlich eine grundlegende Beziehung zwischen den Nuklearwaffen und der konventionellen Rüstung in Europa. Ein weiterer positiver Faktor des Budapester Appells war, daß er die Bedeutung der beiden Bündnisse unterstrichen hat. Dies scheint mir der Weg, wie man die militärische Konfrontation in Europa angehen kann. Ohne Frage haben auch die Neutralen dabei eine Rolle zu spielen, aber keine zentrale.

Weitere konstruktive Elemente betreffen etwa das "Atlantik bis zum Ural"-Gebiet. Ich betrachte dies als ein großes Zugeständnis seitens der Sowjetunion, das vom Westen nicht erwartet worden war. Ich meine, wir stehen gegenwärtig an einem Scheideweg der europäischen Sicherheitspolitik, wo beide Seiten Vorschläge im Hinblick auf das militärische Gleichgewicht machen, die aber nicht zu eng sein sollten. Ich halte auch die Ausführungen des Budapester Appells zur Rüstungsfrage für konstruktiv: der Vorschlag, daß beide Seiten die bestehenden Ungleichgewichte abbauen sollten, bis ein gleiches Niveau erreicht ist. Des weiteren der Hinweis, daß es das allgemeine Ziel dieser Bemühungen sein sollte, die Fähigkeit zu verringern, offensive Operationen im großen Stil zu starten. Das ist ein schlagendes Beispiel für neues Denken auf sehen des Warschauer Pakts, insbesondere der Sowjetunion.

Leider bemerke ich aber, wenn ich mir die Einzelheiten ansehe, auch Beispiele für altes Denken in dem Vorschlag des Warschauer Pakts. Über dieses Mißverhältnis, das zwischen der großen Linie des Budapester Appells und den Details besteht, lohnt es sich nachzudenken. Möglicherweise liegt der Grund lediglich in einer Art zeitlicher Verzögerung zwischen dem politischen Anstoß von oben und der Art und Weise, wie die Fachleute das umgesetzt haben.

Lassen Sie mich kurz auf einige Details eingehen. Zunächst schlägt der Budapester Appell eine gleichmäßige Reduzierung auf beiden Seiten vor, was die deutliche numerische Überlegenheit festschreiben würde, die der Warschauer Pakt auf bestimmten Sektoren besitzt.

Zweitens, so geht es zumindest aus den im Westen zugänglichen öffentlichen Dokumenten hervor, erlaubt der Budapester Appell der Organisation des Warschauer Vertrages, viele ihrer Reduzierungen weit entfernt von der mitteleuropäischen Konfrontationslinie vorzunehmen, während umgekehrt verlangt wird, daß die NATO, obschon sie weit weniger Verteidigungskräfte in der Tiefe hat, ihre Reduzierungen entlang der mitteleuropäischen Grenze, speziell in der Bundesrepublik Deutschland, unternimmt.

Die Definitionen der Bewaffnung, insbesondere die der Luftwaffe, sind nach meinem Eindruck außerordentlich einseitig. Die Definitionen scheinen nahezu alle westlichen Luftstreitkräfte in die NATO-Zahlen einzubeziehen, während sie eine große Anzahl der sowjetischen Luftverteidigung und der Luftwaffe der Marine außen vor lassen. Entsprechendes gilt für die nicht-sowjetische Luftverteidigung und Marine-Luftwaffe des Warschauer Pakts. Es umfaßt, wie Sie wissen, auch Atomwaffen - ein Punkt, auf den sich die NATO unmöglich einlassen kann, weil sich das nicht mit dem französischen, aber auch nicht mit dem britischen Standpunkt vereinbaren läßt.

Was die Verifikation angeht, so betont der Budapester Appell fast ausschließlich die Verifikation der Reduzierungen und nicht der verbleibenden Streitkräfte, die nach den Abrüstungsmaßnahmen weiterbestehen. Schließlich geht aus dem Budapester Appell so gut wie gar nicht hervor, über welche Zahlen wir bei den Streitkräften eigentlich reden.

Ich wiederhole, ich nehme eine große Diskrepanz zwischen dem konzeptionellen neuen Denken und den Details, die diese Vorschläge enthalten, wahr. Damit will ich nicht sagen, daß ich nun so schrecklich pessimistisch bin. Das ist zunächst einmal die Verhandlungsposition des Ostens. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sie so bleiben muß; denn die Verhandlungen haben ja noch gar nicht begonnen.

Lassen Sie mich zusammenfassend einige Probleme nennen, über die wir hier vielleicht sprechen sollten. Der erste Punkt betrifft die politischen Ziele der konventionellen Rüstungsbegrenzung. Mir fällt bei der Lektüre der öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema sowohl von östlicher wie von westlicher Seite auf, daß das, was politisch mit der Abrüstung erreicht werden soll, kaum Beachtung findet. Wie sieht die Vision der europäischen Sicherheit aus, um die es hier geht?

Zweitens halte ich die Frage der Militärdoktrinen für wichtig. Ich verstehe nicht, warum es nicht für beide Seiten sinnvoll sein kann, über diesen Punkt zu diskutieren. Denn ich sehe eine weitere Diskrepanz zwischen der Defensiv-Erklärung der Militärdoktrin der Organisation des Warschauer Pakts (wie wir es im Juni auf einem Treffen in Ost-Berlin öffentlich gehört haben) und den weit vorne stationierten, erheblichen sowjetischen Streitkräften, besonders in der DDR, wo sie allein 19 Divisionen stehen haben. Mir ist nicht einsichtig, warum diese gewaltige sowjetische Streitmacht mitten in Europa nötig ist, wenn die Doktrin völlig defensiv ist, wie man uns immer wieder erklärt.

Drittens sollte man über die Frage diskutieren, wie die Streitkräfte in beiden Bündnissen reduziert werden können, ohne damit Instabilität auf dem europäischen Kontinent hervorzurufen, der ein außergewöhnliches Beispiel für Stabilität darstellt, vor allem für die Zeit seit der letzten Berlin-Krise Anfang der sechziger Jahre.

Auch im Hinblick auf die Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich stellen sich viele Fragen. Welchen Umfang sollen die Reduzierungen haben? Welche Streitkräfte sollen abgerüstet werden? Welche Waffen sollen verringert werden? Wessen Streitkräfte werden reduziert und in welchen Schritten? Was den letzten Punkt betrifft, so denke ich speziell an den Umfang der amerikanischen und der sowjetischen Reduzierungen, die natürlich im Budapester Appell nicht angesprochen wurden, und deren Verhältnis zur Reduzierung bei den anderen Mitgliedern beider Bündnisse.

Schließlich zur Verifikation. Ohne in Einzelheiten zu gehen, muß man wohl sagen, daß die Verifikation eines Rüstungskontrollabkommens im konventionellen Bereich über ein Gebiet vom Atlantik bis zum Ural ein Alptraum ist. Es wird nicht nur die Offenheit der beiden Bündnisse, sondern auch ihre Bereitschaft auf die Probe stellen, größere Ungewißheit in Kauf zu nehmen, als dies bei der nuklearen

Rüstungskontrolle die Norm war. Nebenbei gesagt ist völlig unklar, ob der Grad an Ungewißheit mit den Sicherheitsinteressen des einen oder des anderen Bündnisses vereinbar ist.

Es gibt somit viele Fragen, die der Erörterung bedürfen. Lassen Sie mich mit einem letzten Punkt schließen: Welche Rolle spielen die Atomwaffen für die Sicherheit in Europa? Jeder weiß, daß auf diesem Kontinent seit Beginn des 19. Jahrhunderts ein konventioneller Krieg dem anderen folgte. Die konventionelle Abschreckung hat also immer wieder versagt. Ich meine, die Beweislast liegt zum jetzigen Zeitpunkt bei denen, die argumentieren, Europa könnte unter den gegenwärtigen Bedingungen ohne Atomwaffen Stabilität bewahren. Mich hat man davon bisher nicht überzeugt. Diejenigen, die so argumentieren, sind offenbar bereit, ein Risiko einzugehen, von dem ich nicht sicher bin, daß es im Interesse dieses Kontinents und der globalen Sicherheit liegt.

Kaiser

Herr Blackwill hat auf wichtige Diskrepanzen aufmerksam gemacht, auf die in der weiteren Diskussion einzugehen ich Sie bitten möchte.

Rühe

Herr Szürös und eben Max Schmidt haben von einer gesamteuropäischen Identität, von Merkmalen gemeinsamen Europäertums gesprochen, die es zu schaffen und zu stärken gelte. Ich kann dem durchaus zustimmen, wenn dabei nicht die Rolle, die den Vereinigten Staaten in Europa als einer außereuropäischen Macht zukommt, vernachlässigt wird. Die Sowjetunion ist nun einmal in militärischer Hinsicht die einzige Weltmacht in Europa. Deshalb ist für die Bundesrepublik, aber auch für die anderen westeuropäischen Staaten für die voraussehbare Zukunft ein Gleichgewicht in Europa nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten hier auch weiterhin Einfluß nehmen. Deshalb sind sie ja Mitglied der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, und auch in unserem Gespräch hier über Europa sind sie vertreten. Aus diesem Grunde sollte man nicht versuchen, Begriffe wie Europäisierung der Politik, gesamteuropäische Identität, zu Kampfbegriffen zu machen, um die Amerikaner aus Europa herauszudrängen.

Wir stehen jetzt vor einem INF-Abkommen. Es gibt sicherlich Anlaß zur Befriedigung vor allem für diejenigen, die selbst unter großem öffentlichem Druck am NATO-Doppelbeschluß festgehalten haben - sowohl diejenigen, auf die die Konzeption zurückgeht - Helmut Schmidt hat das angesprochen;- , als auch jene, die diese Konzeption dann durchgeführt haben. Ohne diese Voraussetzungen wäre der INF-Vertrag kaum möglich geworden. Das geht nicht in erster Linie auf das neue sowjetische Denken zurück. Gorbatschow hätte keine einseitigen Verträge schließen können.

Von daher ergeben sich zwei Fragen. Erstens: Wie vermeiden wir in Zukunft, daß erst wieder ein Umweg gegangen werden muß? Denn es war ein Umweg, was inzwischen auch wichtige sowjetische Kommentatoren wie Alexander Bowin festgestellt haben. Warum mußten erst die westlichen Raketen, die es nur in den Planungen gab, stationiert werden, bevor ein Verhandlungsergebnis möglich war?

Zweitens: Wir müssen uns stärker auf den Abbau der konventionellen Ungleichgewichte konzentrieren. In diesem Bereich gibt es keinen Doppelbeschluß. Dort wird sich zeigen, ob die Sowjetunion zu neuem Denken und zu neuen Taten bereit ist. Denn hier sind auch einseitige Schritte der Sowjetunion gefordert. Dazu braucht man nicht Verhandlungen abzuwarten.

Was die Militärdoktrinen angeht, so beruht die der NATO darauf, daß ein Angriff an den östlichen Grenzen der NATO abgewehrt wird. Die sowjetische Militärdoktrin dagegen geht immer noch davon aus - das zeigt die ganze Ausrichtung ihrer Kräfte;- , daß im Falle eines Angriffs der NATO der Krieg sofort auf das Territorium der anderen Seite getragen wird. Das ist eine offensive Militärdoktrin; denn wenn der Warschauer Pakt dazu in der Lage ist, kann er natürlich auch einen Angriff führen. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, wenn der Warschauer Pakt ähnlich wie die NATO zu einer Vorverteidigung überginge, das heißt zur Verteidigung an den Grenzen des Bündnisses im Falle eines Angriffs, und seine Streitkräfte entsprechend ausrichten würde.

Wir sollten nicht noch einmal 10, 15 Jahre mit Panzerzählen zubringen, sondern uns auf die gefährlichsten Teile der konventionellen Rüstung konzentrieren, um die Angriffsfähigkeit abzubauen. Vielleicht kann man an das Problem auf dem Wege einer kooperativen Bestandsaufnahme herangehen. Dann braucht man nicht am Verhandlungstisch zu zählen, sondern kann aufgrund der neuen Möglichkeiten - etwa der Verifikation vor Ort - von Anfang an versuchen, zu einer kooperativen Bestandsaufnahme zu kommen, was die Zahl und Qualität der gefährlichsten Waffensysteme angeht. Von daher lassen sich dann Abrüstungsschritte vornehmen,

Wir Europäer sehen das INF-Abkommen also einerseits mit Befriedigung. Auf der anderen Seite hängen die Auswirkungen auf unsere Sicherheit ganz wesentlich von den dann folgenden Schritten ab. Für die Europäer ist entscheidend - Herr Blackwill hat darauf hingewiesen;- , daß jede Form des militärischen Konflikts, und sei er noch so klein und begrenzt, auch in Zukunft völlig ausgeschlossen bleibt. Für uns hat jede Form des Krieges verheerende Folgen. Deshalb dürfen wir nicht nur die Verhandlungen über die Nuklearwaffen sehen.

Ein weiterer Punkt erscheint mir bei Herrn Szürös besonders wichtig, als er davon sprach, wir müßten vom Feindbild zum Partnerbild übergehen. Ich habe schon beim Bergedorfer Gesprächskreis in Moskau im März dieses Jahres gesagt, wir brauchen einen erweiterten Sicherheitsbegriff. Der Korb 3 ist nicht nur eine Girlande. Manöverbeobachter der Bundeswehr in der DDR und umgekehrt NVA-Offiziere in der Bundesrepublik sind sicher neu und wichtig. Aber damit schaffen wir nicht das Vertrauen, um wirklich zu einer grundlegenden Umgestaltung unserer Beziehungen zu kommen. Für das Vertrauen kommt es auf andere Dinge an.

Es gibt einige sozialistische Staaten, die sich bereits stark geöffnet haben. Ungarn und auch Polen kann man in diesem Zusammenhang nennen. Andere wichtige Staaten im Warschauer Pakt - vor allem die Sowjetunion, aber auch die DDR - haben trotz gewisser Entwicklungen, die dort stattgefunden haben, noch einen erheblichen Nachholbedarf, wenn der Übergang vom Feindbild zum Partnerbild Realität werden soll. Herr Körber hat zum Beispiel angeboten, einigen Studenten aus der DDR Stipendien zu zahlen, damit sie in der Bundesrepublik studieren können. Es bereitet der DDR offenbar immer noch Schwierigkeiten, auf solche Angebote spontan einzugehen. Es ist nach wie vor schwierig, sowjetische Schulklassen in die Bundesrepublik zu bringen, obwohl Schulklassen von unserer Seite seit Jahren in die Sowjetunion fahren. Während mittlerweile an die 20000 chinesische Studenten im kapitalistischen Ausland sind, bringt es die Sowjetunion nur auf einige hundert. Um wirklich Vertrauen zu schaffen, brauchen wir Tausende von sowjetischen Schülern, Studenten, Wissenschaftlern in Westeuropa, in den Vereinigten Staaten, damit sich die Menschen besser kennen und einschätzen lernen können. Ich plädiere also dafür, den Sicherheitsbegriff weiter zu fassen, damit sich gewissermaßen an der Basis so früh wie möglich Vertrauen bilden kann. Sonst werden wir die eigentliche Aufgabe, die wir uns hier vorgenommen haben, nicht bewältigen.

Mein letzter Punkt betrifft die deutsch-deutschen Beziehungen. Früher hat das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zusätzliche Spannungen zwischen Ost und West erzeugt. Das ist heute nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: Gelegentlich versuchen die Deutschen sogar, einen Beitrag zu leisten, der dem Prozeß insgesamt zugute kommt. Darüber sollten doch eigentlich alle froh sein. Im übrigen: Alles, was sich im deutsch-deutschen Verhältnis abspielt, geschieht auf einer klaren Grundlage, nämlich im Rahmen der unbezweifelbaren Loyalität des jeweiligen deutschen Staates zu seinem Bündnis. Das ist auch die Voraussetzung, um zum einen den Spielraum für die weitere Entwicklung zu schaffen. Zum anderen ist nur auf diese Weise sicherzustellen, daß unsere Nachbarn in Ost und West diese Entwicklung nicht mit Stirnrunzeln sehen, sondern sie begrüßen können.

Wojna

Vor ungefähr einem Jahr hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der parlamentarischen Fraktionen der SPD und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Bildung eines Europäischen Vertrauensrates vorgeschlagen. Dieser Vertrauensrat soll sich zweimal jährlich treffen ohne irgendeine Tagesordnung, ohne formale Entscheidungsbefugnisse, ohne Pressekommunique. Wir sind der Meinung, durch die bloße Tatsache, daß sich Vertreter der KSZE-Regierungen treffen, kennenlernen und über die Fragen sprechen, die sie bedrücken, kann das Vertrauen auf unserem Kontinent gestärkt werden.

Alle bisherigen KSZE-Konferenzen dauern zu lange und sind mit formalen Problemen belastet, obwohl auch sie à la longue zu positiven Ergebnissen führen können. Ein Europäischer Vertrauensrat, der sich zwei Tage lang informell ausspricht, könnte diesen langfristigen Prozeß unterstützen und beschleunigen. Vielleicht ist diese Initiative noch zu wenig bekannt. Ich meine, es lohnt, sie zu propagieren.

Voigt

Das europäische Haus gleicht heute noch eher einem durch Zwischenwände getrennten Doppelhaus. Künftig kommt es darauf an, daß beide Teile des Doppelhauses sich füreinander öffnen. Dies kann dazu beitragen, die Elemente des Mißtrauens zu minimieren und die der Zusammenarbeit zu maximieren. Dazu gehört jedoch nicht nur der sicherheitspolitische Bereich - so wichtig er auch ist;- , sondern alle drei Körbe der KSZE-Schlußakte.

Für den sicherheitspolitischen Bereich ist eine Grundvoraussetzung, daß man die Relevanz des militärischen Faktors in den Ost-West-Beziehungen richtig einschätzt. Das Ausmaß an militärischer Rüstung ist in doppelter Hinsicht dysfunktional geworden, nämlich sowohl bezüglich der immer unterstellten Angriffsabsichten - denn beide Seiten hegen keine - als auch im Verhältnis zu den jeweils eigenen politischen Zielsetzungen. Die legitimen Zielsetzungen, die der Westen etwa im Hinblick auf Gesamteuropa hat, sind nicht durch militärische Überlegenheit zu erreichen. Und Vorstellungen, die die Sowjetunion über die Reform ihrer eigenen Gesellschaft hat, sind bei dem gegenwärtigen Ausmaß ihrer militärischen Rüstung auch nicht zu verwirklichen. Ich bin sogar der Meinung, daß diese Rüstung auf Dauer gesehen auch dysfunktional für die politischen Interessen der Sowjetunion in ihrem Verhältnis zu den Ländern Osteuropas ist.

Worauf es ankommt, ist, daß beide Seiten diese Dysfunktionalität auch einsehen. Denn nur dann ist ein Abbau der Rüstungen, also eine graduelle Entmilitarisierung des Systemkonflikts und des Machtkonflikts - die beide andauern - zu erreichen. Daraus folgt, daß an die Stelle einer Maximierung der Abschreckungswirkung einer Strategie andere Kriterien treten müssen, nämlich die der Hinlänglichkeit, den Gegner von einem Angriff abzuhalten, und die Maximierung der Krisenstabilität einer Militärstrategie. Dies wiederum hat Konsequenzen, wenn beispielsweise regional definierte Zonen mit verringerter Rüstung, aus denen auch einzelne Waffenkategorien entfernt werden sollen, angestrebt werden.

Wer an einer möglichst großen militärischen Flexibilität interessiert ist, kann logischerweise über die doppelte Null-Lösung nicht glücklich sein. An der doppelten Null-Lösung kann nur jemand interessiert sein, der in seiner Einschränkung der militärischen Flexibilität ein Element von Stabilität sieht. Das gilt im übrigen nicht nur für den nuklearen Sektor, sondern auch für den konventionellen Bereich. Wenn man konventionelle Abrüstung ernst nimmt, ist eine Einschränkung von militärischen Optionen in Ost und West unumgänglich.

Man kann dies nur erreichen, wenn man die gegenseitig wahrgenommenen Bedrohungen gemeinsam zu definieren versucht. Es gibt zwar objektive Faktoren der Bedrohung; aber es ist nicht möglich, sie einseitig objektiv zu definieren. Deshalb muß man zu einem Dialog über Militärdoktrinen und Strategien gelangen. Diese ursprünglich westliche Idee - der Vorschlag ist also kein Ausdruck sowjetischer Perfidie - ist inzwischen von der Sowjetunion aufgegriffen worden.

In diesem Dialog sollten allerdings nicht nur allgemeine Absichten, die mit der Militärdoktrin verbunden sind, zur Sprache kommen, sondern auch über militärische Fähigkeiten und operativ-taktische Planungen geredet werden. Um das zu erreichen, ist eine Ausweitung des Ost-West-Dialoges, auch was den Personenkreis angeht, erforderlich. Zum einen müssen Militärs hinzugezogen werden, und zwar nicht nur Generalstäbler, die für West- beziehungsweise Ostkontakte zuständig sind, sondern Personen, die täglich mit der Militärplanung befaßt sind. Helmut Schmidt hat diesen Dialog seinerzeit bereits angestrebt, indem er in der Sowjetunion die verschiedenen Generalstabschefs aufgesucht hat.

Zum anderen sollte es aber auch legitim sein - früher galt so etwas als Verrat;-, daß Parteien und Parlamentsfraktionen beider Seiten über sicherheitspolitische Fragen miteinander sprechen. Eine Folge der Demokratisierung in der internationalen Politik, die Herr Szürös erwähnte, ist auch, daß nicht nur Diplomaten über solche Themen reden. Inzwischen sprechen Institute miteinander; man trifft sich auf Konferenzen wie dieser. Und genauso selbstverständlich muß es in Zukunft ein Bestandteil der sicherheitspolitischen Kultur zwischen Ost und West werden, daß politische Gruppierungen, Fraktionen und nicht nur Einzelpersonen sich an diesem Dialog beteiligen.

Ein Wort zur Frage der Systemgrenze, die Max Schmidt ansprach. Ich kenne diese Diskussion aus früheren Jahren in meinem Jugendverband. Alle waren fest davon überzeugt, daß es eine solche Systemgrenze gäbe, aber keiner konnte sie definieren. Das hängt damit zusammen, daß sich beide Systeme hinsichtlich ihrer inneren Entwicklung als dynamisch definieren und infolgedessen die bestehende Grenze zwischen ihnen dynamisiert wird. Das, was heute als Systemgegensatz zwischen Ost und West definiert wird, dürfte sich in 20 oder 30 Jahren völlig geändert haben. Es gibt ja auf beiden Seiten Leute, die zu ihrer eigenen Beruhigung von der Unüberwindlichkeit ihres Systems ausgehen. Aber auch die werden nicht leugnen, daß der Systemgegensatz zwischen Ost und West heute von anderer Art ist als etwa zu Stalins Zeiten oder zur Zeit des kalten Krieges in den 50er Jahren. Das heißt, der Systemgegensatz besteht zwar fort, aber er ist nicht statisch, sondern unterliegt selber Veränderungen.

Zur Demokratisierung gehören auch veränderte Bedingungen innerhalb der Bündnissysteme. Zum Beispiel wäre es ein Element der Stabilität in Europa, wenn in Zukunft die Polen nicht nur gegen die Pershing II demonstrieren, die gar nicht primär ihr Territorium bedroht, sondern auch gegen die Pershing I, die Polen unmittelbar gefährdet, was aber in den 70ern und dem Beginn der 80er Jahre

außerhalb der öffentlichen Diskussion in Polen lag. Ich bin der Meinung, daß sowohl innerhalb des Westens als auch innerhalb des Ostens die einzelnen Staaten in der Lage sein müssen, ihre jeweils spezifischen sicherheitspolitischen Interessen innerhalb ihres Bündnisses zu definieren. Demokratisierung meint nicht nur eine Vervielfältigung der Beziehungen zwischen den Bündnissen, sondern auch innerhalb der Bündnisse selbst. Das kann ebenfalls zu einem zusätzlichen Element der Stabilität werden.

Das gilt auch für den kulturellen, insbesondere den Medienbereich, in dem bisher fast ausschließlich der Westen aktiv ist. Korb 3 bietet doch die Möglichkeit beispielsweise für eine Medienkooperation zwischen Ost und West, die allerdings nicht so bürokratisch gehandhabt werden dürfte, wie das heute noch der Fall ist. Zu einer gemeinsamen europäischen Kultur gehören die vielfältigen Kulturbeziehungen. Das könnte unter anderem den Effekt haben, daß wir im Westen nicht mehr wie bisher ausschließlich von amerikanischen Produktionen überflutet werden. Ich plädiere also für eine Vervielfältigung der Ost-West-Kooperation auch auf diesem Gebiet.

Heigert

Herr Szürös, als Sie von der Demokratisierung der internationalen Beziehungen sprachen, haben Sie damit das gemeint, was Herr Voigt jetzt gesagt hat?

Szürös

Das habe ich auch damit gemeint.

Sonnenfeldt

Meine Frage ist, inwieweit die Einigungsbestrebungen in Westeuropa, etwa durch die Europäische Gemeinschaft und andere Institutionen, der Zusammenarbeit zwischen Ost und West Grenzen setzen, beziehungsweise, ob sie überhaupt als Begrenzung betrachtet werden. Daran schließt sich zugleich die Frage an, inwieweit der Zusammenhalt, der mittlerweile auch in Osteuropa erreicht ist, die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Ost und West tangiert.

Karaganow

Zunächst möchte ich auf einige Fragen von Herrn Blackwill eingehen, die für die weitere Entwicklung unseres gegenseitigen Verständnisses relevant sind.

Zuvor möchte ich betonen, daß ich für eine Überwindung der Teilung Europas eintrete, daß sich die Menschen treffen, daß Jugendaustausch stattfindet und so weiter. Ich bin erfreut, daß Ihre Intentionen in der gleichen Richtung liegen. Um jedoch alle diese Wege zu öffnen, die hier erwähnt wurden, stimme ich Herrn Blackwill zu, daß man zunächst auf die Kernfrage, nämlich auf die Frage der Entmilitarisierung der zwischeneuropäischen Beziehungen eingehen muß.

Natürlich kommt den Problemen im konventionellen Bereich eine Schlüsselfunktion zu, obgleich wir uns darauf angesichts der Komplexität dieses Themas nicht zu sehr konzentrieren sollten, sonst werden wir uns viele Jahre lang in einer Sackgasse wiederfinden, wie das bei der Frage der Mittelstreckenraketen jahrelang der Fall war.

Meiner Ansicht nach fehlt es aber auch an Verständnis im Hinblick auf die Dinge, über die wir hier nachdenken. Das betrifft nicht den Budapester Appell, dessen verschiedene Aspekte zwischen beiden Seiten wiederholt behandelt worden sind. Obgleich wir das gerne sehen würden, verlangen wir keine gleichgewichtigen Reduzierungen von westlicher Seite. Vielleicht sollten wir uns einmal an die goldenen Zeiten in den 50er Jahren erinnern, als die Sowjetunion ihre Streitkräfte einseitig um 37 Prozent reduziert hat. Das hat aber überhaupt nichts bewirkt, weil gleichzeitig die atomare Schlagkraft der Sowjetunion verstärkt wurde. Aber das war der Beginn unserer Friedensoffensive und der Entspannung in Europa. Am Ende gab es die Entspannung. Unsere Beziehungen zum Westen hatten sich verbessert - und wir haben eine Menge Geld gespart.

Das heißt natürlich nicht, daß man immer nur einseitig vorgehen sollte. Denn politisch wie auch militärisch muß es eine gewisse Wechselseitigkeit geben, mit anderen Worten, einseitige und multilaterale Maßnahmen müssen sich in etwa bedingen. Auch der Westen müßte seinerseits zu einseitigen Schritten bereit sein und nicht nur von uns solche Maßnahmen fordern.

Gorbatschow hat mehrfach darauf hingewiesen - und das ist von anderer offizieller Seite verschiedentlich wiederholt worden;- , daß wir bereit sind, dort zu reduzieren, wo wir ein Übergewicht

haben, wenn Sie sich entsprechend verhalten, wo Sie überlegen sind. Wir haben beispielsweise mehr Panzer; das könnte ein Punkt sein, an dem wir etwas tun.

Wir haben auch die Frage des Abbaus der offensiven Waffensysteme angesprochen wiederum Panzer zum Beispiel. Bei der Diskussion über die taktischen Luftangriffskräfte auf Ihrer Seite haben wir unsere Abfangjäger nicht in gleicher Weise berücksichtigt, weil Ihre taktischen Luftangriffskräfte unseres Erachtens in erster Linie offensiv einzustufen sind.

Ihr Argument, Herr Blackwill, daß wir unsere Streitkräfte "in der Tiefe" reduzieren wollten, während der Westen die seinen in Grenznähe verringern sollte, ist falsch. Da haben Sie uns mißverstanden. Aber es sollte unter den gegenwärtigen Umständen leicht sein, diese Frage gemeinsam zu lösen, zumal auf unserer Seite der politische Wille dazu besteht.

Kern unseres Vorschlages ist die Neufassung der Militärdoktrin, ungeachtet Ihrer gegenteiligen Interpretation des Budapester Appells. Uns geht es vor allem darum, in Verhandlungen darüber einzutreten, mit dem Ziel, die Doktrinen beider Bündnisse zu verändern, und zwar entsprechend den Prinzipien, die General Jaruzelski herausgestellt hat. Ich meine, damit kann die Frage ad acta gelegt werden.

Was die nuklearen Waffen angeht, so dürfte es für Sie durchaus akzeptabel sein, ihre Anzahl zu reduzieren. Wenn Sie natürlich in den nächsten 15 Jahren kein atomwaffenfreies Europa wollen, ist Ihr Ansatz sicher richtig. Aber lassen Sie uns diese Waffen doch abbauen. Sie verfügen über vier- oder fünftausend, und wir haben etwas weniger, vielleicht genauso viel. (Wir haben die Zahl bislang nicht veröffentlicht; aber ich hoffe, das wird demnächst geschehen.) Fest steht, daß Atomwaffen in einem solchen Umfang eine destabilisierende Wirkung haben. Falls wir kein atomwaffenfreies Europa erreichen können, würde ich es vorziehen, wenn es auf beiden Seiten in Europa ein- oder zweihundert hochmobile Atomwaffen gibt. Das würde jedenfalls die militärische und auch die politische Lage in Europa erheblich stabilisieren.

Ein letzter Punkt: Manche von uns haben offenbar erwartet, daß jetzt eine hektische Bewegung seitens des Westens einsetzen würde, was aber keineswegs der Fall ist. Im Gegenteil, der Westen hat sich bisher jeder Art von Gesprächen über dieses Thema verschlossen. Das ist schon bedeutsam. Wenn die Dinge über ein oder mehrere Jahre so weiterlaufen, könnte bei uns der Eindruck entstehen, daß der Westen ein doppeltes Spiel treibt oder daß er sogar, vor allem die USA, überhaupt nicht an irgendeiner Abrüstung im konventionellen Bereich interessiert ist, in der Erwartung, daß wir hier einseitig abrüsten.

Blackwill

Ich halte Ihren Hinweis für besonders interessant, Herr Karaganow, daß die Reduzierungen nicht, wie es der Budapester Appell in der Tat verlangt, gleich sein müssen. Aber die Sowjetunion hat bisher nicht erklärt, wie das vor sich gehen soll. Es gibt natürlich das Problem: Die Seite mit der geringeren Zahl an Waffen - und das ist bei den wichtigsten Waffensystemen der Westen - bleibt auf dem gegenwärtigen Stand sowohl was die Anzahl als auch den Modernisierungsgrad angeht, während der Osten allmählich auf dieses Niveau herunterrüstet. Das könnte problematisch sein. Je deutlicher Moskau deshalb sagt, was es auf diesem Gebiet vorhat, um so besser.

Die Frage der offensiven beziehungsweise defensiven Fähigkeiten ist ein sehr schwieriges Thema, bei dem man in die Einzelheiten gehen müßte. Eine Luftverteidigung beispielsweise, die Stützpunkte schützt, von denen offensive Angriffe gegen die andere Seite geflogen werden, kann man kaum als defensiv bezeichnen.

Hinsichtlich der Militärdoktrin bin ich etwas mißverstanden worden. Ich habe zwar bemerkt, daß der Osten über Doktrinen reden möchte. Mir kam es aber weniger auf diese Diskussionen an, sondern ich wollte vielmehr auf die Unvereinbarkeit aufmerksam machen, die besteht zwischen einer Doktrin, wie sie kürzlich auf dem Gipfel des Warschauer Pakts in Ost-Berlin expliziert wurde, und der Stationierung hochgerüsteter Streitkräfte in Mitteleuropa.

Schließlich zu den Atomwaffen: Ich habe nicht gesagt, daß beide Seiten ihre Atomwaffen-Arsenale in der gegenwärtigen Form beibehalten sollten. Ich stimme Ihnen zu, daß sie sich in einigen Fällen von ihrer Struktur her destabilisierend auswirken. Ich wollte aber auf etwas anderes hinaus. Die NATO ist in der Tat dabei, und zwar seit einigen Jahren, die Zahl der Atomwaffen einseitig zu reduzieren. Worum es mir geht, ist: Welche Rolle soll den Atomwaffen zukommen, um Stabilität und Frieden in Europa zu sichern? Nach meinem Verständnis ist es das Ziel Moskaus und des Warschauer Vertrages, Atomwaffen aus dem europäischen Sicherheitsgleichgewicht zu entfernen, und ich habe meine Skepsis darüber zum Ausdruck gebracht, ob dies ratsam ist.

Kaiser

Herr Karaganow, meinen Sie, daß es zumindest eine Zwischenphase geben könnte, in der Sie bereit sein würden, die NATO-Doktrin der "flexiblen Antwort" zu akzeptieren, welche die Existenz von Atomwaffen voraussetzt? Könnten Sie damit eine Zeitlang leben? Ich frage das, weil fürs erste zwischen den Forderungen Gorbatschows nach einer totalen Null-Lösung bei Atomwaffen und der Notwendigkeit seitens der NATO, ein Minimum an "flexible response" aufrechtzuerhalten, Unvereinbarkeit besteht. Hierin liegt ein echtes Problem für Fortschritte auf dem Gebiet der Kernwaffen.

Karaganow

Wir wollen doch nicht alles auf einmal erreichen. Die Vorschläge gehen dahin, daß am Ende ein atomwaffenfreies Europa und eine von Atomwaffen freie Welt steht. Auf dem Wege dahin wird es natürlich eine Reihe von Zwischenschritten geben. Wir sind der Meinung, daß ein atomwaffenfreies Europa und eine atomwaffenfreie Welt stabil sein werden, aber wir müssen uns auf einen langen politischen Prozeß einstellen, um diese Stabilität zu erreichen.

Man kann die Atomwaffen im gegenwärtigen Europa nicht einfach verschrotten; denn das könnte sich an bestimmten Punkten in der Tat destabilisierend auswirken, zumindest politisch. Aber wir streben eine atomwaffenfreie Welt und ein atomwaffenfreies Europa an, das bei allen Unterschieden der politischen Verhältnisse entmilitarisiert ist und politisch enger zusammenrückt.

Roper

Wenn ich Herrn Karaganows Antwort richtig verstanden habe, dann ist er der Meinung, daß das wichtige Dokument, das in diesem Frühsommer von einem Komitee der sowjetischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde und das von einer 95prozentigen Reduzierung der Atomwaffen auf beiden Seiten spricht, soweit es die strategische Stabilität zwischen den Supermächten betrifft, auch auf die in Europa gelagerten Atomwaffen Anwendung finden soll. Das wäre in der Tat eine wichtige Feststellung, die über das hinausgeht, was bisher dazu gesagt worden ist.

Karaganow

Das ist natürlich meine ganz persönliche Auffassung, von der ich aber fest überzeugt bin. Warum sollte das nicht möglich sein?

M. Schmidt

Die Konzeption und Philosophie der Abschreckung befindet sich in einem Entwicklungsprozeß. Dazu gehört auch ein Durchdenken des Problems der sogenannten Minimalabschreckung. Dies zeigt sich in dem von John Roper erwähnten Dokument. Es spielt aber auch in unseren eigenen Überlegungen eine Rolle, daß bei der Überwindung der Nuklearwaffen schrittweises Vorgehen nötig und insofern eine neue Einstellung zur Minimalabschreckung erforderlich ist. Fachleute haben ja errechnet, daß möglicherweise schon 0,7 Prozent der weltweit vorhandenen Nuklearkapazitäten ausreichen, um den nuklearen Winter auszulösen.

Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß neben Gegnern nuklearer Abrüstung eine Reihe von Leuten gegen einen vollständigen Abbau der Nuklearwaffen echte Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit hegen. Darauf gibt es heute noch keine überzeugenden Antworten. Deshalb sollte man auch Übergangslösungen in diese Diskussion miteinbeziehen.

Kaiser

Dieser Punkt ist für die Ost-West-Diskussion sehr wichtig, weil sich hier die Möglichkeit abzeichnet, zumindest für eine Übergangszeit, unterschiedliche Positionen miteinander zu kombinieren.

Pudlák

Das Thema unserer Diskussion ist bedeutsam und zugleich aktuell. Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß Zusammenarbeit das beste und verlässlichste Mittel ist, um Vertrauen aufzubauen. Vertrauen ohne konkrete Zusammenarbeit bleibt ein abstrakter Begriff. Eine bewährte Form der Zusammenarbeit ist der Handel. Leider hemmen verschiedene diskriminierende Einschränkungen und

Verbote seine Entwicklung. Das gilt insbesondere für den Handel zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern.

Ferner ist die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Und auch auf ökologischem Gebiet wird der Bedarf an Zusammenarbeit seit einiger Zeit zunehmend größer. Während es in der Vergangenheit die Aufgabe der Wissenschaft und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit war, zur Entwicklung der Zivilisation beizutragen, sehen sich die Wissenschaftler heute einer neuen Aufgabe gegenüber, nämlich Menschheit und Umwelt gegen die verderblichen Wirkungen der Zivilisation zu schützen.

Die widerwärtigste Errungenschaft der gegenwärtigen Zivilisation sind zweifellos die Atomwaffen. Deshalb ist es im Atomzeitalter, wo das Leben auf unserem Planeten auf dem Spiel steht, die vordringliche Forderung, daß beide Seiten zusammenarbeiten, um eine nukleare Katastrophe abzuwenden und ein verlässliches und umfassendes internationales Friedens- und Sicherheitssystem zu schaffen. Dafür bedarf es konstruktiver Verhandlungen über eine schrittweise atomare und konventionelle Abrüstung, um das niedrigstmögliche Niveau zu erreichen, das ausschließlich Verteidigungszwecken dient.

Es wird mitunter die Ansicht vertreten, daß dies für die kleinen und mittleren Länder nicht gelte, sondern nur die Sache der beiden Supermächte sei. Das ist falsch. Es ist richtig, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die größten Atomwaffenarsenale besitzen, so daß sie sich im Konfliktfall gegenseitig zerstören und zugleich die ganze Welt in Trümmer legen können. Bei ihnen liegt deshalb die größte Verantwortung.

Sie führen zur Zeit einen vielversprechenden Dialog, und es erscheint möglich, daß es zu einem Übereinkommen bei Mittel- und Kurzstreckenraketen kommt. Des Weiteren ist ein Abkommen über Interkontinentalraketen denkbar, vorausgesetzt die USA bestehen nicht auf ihrem SDI-Projekt, in dem die Sowjetunion richtigerweise den Versuch sieht, das strategische Gleichgewicht grundsätzlich umzuwerfen.

Was wir jetzt brauchen, ist ein realistischer und konstruktiver Ansatz und nicht eine von vornherein pessimistische Einstellung. Kanzler Schmidt hatte recht, als er seinerzeit in seinem Buch "Eine Strategie für den Westen" schrieb, die Besessenheit des Westens für "worst case scenarios" sei gefährlich, weil sie verhindern, daß über Möglichkeiten positiven Handelns nachgedacht wird. Ich möchte hinzufügen, daß diese Mentalität, in "worst case scenarios" zu denken, nur in eine Sackgasse führen kann, weil es im Atomzeitalter keine Möglichkeit gibt, sich gegen den schlimmsten Fall zu verteidigen. Sogar Präsident Reagans berühmtes SDI-Programm wird von vielen wissenschaftlichen Autoritäten nur als eine sehr gefährliche und teure Illusion betrachtet.

In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, eine kritische Bemerkung gegenüber einigen westeuropäischen Politikern und Politologen zu machen. Wenn die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion angespannt sind und kein Dialog zwischen ihnen stattfindet, dann beklagen die Westeuropäer einen Mangel an gutem Willen und kritisieren die Großmächte, daß sie nichts zur Verbesserung der internationalen Lage tun und die Abrüstung nicht voranbringen. Sobald jedoch ein Dialog in Gang kommt und sich Möglichkeiten eines Übereinkommens abzuzeichnen beginnen, bricht in Westeuropa Panik aus; es wird ein Gezeter angestimmt über die Gefahren eines neuen Jalta oder eines neuen München, über ein Kondominium der beiden Supermächte und so weiter.

Flora Lewis schrieb vor kurzem im International Herald Tribune, daß sich die Westeuropäer automatisch aufregen, ganz gleich ob sich das Barometer der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zum Guten oder zum Schlechten verändert. Jemand hat es sogar noch deutlicher ausgedrückt: Manche Westeuropäer fürchten sowohl die Gefahr des Zusammenstoßes als auch die des heimlichen Einverständnisses der beiden Supermächte. Dazu ist nun noch die Furcht vor der Abrüstung gekommen, einschließlich der Furcht vor der Option der doppelten Null-Lösung. Wenn Karl Marx noch am Leben wäre, so könnte er wieder schreiben: "Ein Gespenst geht um in Europa" - ich meine, in Westeuropa. Aber diesmal ist es nicht das Gespenst des Kommunismus, sondern das Gespenst der Abrüstung und der doppelten Null-Lösung.

Europa ist aber bereits durch die angehäuften Waffen aller Art in einer bedrückenden Lage. Im Falle eines neuen Weltkonflikts wäre es das Hauptschlachtfeld, diesmal jedoch ohne die mindeste Hoffnung auf Überleben. Aus diesem Grunde sollten die europäischen Nationen jede Unterstützung geben, sowohl für territorial begrenzte als auch für umfassende Abrüstungsmaßnahmen in Europa, vom Atlantik bis zum Ural. Deshalb steht ihnen die Rolle des Saboteurs von Abrüstungsvorschlägen nicht

zu. Es ist gut, daß die Regierung der Bundesrepublik dies verstanden und nach einigem Zögern die Position eingenommen hat, die die Lösung des Problems der Pershing IA erleichtert.

Europa vom Atlantik bis zum Ural ist jedoch, wie Mátyás Szűrös unterstrichen hat, nicht nur eine geographische, sondern auch eine kulturelle und politische Kategorie. Versuche, die europäische Identität auf den begrenzten Raum des Gemeinsamen Marktes festzulegen, sind ebenso unhistorisch wie nutzlos. Russische, polnische, tschechische und slowakische Literatur, Musik und Wissenschaft sind, ungeachtet ihrer Eigenart, ein integraler Bestandteil der europäischen Zivilisation, genauso wie die Frankreichs, Englands oder Italiens.

In letzter Zeit, besonders seit der Helsinki-Konferenz, hat es in Europa, obgleich es in zwei Gesellschaftssysteme geteilt ist, das wachsende Bewußtsein einer gesamteuropäischen Identität gegeben. Das geschieht aus dem Bedürfnis, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, das jedem Platz bietet. Es ist auch eine Folge davon, daß das kulturelle Erbe Europas sich friedlich und in gutnachbarlichen Beziehungen in seinem ganzen Reichtum und in seiner Vielfalt entwickeln sollte, ohne daß die eine oder die andere Seite ihr System, ihre Ideologie, ihre Eigenart aufgeben muß. Auch dies ist eine Manifestation des neuen politischen Denkens, das sich allmählich durchsetzt.

H. Schmidt

Herr Pudlák erwähnte eben die "worst case scenarios". In dem Zusammenhang sollte man begreifen, daß die Strategie der sogenannten "flexible response" tatsächlich überhaupt nicht flexibel ist. Vielmehr bedeutet sie den sehr frühen Einsatz, wenn nicht sogar den frühen Ersteinsatz von Atomwaffen, da sich der Westen in konventioneller Hinsicht absolut unterlegen fühlt. Mein Eindruck ist aber, daß auch die Führer in Moskau ihre Militärstrategie von Anbeginn als "worst case scenario" entwickelt haben. Auch sie sind darauf eingerichtet, in einem Krieg sehr früh Atomwaffen einzusetzen. Ganz gleich, ob diese Raketen nun von Moskau oder vom Westen aus starten, die Folge wäre in jedem Falle die sehr schnelle Zerstörung Polens, der Tschechoslowakei, der beiden Teile Deutschlands, Ungarns und einiger angrenzender Länder mit ihren Bevölkerungen.

Beide Seiten haben sich insoweit in unsinnigen militärischen Strategien engagiert. Die politischen Führer sind bei dieser Einsicht vielleicht schon etwas weiter gediehen als die militärischen. Deshalb möchte ich unterstreichen, was bereits gesagt wurde: Es ist notwendig, eine öffentliche Diskussion über Militärstrategie zu führen, an der auch die Militärs beteiligt werden, und zwar nicht junge intelligente Stabsoffiziere, sondern vor allem Drei- und Viersterne-Generale.

Eine solche öffentliche Diskussion über Militärstrategien hat zum Beispiel zwischen 1890 - dem Jahr, als Bismarck abtrat - und 1914 nicht stattgefunden. Die Tatsache, daß dies damals als ein Bereich angesehen wurde, der nur den Militärs und Leuten wie Wilhelm II. in Deutschland und einigen hochrangigen Politikern in anderen Ländern vorbehalten war, ist einer der Gründe, warum Europa in den Ersten Weltkrieg hineinschlitterte. Zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg war die Situation nicht die gleiche; der Zweite Weltkrieg geht hauptsächlich auf das Konto Hitlers. Aber auch nach 1945 bis heute hat es keine öffentliche Diskussion über Militärstrategien gegeben. Was wir von den Militärs auf beiden Seiten zu hören bekommen, ist eine endlose Wiederholung der Sicherheitsphraseologie.

Ich habe einige Kenntnisse über die Militärstrategie des Westens erwerben können, weil ich für zwei oder drei Jahrzehnte in diesem Bereich aktiv gewesen bin. Nach meinem Verständnis ist der Unterschied zwischen der westlichen Strategie und der des Moskauer Generalstabs nicht allzu groß. Mein Eindruck ist, daß Führerpersönlichkeiten wie Breschnew und Gorbatschow, wie Honecker, Jaruzelski oder Kádár im Osten ebenso wie entsprechende Politiker im Westen diese Situation weit besser verstehen, als dies bei den Militärs der Fall ist, die Gefangene ihres eigenen Denkens sind.

Ich halte es deshalb für eine gute Sache, eine öffentliche Diskussion über Militärstrategie in Gang zu bringen, obwohl sich die Ergebnisse nicht leicht voraussehen lassen. Doch wird eine solche Diskussion unvermeidlich zu einer Politisierung der Militärstrategie führen, die im Osten ebenso wie im Westen dringend erforderlich ist.

Appleyard

Erstens möchte ich hervorheben, daß das Vereinigte Königreich für sorgfältige, in sich abgestimmte und ausgewogene Übereinkommen eintritt, die von beiden Seiten realistisch ausgehandelt werden. Deshalb sind wir auch gegenüber einseitigen Erklärungen und Maßnahmen eher reserviert. Wir möchten den Rüstungskontrollprozeß in einen Rahmen bringen, der auf Verhandlungen aufbaut.

Zweitens: Es kann nicht darum gehen, Europa sozusagen für den konventionellen Krieg sicher zu machen. Ein weiterer konventioneller Krieg würde zwar die Welt nicht vernichten, wie dies ein nuklearer Krieg tun würde, aber er würde den Teil Europas, in dem wir alle leben, weitgehend zerstören. Das wäre ein sehr hoher Preis. Deshalb brauchen wir sorgfältig ausgearbeitete Übereinkünfte und eine abgestimmte Datengrundlage und entsprechende Verifikation. Aus diesem Grunde müssen wir auch die Ungleichgewichte überwinden, und zwar sowohl bei den konventionellen Streitkräften als auch, was besonders wichtig ist, auf dem Gebiet der chemischen Waffen.

Drittens befürworten wir einen eingehenderen Gedankenaustausch zwischen den Militärs beider Seiten. Auf ihre Weise haben Ungarn und Großbritannien auf diesem Gebiet schon ein wenig geleistet. In den letzten zwei Jahren haben gegenseitige Besuche der beiden Generalstabschefs stattgefunden. Das mag nur ein bescheidener Schritt sein, aber es ist tatsächlich ein erster Schritt, den beide Seiten fortsetzen wollen.

Schließlich komme ich zurück auf das, was Herr Szürös über den notwendigen Realismus sagte, und daß wir von den gegenwärtigen Bedingungen ausgehen müssen. Die pragmatischen Briten sind, wie Sie alle wissen, gegenüber großen, umfassenden Konzepten mißtrauisch. Wir neigen dazu, Schritt für Schritt vorzugehen. Aus diesem Grund bevorzugen wir ein Geflecht von Abkommen, die realistisch und sorgfältig ausgehandelt werden müssen. Das ist die beste Garantie für eine stabile Sicherheit.

Kaiser

Kann man erwarten, wie dies in mehreren Beiträgen anklang, daß wir künftig wirklich über Zahlen werden diskutieren können, die von beiden Seiten vorgelegt werden? Wenn wir in der Vergangenheit über konventionelle Rüstungskontrolle reden wollten, war es ja stets ein Problem, daß wir von Zahlen ausgehen mußten, die ausschließlich aus dem Westen stammten.

Garai

Wir alle haben mit großem Interesse Helmut Schmidts Einschätzung der ökonomischen Aspekte der Weltsicherheit gehört, insbesondere was die Zukunft der Sicherheit unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten angeht. Ich habe jedoch den Eindruck: Wenn er von den beiden militärischen Supermächten spricht und sagt, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiet keine Führungsmächte mehr sind, dann wollte er höflich und allzu ausgewogen sein. Ich meine, damit unterschätzen Sie die Amerikaner ein wenig, was ihre wirtschaftliche Macht und ihre Möglichkeiten angeht. Mein Argument ist, daß die USA über zahlreiche Mittel verfügen, in die Wirtschaft der westlichen Partner einzugreifen. So sind beispielsweise die amerikanischen Investitionen im Ausland nicht erwähnt worden. Wenn man die Netto-Verschuldung der Vereinigten Staaten betrachtet, sieht das Bild ein wenig anders aus.

H. Schmidt

Sämtliche Zahlen, die ich genannt habe, waren Nettozahlen. Die amerikanischen Investitionen im Ausland sind dabei bereits berücksichtigt.

Garai

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Vor kurzem hatten wir Besuch aus der Bundesrepublik Deutschland, der auf die französische Reaktion hinsichtlich der Annäherung der beiden deutschen Staaten zu sprechen kam. Er stellte fest, daß die französische Regierung die westdeutsche Politik, was die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten angeht, voll unterstützt. Deshalb konnte ich Ihr Argument nicht ganz verstehen, als Sie das französische Verhalten in der deutschen Frage erwähnten.

Rakowski

Helmut Schmidt sagte am Anfang, er sähe für die Zukunft zwar nicht schwarz, aber auch nicht rosa. Nun, seine Ausführungen haben mich sehr beeindruckt, zumal er einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Weltsituation recht nahe kam, indem er vor allem über die Basis sprach und uns aufforderte, die weltwirtschaftliche Entwicklung zu beachten. Das sagt mir durchaus zu. Mein gemessener Optimismus wurde durch seine Worte allerdings nicht gestärkt.

Was kann man tun, um das Thema Europa, um das wir uns seit Jahrzehnten auseinandersetzen, so zu akzentuieren, daß es wirklich zu einer Annäherung zwischen Ost und West kommt? Da stelle ich mir dann die Frage, Herr Schmidt, inwieweit unsere Generation, die wesentlich durch den Zweiten Weltkrieg geprägt wurde, noch fähig ist, die Probleme zu lösen, vor denen Europa steht. Und hier

rechne ich doch - das ist ein Grund für meinen Optimismus - auf die Nachkriegsgeneration. Ich will jetzt nicht auf Nebenerscheinungen dieser Generation eingehen, die sich teilweise recht gefährlich ausnehmen. Auf das Ganze gesehen habe ich jedoch den Eindruck, wenn ich zum Beispiel an die Entwicklung in Polen denke, daß die Nachkriegsgeneration die Lage in Europa ganz anders einschätzt als wir - das hat nicht nur etwas mit der traditionellen Protesthaltung der Jugend zu tun - und daß sie das Europa, das wir in der Nachkriegszeit gebaut haben, manchmal zum Teufel schicken möchte. Bei uns haben damals eben die Erfahrungen des kalten Krieges eine überragende Rolle gespielt, als wir anfangen, Europa zu gestalten.

Vielleicht sollten wir bei unseren Überlegungen über Europa mehr an die nächste Generation denken, ihr zumindest mehr Handlungsmöglichkeiten einräumen. Die Nachkriegsgeneration in Polen hat in vieler Hinsicht jedenfalls ganz andere Ansichten als meine Generation, was zum Beispiel unsere Beziehungen zur Sowjetunion oder zu den Deutschen, überhaupt zu Europa betrifft. In vielen Fällen sind das gesündere Vorstellungen, als wir sie hatten.

Herr Sonnenfeldt hat nach den Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Ost und West gefragt. Nach meiner Einschätzung brauchen wir darum nicht besorgt zu sein; denn wir stehen immer noch erst am Anfang der vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, daß die Ideologie heute in unseren Beziehungen weitgehend an Bedeutung eingebüßt hat. Mehr und mehr treten pragmatische Fragen in den Vordergrund. Wir denken also zur Zeit nicht darüber nach, wo die Grenzen der Zusammenarbeit liegen; denn sie sind noch lange nicht erreicht.

Kaiser

Wenn Sie sagen, die neue Generation habe eine andere Vorstellung von Europa, gilt das für beide Seiten? Sehen Sie es also als eine gemeinsame Entwicklung in Ost- und Westeuropa an, daß sich die Auffassungen ändern, oder meinen Sie nur die junge Generation in den osteuropäischen Ländern?

Rakowski

Nein, auf beiden Seiten. Mein Eindruck ist, daß sich auch in Westeuropa die Nachkriegsgeneration in eine andere Richtung bewegt.

Heigert

Herr Rakowski, Sie haben gesagt, die jüngere Generation wünsche das Europa, das wir Älteren gebaut haben, zum Teufel. Ein beträchtlicher Teil der jungen Generation in der Bundesrepublik hält in der Tat von dem Europa, das wir gestaltet haben - von diesem hochgerüsteten Europa, vom kalten Krieg und dem Zaun, der durch Europa geht, überhaupt nichts. Sie macht uns, die ältere Generation, dafür verantwortlich, was wir ihr für eine Welt hingestellt haben. Und die ältere Generation leidet unter dem Vertrauensverlust der Jugend. Ist das in Polen auch so?

H. Schmidt

Ich stimme Ihnen zu, Herr Rakowski, daß die junge Generation andere Vorstellungen und neue Ideen hat und das verachtet, was wir Älteren zustande gebracht haben. Ich bezweifle jedoch, ob Sie recht haben, wenn Sie sagen, die Vorstellungen der jüngeren Generation seien gesünder als diejenigen, die wir gehabt haben. Sie sprechen davon - offenbar aufgrund Ihrer Erfahrungen in Polen;- , daß die jungen Leute heute pragmatischer an die Dinge herangehen. In der Bundesrepublik ist das keineswegs der Fall.

Auch zu früheren Zeiten neigten junge Generationen in Deutschland zum politischen Romantizismus - das war übrigens auch in Polen nicht sehr viel anders. Das heißt, man setzte sich großartige Ziele und besaß wenig Fähigkeiten, zu ihrer Verwirklichung konkret einen Schritt nach dem anderen zu tun. Die jungen Leute, die sich in der Bundesrepublik politisch artikulieren, sind zumeist Romantiker und Illusionisten, seien es die Grünen oder auch die jungen Leute in der SPD. Das macht mich besorgt.

Sie sind zum Beispiel mit voller Überzeugung gegen Kernkraftwerke, aber machen sich überhaupt keine Gedanken darüber, welche ökonomischen Konsequenzen eine totale Abhängigkeit von fremder Leute Öl haben würde. Sie machen sich auch in keiner Weise klar, welche ökologischen Folgen es nach sich ziehen würde, wenn wir nur noch Öl und Kohle verbrennen würden. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß wir dann spätestens im Jahre 2020 in Europa den Treibhauseffekt erleben würden. Dem idealistischen Schwung junger Illusionisten und Romantiker würde ich mich jedenfalls

nicht anvertrauen. Was Europa braucht, ist ein Mehr an Rationalität und soviel Weitblick wie möglich - egal, ob er von alten oder von jungen Leuten kommt.

Rakowski

Sorgen habe ich natürlich auch. Wenn ich gesagt habe, die junge Generation denke gesünder als wir Älteren, dann meine ich in erster Linie ihre Einstellung zu all jenen Problemen, die uns hier vorzugsweise beschäftigen, also die Fragen der nationalen Grenzen, die Freizügigkeit, die ewige Diskussion über Abrüstung, all die Konferenzen, die wir erlebt haben und die uns praktisch keinen Schritt vorwärts gebracht haben. Jetzt, nach 40 Jahren, gibt es erste Anzeichen, daß sich in der richtigen Richtung etwas durchsetzen könnte.

Ich sehe diese junge Generation aufgrund eigener Erfahrungen, besonders in den letzten Jahren, recht positiv. Die Jugendlichen, mit denen ich gesprochen habe, beurteilen das, was wir vollbracht haben, nicht nur kritisch, sondern geradezu ablehnend. Die Frage ist, welche eigenen Vorschläge sie machen werden. Das ist schon interessant; denn sie werden bald die führende Generation sein.

Für mich besteht kein Zweifel, daß sie versuchen werden, die Welt, in der wir leben, rationaler anzugehen. Vielleicht denken nicht alle Jugendlichen so; aber für die politisch Denkenden trifft das sicher zu. Das bedeutet nicht, daß diese jungen Leute dem System immer freundlich gegenüberstehen. Mit den konkreten Systemen hat ihre Einstellung eigentlich sehr wenig zu tun.

Boldizsár

Ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit dem, was Herr Rakowski sagte, ist die öffentliche Meinung. In jeder Form von Demokratie muß auf die Wünsche oder auch den Ärger der Öffentlichkeit Rücksicht genommen werden, sonst befinden wir uns gewissermaßen in einem geschlossenen Raum, aus dem die öffentliche Meinung ausgeklammert wird.

Des Weiteren: Wenn wir ein neues Europa, das europäische Haus bauen oder die Heimat Europa erreichen wollen, dann müssen wir mit dem Abbau der Feindbilder beginnen. Und ich möchte, anknüpfend an das, was Herr Rakowski über die Jugend gesagt hat, ketzerisch hinzufügen: Es ist auch notwendig, daß - zumindest in einem Teil Europas - die übertriebenen Illusionsbilder abgebaut werden. Die junge Generation bei uns, die den Krieg nicht mehr erlebt hat, nur den kalten Krieg, macht sich Illusionen vom anderen Teil Europas, was fast so gefährlich sein kann wie ein Feindbild. Auf westlicher Seite gibt es derartige Illusionen in bezug auf die östliche Gesellschaft überhaupt nicht. Auf der anderen Seite ist die Jugend auf beiden Seiten so desillusioniert, daß sie an fast gar nichts mehr glaubt. Für sie ist ein gemeinsames Europa nur ein leerer Begriff.

Kaiser

Nach diesem ersten Diskussionsdurchgang im Anschluß an die Referate von Herrn Szürös und Helmut Schmidt, möchte ich jetzt zunächst Herrn Bogdanow und Herrn Sonnenfeldt um ihre Ausführungen bitten.

Bogdanow

Ich möchte Ihnen gegenüber sehr frei und offen sein und zunächst ein paar Worte dazu sagen, was mir widerfahren ist, bevor ich hier nach Budapest kam. Bevor man zu einer solchen Konferenz mit anerkannten und bedeutenden Persönlichkeiten aus ganz Europa fährt, begibt man sich üblicherweise zu einigen wichtigen offiziellen Stellen in Moskau, um die Marschroute zu erfragen, nach dem Motto: Ich gehe da oder dorthin, was soll ich denen erzählen? Und gewöhnlich, so war es zumindest früher, wurde man dann mit Informationen und Hinweisen vollgestopft; das heißt, man bekam eher zu viele als zu wenige Informationen und Überlegungen mit auf den Weg.

Diesmal jedoch, obgleich ich nur sehr wenig Zeit zur Vorbereitung hatte, wurde ich buchstäblich hinausgeworfen. Mir wurde bedeutet: "Sie wissen nicht, was in diesem Lande vor sich geht und was Sie Ihren Kollegen dort sagen sollen? Erzählen Sie ihnen, was Sie empfinden und was in diesem Land stattfindet. Erklären Sie ihnen das. Was sollen wir Ihnen dazu sagen."

Ich erzähle Ihnen das, um Ihnen einen Eindruck davon zu vermitteln, was gegenwärtig in Moskau passiert; wie sich dieser Ort verändert hat, nicht für Sie, meine Damen und Herren, aber für uns! Es ist für uns tatsächlich ein anderer Ort geworden. Und ich halte es für nützlich, wenn ich Ihnen einiges über das erzähle, was sich jetzt in Moskau abspielt und wie wir uns selbst als sowjetische Bürger dabei fühlen. Ich möchte Ihnen deutlich machen, wie Außenpolitik und neues Denken

zusammenhängen, das die, wenn Sie so wollen, philosophische Grundlage der praktischen außenpolitischen Handlungen der Sowjetunion darstellt.

Ich sage dies alles aus einem bestimmten Grund. Ich habe mit dem Westen in den letzten 25 Jahren beruflich zu tun gehabt. Ich war immer der Meinung, daß die USA das einzige Land der Welt sind, in dem die Innenpolitik Anfang und Ende aller Dinge ist. Mit anderen Worten, die amerikanische Außenpolitik ist keine unabhängige Größe, sondern sie ist sehr eng mit der Innenpolitik verbunden, und wenn man über die amerikanische Außenpolitik Prognosen abgeben will, sollte man sich zunächst mit der Innenpolitik beschäftigen.

Jetzt gibt es ein weiteres Land, wo die Dinge genauso liegen. Das heißt, wenn Sie wirklich verstehen wollen, was zur Zeit in der sowjetischen Außenpolitik vor sich geht, dann würde ich Ihnen den guten Rat geben, daß Sie mit innenpolitischen Ereignissen in der Sowjetunion beginnen. Deshalb möchte ich Ihnen erst einmal eine Brücke bauen - wenn Sie so wollen, eine intellektuelle Brücke - zwischen Geschehnissen auf der innen- und der außenpolitischen Bühne. Da meine Redezeit begrenzt ist, erspare ich mir die Einzelheiten. Ich werde mehr über allgemeine Fragen sprechen, die aber nicht weniger wichtig sind.

Es gibt sicher einen Unterschied zwischen den Menschen im Westen und bei uns in der Sowjetunion, wie wir Gorbatschow beurteilen. Sie im Westen sehen ihn als großen Kommunikator, als einen Mann, der in der Lage ist, auf andere Menschen einen guten Eindruck zu machen und die westliche öffentliche Meinung zu überzeugen. Für uns ist das ohne jede Bedeutung. Glauben Sie mir, das kommt uns nicht einmal in den Sinn, wenn wir über Gorbatschow reden und nachdenken. Für uns ist er zuallererst ein großer Macher, ein Mann, der handelt. Das ist für uns wichtig.

Wir setzen jetzt in der sowjetischen Innenpolitik Prioritäten, wobei drei Themen unmittelbare Priorität zukommt, während ein vierter Punkt sowohl langfristig als auch kurzfristig Priorität hat. Die erste Priorität besteht in der Versorgung mit ausreichenden Lebensmitteln. Die zweite Priorität betrifft die Beseitigung des Wohnungsproblems. Die dritte Priorität liegt beim Gesundheitswesen. Die vierte Priorität beinhaltet ein neues Managementsystem, einen Wechsel im Management unserer Wirtschaft, um uns in die Lage zu versetzen, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes eine qualitativ neue Wirtschaft aufzubauen.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zu dem, wie wir früher Reformen und Veränderungen in unserem Land durchzuführen versuchten, etwa zu den Reformen Chruschtschows - der auch ein großer Reformator war - in den 60er Jahren, und den heutigen Reformen. Der wesentliche Unterschied liegt in der Tatsache, daß jetzt überall der Mensch im Mittelpunkt steht. Es ist nicht mehr ein abstrakter Staat, für den man Opfer bringt und seinen Teil beiträgt. Das kann man vergessen. Es ist der Mensch, der nun überall im Mittelpunkt steht und für den alle diese Dinge getan werden.

Lassen Sie es mich so sagen: Wir haben ein sozialistisches Haus gebaut, aber es wohnte kein Mensch darin. Nun ist es höchste Zeit, Menschen in das sozialistische Haus zu bringen. Ich meine, das ist eine äußerst wichtige konzeptionelle Veränderung im gesamten Erscheinungsbild, das sehr eng mit der Außenpolitik zusammenhängt. Ich nenne das den humanitären Aspekt dessen, was sich in der Sowjetunion tut, und seine Verbindung mit der Außenpolitik.

Sicher mehr als jeder andere hier im Raum, würden wir diese Veränderungen gern so bald wie möglich durchführen, schneller als wir fähig sind, uns selbst zu verändern; denn es geht um unser Land und unsere Heimat. Zugleich verstehen wir Ihre Besorgnisse, Wünsche und Zweifel, was die Erfolgchancen angeht. Werden wir Erfolg haben oder nicht? Glauben Sie mir, wir haben die gleichen Zweifel. Und wenn Ihnen heute irgend jemand von unserer Seite erzählt, wir wüßten alles, uns sei alles klar, dann trauen Sie ihm nicht! Er sagt Ihnen nicht die Wahrheit. Wir wissen nur, was das Ziel ist, wo wir hin wollen. Das wissen wir sehr genau. Aber welche Schwierigkeiten werden wir überwinden müssen? Davon haben wir nur eine sehr grobe Vorstellung; denn das ist für uns eine neue Herausforderung, eine neue Unternehmung.

Wir wollen Sie also nicht davon überzeugen, daß bei uns nun alles in Ordnung sei. Ich möchte Ihnen im Gegenteil etwas ganz anderes sagen: Wir fangen gerade erst an, auf Schwierigkeiten in dem ganzen Prozeß der Perestrojka zu stoßen. Es beginnt jetzt eine äußerst schwierige, entscheidende und kritische Phase der Perestrojka, von der das ganze Unternehmen abhängt, ob wir Erfolg haben werden oder nicht. Seit zwei Jahren sind wir dabei, ein Netz von Entscheidungen aufzubauen, das als ein Instrument dienen wird, um das gewaltige Gebilde umzuformen und diese unglaubliche Trägheit zu überwinden, von der Helmut Schmidt gesprochen hat. Er hat völlig recht. Die Trägheit ist der gefährlichste Feind in unserer Gesellschaft. Wir beginnen jetzt damit, diese Entscheidungen in die Praxis umzusetzen. Das betrifft in erster Linie die Wirtschaft, mit all den Konsequenzen, denen wir uns

in den nächsten drei oder vier Jahren werden stellen müssen. Das ist die kritischste Phase, durch die wir hindurch müssen.

Meine Antwort auf die Frage, ob wir Erfolg haben werden oder nicht, ist eher philosophisch: Wir werden Erfolg haben, weil es keine andere Alternative gibt. Die andere Alternative ist - aber ich will hier nicht dramatisieren oder schwarzsehen. Deshalb wiederhole ich: Weil wir keine andere Alternative haben, müssen wir Erfolg haben.

Es gibt drei Instrumente, die für unsere Gesellschaft wohl ungewöhnlich sind. Wir haben ja mit mehreren Übeln gleichzeitig zu kämpfen. Zunächst ein Problem, das sich vor allem für uns so stellt: Ist der jetzige Kurs irreversibel oder nicht? Ich weiß, daß sich einige auch meiner Freunde im Westen mit dieser Frage herumquälen, um eine Antwort zu finden. Auch wir stellen uns diese Frage, ob wir bereits den "point of no return" bei der Perestroika erreicht haben. Ich meine, der Prozeß ist bereits so weit gediehen, daß ein Zurück nicht mehr möglich sein wird. Es gibt glasnost und einen sehr tiefreichenden Demokratisierungsprozeß.

All dies richtet sich auf ein Ziel: die Menschen - Männer, Frauen, alle Mitglieder der Gesellschaft - an der Perestroika persönlich zu interessieren. Wir sehen auch sehr klar: Wenn es uns nicht gelingt, das persönliche Interesse unserer Bürger daran zu wecken, sind wir zum Scheitern verurteilt. Kein Slogan, kein Führer, kein System was auch immer - wird uns vor einem Fehlschlag bewahren, wenn wir nicht alle Mitglieder unserer Gesellschaft persönlich für den Erfolg von Perestroika interessieren.

Es gibt ein weiteres Problem: Das ist die Zeit. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß wir es hier mit einem riesigen Land zu tun haben, mit einer sehr großen Bevölkerung und mit einem Vielvölkerstaat. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Russen; aber es gibt große nationale Republiken mit einer eigenen beträchtlichen Wirtschaft und, wenn Sie so wollen, eigenen Interessen. Wir sind übrigens zu dem Ergebnis gekommen, daß unsere Gesellschaft eine "Multi-Interessen"-Gesellschaft ist. Es gibt unterschiedliche Interessen in der Gesellschaft, nicht nur persönliche, sondern auch Gruppeninteressen, die nicht notwendig mit den Interessen an der Spitze übereinstimmen. Das muß man berücksichtigen.

Die Entwicklung der informellen Organisationen stellt für unsere Gesellschaft schon ein sehr interessantes Phänomen dar, das lediglich die Tatsache widerspiegelt, daß es auch in der sozialistischen Gesellschaft unterschiedliche Interessen gibt. Die Anerkennung dieser Tatsache ist für unser Denken und Verstehen etwas sehr Neues. Wir können es uns deshalb nicht leisten, mit der Einführung der Reformen und der neuen Ideen so schnell voranzugehen, wie wir das an sich gern wollten; denn in der multinationalen Gesellschaft müssen eben auch die sehr verschiedenen nationalen Interessen berücksichtigt werden. Was man heute in Rußland durchführt, kann man nicht morgen schon in Usbekistan oder anderswo anwenden. Man muß erst einmal die Menschen davon zu überzeugen versuchen, daß es sich auch bei ihnen erfolgreich umsetzen läßt. Eine solche Politik braucht ihre Zeit, aber es ist eine vernünftige Politik.

Man kann mit einem solch riesigen Land wie der Sowjetunion keine gewagten Spiele treiben. Ich erzähle Ihnen das alles - obwohl Sie es sicher wissen, ohne daß man Sie daran erinnert;- , um Ihnen bei der Analyse dessen zu helfen, was in der Sowjetunion los ist, und damit Sie auch ein wenig objektiver und fairer bei der Beurteilung der Vorgänge bei uns sein können.

Wenn Sie heute jemanden in der Sowjetunion fragen - sei er nun oben oder unten;- , wie lange der Prozeß dauern wird, so wird er Ihnen, wenn er ehrlich ist, sagen: "Ich weiß es nicht." Und mir wäre es lieb, wenn Sie mit ehrlichen Leuten sprächen. Es handelt sich ja um einen Prozeß, der gerade erst begonnen hat. Wir haben das Ende nicht erreicht; wir befinden uns noch nicht einmal in der Mitte des Prozesses. So wie Sie, werden auch wir unsere Auf's und Abs erleben. Niemand von uns konnte sich am Beginn dieses sehr langen Weges vorstellen, welchen Schwierigkeiten wir begegnen, wie unermeßlich diese Schwierigkeiten sein würden. Und sie sind wirklich ungeheuer, nicht in erster Linie wegen ihrer objektiven, sondern vielmehr wegen ihrer subjektiven Natur.

Wir alle müssen zunächst einmal mit uns selber kämpfen; denn wir sind alle Kinder unserer eigenen Vergangenheit, die nicht immer nur ruhmreich war. Es war eine sehr komplexe Vergangenheit, die wir alle tragen müssen, auch wenn wir uns für sehr fortschrittlich halten. Wir würden am liebsten sehen, daß alles sofort geschieht, aber wir liegen mit uns selbst im Streit, weil wir noch mit dem einen Bein in der Vergangenheit stehen, während sich das andere Bein noch nicht in der neuen Umgebung zurechtfindet. Wir stecken noch mitten in subjektiven Schwierigkeiten. Dieser Tatsache sollten wir uns bewußt sein, wenn wir über die konkreten Veränderungen in der sowjetischen Außen- oder auch Militärpolitik sprechen.

Perestroika geht jeden in der Sowjetunion an, das heißt theoretisch. Das ist es jedenfalls, was die politische Führung proklamiert. Aber in der Wirklichkeit, im politischen Alltag der Sowjetunion gibt oder gab es einige heilige Kühe, einige Handlungsbereiche, die aus verschiedenen Gründen außerhalb der Diskussion und der Kritik stehen. Im militärischen Bereich zürn Beispiel herrscht äußerste Geheimhaltung vor. Dabei geht es nicht allein um den Schutz von Staats- oder Militärgeheimnissen, sondern man schützt auch sich selbst, das eigene Fehlverhalten.

Uns ist das ganz plötzlich aufgegangen, als wir die Entscheidung trafen, amerikanische Kongreßabgeordnete auf unsere Radarstationen in Krasnojarsk einzuladen. Einige Zivilisten sind mit den Amerikanern dort hingegangen und haben diese Station das erste Mal in ihrem Leben in Augenschein genommen, obwohl sie vorher schon viel davon gehört hatten. Was hat es mit diesem fürchterlichen Monstrum auf sich? Und es gab Dinge, die uns erschreckten. Ich denke etwa an die Mißwirtschaft, die wir dort vorfanden. So ist an dieser berühmten Anlage zehn Jahre lang gebaut worden. Einige militärische Führer wurden gefragt: "Warum zum Teufel haben Sie es gebaut? Sie sagen, es sei so wichtig für Sie, aber wieso haben Sie zehn Jahre dafür gebraucht?"

Mit all diesen Beispielen will ich Ihnen deutlich machen, daß wir dabei sind, uns selber zu finden. Es gab eine politische Entscheidung, aber Sie alle, die Sie in der einen oder anderen Weise mit praktischer Politik zu tun haben, wissen, wie weit der Weg von der politischen Entscheidung zu ihrer Umsetzung ist. Ich möchte betonen, daß die Umstrukturierung der sowjetischen Streitkräfte - lassen Sie es mich einmal so sagen gerade erst begonnen hat.

Es ist zweifellos berechtigt, wenn von Ihrer Seite bemerkt wird: "Nun gut, Sie haben eine Defensivdoktrin, das militärische Potential, wie immer man es nennen mag, ist ausreichend, aber warum haben Sie in diesem oder jenem Gebiet noch kampfbereite Divisionen stationiert?" Meine Antwort ist ganz einfach: Wir brauchen Zeit, um eine entsprechende Strukturänderung durchzuführen. Wenn man eine politische Entscheidung trifft, kann man nicht erwarten, daß sich die Umsetzung innerhalb von vier Wochen vollzieht. Fachleute wissen, daß es zunächst notwendig ist, eine neue Infrastruktur aufzubauen, bevor man die Divisionen abziehen kann. Um diese neue Infrastruktur aufzubauen, bedarf es finanzieller Mittel und so weiter. Sie kennen das ja alles. Ich versuche nur, die Dinge vor einem realistischen politischen und praktischen Hintergrund darzustellen.

Nun zu unserer Außenpolitik. Ich meine, dort gehen die revolutionärsten Veränderungen vor sich - und ich scheue mich nicht, das Wort "revolutionär" hier zu gebrauchen. Ich habe meine Gründe dafür. Es gibt nämlich eine sehr enge Verknüpfung zwischen Kreativität und Vorstellungskraft der neuen Führung in der Innenpolitik und in der Außenpolitik. Ich mache kein Geheimnis daraus, sondern will Ihnen offen sagen: Das strategische Ziel in unserer Außenpolitik besteht darin, heute und in Zukunft so viele Fronten wie möglich, die sich gegen die Sowjetunion richten, überflüssig zu machen.

Ich räume ein, daß wir möglicherweise in den letzten zehn, fünfzehn Jahren mit unserer nicht sehr klugen Außenpolitik unnötige Fronten gegen die Sowjetunion geschaffen haben. Jetzt ist das Hauptziel, diese Fronten aufzulösen und das Umfeld der Sowjetunion in dem Maße zu beruhigen, daß wir uns voll auf unsere inneren Probleme konzentrieren können. Denn, wie gesagt, der Innenpolitik kommt heute in der Sowjetunion die erste Priorität zu.

Eine große Zeit ist erst dann angebrochen, wenn die Außenpolitik nicht mehr das Hauptproblem, der Schwerpunkt unserer Aktivitäten, darstellt, sondern sie uns dabei behilflich ist, daß wir uns auf unsere internen Probleme konzentrieren und unsere Ressourcen, statt für Rüstungszwecke auszugeben, für die Lösung jener internen Probleme einsetzen können. In diesem Sinne hat sich unser Generalsekretär auf einer Konferenz der Parteiführer mit dem außenpolitischen Stab des Außenministeriums geäußert, übrigens die erste Konferenz dieser Art seit 40 Jahren. Er sagte es so: "Das muß Ihr strategisches Ziel sein; dies ist es, was wir von Ihnen erwarten."

Ich möchte noch einige theoretische Neuerungen im sowjetischen Denken erwähnen, die nicht nur von akademischem Interesse, sondern von ausgesprochen praktischem Wert sind. So wird zum Beispiel in den letzten Jahrzehnten immer wieder von "friedlicher Koexistenz" gesprochen. Das war, wie Sie wissen, die meistgebrauchte Parole der sowjetischen Außenpolitik. Wir haben uns mit einer Definition bei Leuten wie Ihnen und auch bei unseren eigenen Leuten schwergetan. Denn wir haben von friedlicher Koexistenz immer auch als von einer Art Klassenkampf gesprochen, um uns auf diese Weise gegenüber Kritik von der Linken abzusichern.

Ich möchte Sie deshalb auf einen neuen Begriff hinweisen, der meiner Ansicht nach von erheblicher Bedeutung ist: Interdependenz. Wir bieten Ihnen ein Konzept für Interdependenz an. Sie werden sicher viele Fragen haben, was das bedeuten soll. Meine sehr kurze Antwort darauf lautet: Damit ist gemeint, zusammen zu leben oder zusammen zu sterben. Das ist natürlich nicht der ganze Inhalt,

sondern erst der Anfang dieser Idee. Unter anderem denken wir dabei an eine sehr aktive Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Zivilisation. Aus diesem Grund wollen wir gern Mitglied bestimmter wirtschaftlicher Gruppierungen und dergleichen werden.

Interdependenz meint aber noch etwas anderes. Wir bieten Ihnen nämlich eine Art von Joint-venture an, und zwar nicht nur im Sinne gemeinsamer Unternehmen, sondern darüber hinaus. Die ökologischen Probleme unseres Landes bereiten uns außerordentliche Sorgen. Als Gorbatschow zuletzt die Gegend von Murmansk besuchte, war er sehr erschrocken, wie es dort ökologisch aussah, und hat gemeint: "Sie haben sich bereits in einem Maße selbst kaputtgemacht, daß es des Einsatzes von Atombomben gar nicht mehr bedarf. Noch zehn Jahre, und wir sind am Ende. Was machen Sie hier eigentlich?" Das ist jedoch nur ein Teil unseres Problems. Wenn man sich heute in Europa umschaute, dann haben wir bereits ein Maß an ökologischen Schäden und Fehlleistungen erreicht, daß weder Sozialismus noch Kapitalismus in der Lage sein werden, alle diese Probleme aus eigener Kraft in den Griff zu bekommen. Dazu ist es zu spät. Hier können nur noch gemeinsame Anstrengungen helfen. Das mag heute erst eine mehr theoretische Vorstellung sein, aber ich halte es für ausgesprochen lohnend, gemeinsam zu überlegen, wie das in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann.

Wir bieten einen weiteren theoretischen Ansatz für die modernen internationalen Beziehungen an. Anstelle des bekannten Prinzips vom Machtgleichgewicht offerieren wir Ihnen ein neues Konzept beziehungsweise eine neue Doktrin, nämlich ein Gleichgewicht der Interessen. Wir meinen, wenn wir anerkennen, daß beide Seiten ihre eigenen legitimen Interessen haben - ob wir sie nun mögen oder nicht - und daß diese Interessen objektiver Natur sind und nicht irgendwelchen ominösen bösen Absichten entsprechen - das gilt für alle um diesen Tisch versammelten Länder;-, dann könnte das Konzept eines Interessengleichgewichts eine Grundlage bilden, auf der sich einiges machen ließe.

Sonnenfeldt

Was Herr Bogdanow uns hier vorgetragen hat, war wirklich sehr interessant und in mancher Hinsicht geradezu faszinierend. Um seinerwillen und auch um unsererwillen war es sicher von Vorteil, daß er in Moskau keine genauen Instruktionen erhalten hat.

Ich will Ihnen hier keinen Bericht geben über die Veränderungen, die in meinem Land stattfinden. Die meisten von Ihnen verfolgen das mittels Zeitungslektüre oder Fernsehnachrichten. Viele von Ihnen besuchen uns auch des öfteren.

Zunächst möchte ich etwas betonen, was eigentlich gar nicht der Betonung bedarf: Es war, ist und wird immer ein großes Interesse Amerikas an der Zukunft Europas, an seinem Frieden und seiner Stabilität geben. Das ist geschichtlich bedingt und hängt mit unserem gesamten Wertesystem zusammen und mit den mannigfachen Verbindungen zwischen Amerika und Europa. Es gründet natürlich auch auf der Erfahrung von zwei Weltkriegen und vor allem auf der Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Zeit haben die Vereinigten Staaten zusammen mit den Westeuropäern einige außergewöhnliche Experimente beim Aufbau internationaler Institutionen gemacht. Vielleicht waren wir bei diesen Bemühungen mitunter fast zu aufdringlich, aber das hat sich inzwischen geändert und wird sich wohl noch mehr ändern. Tatsache bleibt jedoch, daß das Schicksal Amerikas unauflöslich mit dem Europas verknüpft ist, welche sonstigen Interessen wir auch immer in anderen Teilen der Welt haben mögen.

Unser Thema heißt "Zusammenarbeit als Mittel zur Vertrauensbildung". Damit ist der Zusammenhang von Kooperation und Vertrauensbildung angesprochen. Ich sehe tatsächlich eine wechselseitige Beziehung zwischen beiden. Mit anderen Worten, Vertrauen kann sowohl Ursache als auch Folge von Zusammenarbeit sein. Es bedeutet des weiteren, daß Zusammenarbeit, so wie wir sie hier verstehen und diskutieren, nicht der einzige und in mancher Beziehung vielleicht nicht einmal der wichtigste Weg ist, um Vertrauen aufzubauen.

Eine der Implikationen von Herrn Bogdanow scheint mir darin zu liegen, daß die innere Entwicklung eines Landes, in dem Fall der Sowjetunion, und sein Verhalten nach außen das Vertrauen beträchtlich erhöhen, aber auch beeinträchtigen können. Als Herr Bogdanow davon sprach, die sowjetische Innenpolitik sei in der Weise zu charakterisieren, daß sie bis vor kurzem ein sozialistisches Haus gebaut habe, ohne den menschlichen Faktor zu berücksichtigen, ohne an die Menschen zu denken, die in diesem Haus leben sollen, habe ich mich gefragt, wie seine entsprechende Diagnose der sowjetischen Außenpolitik in den letzten vierzig Jahren aussehen würde. Wie könnte man da den grundlegenden Fehler nennen?

Es ist klar, daß die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg zur Teilung Europas geführt haben und daß diese Ereignisse die Hauptquelle für Spannung und Mißtrauen auf dem Kontinent sowie zwischen Ost und West im allgemeinen waren. Wenn wir von "Teilung" sprechen, ist das in Wirklichkeit ein Euphemismus, zumindest aus meiner Sicht. Der Charakter der Regime oder Systeme, die im Osten vorherrschen, ist nicht zuletzt der Grund für die massive militärische Aufrüstung, die wir in der Nachkriegszeit erlebt haben.

Ein Wachsen des Vertrauens setzt voraus, daß die Teilung gemildert wird. Echte Zusammenarbeit, im Unterschied zu rein formaler Kooperation, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit die Teilung abgemildert wird. Andererseits können natürlich verschiedene Formen der Zusammenarbeit ihrerseits zu einer Milderung der Teilung beitragen.

Herr Bogdanow hat dann zu verstehen gegeben, daß einseitige Korrekturen von früher einseitig vorgenommenen bedrohlichen Maßnahmen durchaus denkbar sind. Das betrifft offensichtlich sowohl die militärischen Beziehungen als auch eine Reihe anderer Aspekte. Ich glaube nicht, daß solche einseitigen Korrekturen als Zugeständnisse oder Vorleistungen gesehen werden sollten, sondern vielmehr als Ergebnis von Einsichten und Überlegungen, die Herr Bogdanow uns im Hinblick auf die sowjetische Innenpolitik beschrieben hat. Ich beziehe das gleichermaßen auf das, was er zur sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik gesagt hat.

Dazu möchte ich eine Frage stellen, die mich besonders beschäftigt: Was genau meinen einige unserer osteuropäischen Kollegen, wenn sie von einer gesamteuropäischen Identität sprechen? Ist diese Identität so zu verstehen, daß wir es hier mit einer gespaltenen Persönlichkeit zu tun haben, die neben einer gesamteuropäischen eine separate ost- oder westeuropäische Komponente aufweist? Ich würde gerne wissen, was jene Leute sich genau vorstellen, wenn sie diese Terminologie verwenden. Mich würde auch interessieren - ich bin seinerzeit nun einmal als Kreml-Experte ausgebildet worden;- , was Herr Szürös meinte, wenn er von europäischer "Heimat" statt von einem europäischen "Haus" spricht. Ist das eine wichtige Unterscheidung, läßt "Heimat" vielleicht mehr Vielfalt und Verschiedenartigkeit zu als "Haus"? Aber wie auch immer: Welche Bedeutung kommt der tatsächlichen oder der ideologischen Trennlinie in dieser "Heimat" oder innerhalb dieses "Hauses" zu?

In Westeuropa hat die allmähliche, mitunter zögernde oder auch gewundene Entwicklung zu einer Identität die früheren nationalen Abgrenzungen grundlegend verändert. Ist das mit einer gesamteuropäischen Identität gemeint? In diesem Zusammenhang: Kann man sich im Osten Grenzen vorstellen, die weniger der Grenze zwischen Polen und der DDR gleichen, wie der Generalsekretär der SED vorgeschlagen hat, sondern mehr einer Grenze, wie sie zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland besteht? Das würde ich eher für vereinbar halten mit der Vorstellung von einer gemeinsamen Heimat und unabdingbar für ein gemeinsames Haus und eine gemeinsame Identität.

Bei dem, was ich hier sehr allgemein anspreche, sollte doch klar sein, daß die ausschließliche Konzentration auf Streitkräfte und Abrüstung nicht die Spaltung Europas beenden und auch nicht aus sich heraus Vertrauen bilden kann. Jede dieser Abrüstungsmaßnahmen setzt einen hohen Grad von Vertrauen voraus. Jede Reduzierung des Streitkräfte- und Rüstungsniveaus muß nach meiner Ansicht Teil eines sehr viel umfassenderen und differenzierteren Prozesses sein.

Ich habe gerade nach der deutsch-französischen Grenze gefragt. Lassen Sie mich unter militärischem Aspekt hinzufügen: Kann sich der Osten Grenzen zwischen Ost und West vorstellen - aber auch im Osten selbst;- , die der deutsch-französischen Grenze oder der amerikanisch-kanadischen Grenze ähneln? Die amerikanisch-kanadische Grenze ist seit nahezu zwei Jahrhunderten entmilitarisiert, die zwischen Deutschland und Frankreich seit fast einem halben Jahrhundert.

Ich stelle diese Fragen nicht rhetorisch und gewiß auch nicht in polemischer Absicht; ich möchte vielmehr ein Gefühl für die Art von Zielen bekommen, über die wir reden, wenn wir von einer gemeinsamen Heimat, einem gemeinsamen Haus oder von einer gesamteuropäischen Identität sprechen und die Milderung oder das Ende der Teilung Europas anvisieren. Denn ich würde gern ein besseres Gespür für ein Europa bekommen, das wir möglicherweise für einen längeren Zeitraum ins Auge fassen (natürlich nicht heute oder morgen). Wonach streben wir hier eigentlich?

Wie ich Herrn Bogdanow verstanden habe, steht der Prozeß, der jetzt in der Sowjetunion begonnen hat, erst an seinem Anfang. Ich weiß natürlich, daß Generalsekretär Gorbatschow gelegentlich von Generationen gesprochen hat. Sowjetische Führer sind in dieser Hinsicht besser dran als amerikanische, deutsche oder französische Politiker, weil diese ihre Leistungen alle vier oder fünf Jahre vorweisen müssen und mit dem Votum der Wähler konfrontiert werden. Im Falle von Mrs. Thatcher könnten sie vielleicht auch auf drei oder sogar vier Wahlperioden zählen. Die Sowjets

dagegen können sich auf die Ewigkeit oder doch zumindest auf die Lebensspanne eines Menschen einrichten, was angesichts der ungeheuerlichen Aufgabe, die vor ihnen liegt, der richtige Zugang sein mag.

Dabei stellt sich jedoch die Frage - wobei ich zunächst außer acht lasse, wie ein politisches System zu beurteilen ist, das seiner Führung diese unbestimmte Frist läßt - wie es um die Institutionalisierung des Wandels in der Sowjetunion steht. Unter den Fragen, die man sich im Westen vorlegt, geht es nicht so sehr um die Reversibilität, die auch nicht durch das beantwortet wird, was Herr Bogdanow uns hier erzählt hat. Reversibilität im echten Sinne des Wortes dürfte von einem bestimmten Punkt an in der Tat sehr schwierig, wenn nicht unmöglich werden. Die Frage ist vielmehr, ob die jetzt auf den Weg gebrachten Veränderungen rechtzeitig eine Entsprechung in der politischen Kultur der Sowjetunion finden, so daß man für sie einen hohen Grad von Vorhersagbarkeit annehmen kann. Es geht um eine Form von Institutionalisierung, die Dinge wie Joint-ventures im wirtschaftlichen Bereich oder grundlegende Abkommen in politischen oder Sicherheitsfragen für einen längeren Zeitraum garantiert. Das halte ich für wichtiger als Vermutungen über schnelle Veränderungen anzustellen, wenn Persönlichkeiten wechseln.

Ich möchte noch eine weitere Beobachtung wiedergeben, die in mancher Hinsicht spezifisch amerikanisch sein mag, obgleich ich das nicht glaube. Während unser Blick hier auf Europa gerichtet ist, geht doch schon aus unserer Diskussion hervor, daß Europa nicht als eine isolierte Region in der Welt gesehen werden kann. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß Europa keine Insel der Entspannung, der Normalisierung oder der Freundschaft und Zusammenarbeit sein kann, wenn der politische Konflikt und die Systemauseinandersetzungen in anderen Regionen weitergehen.

Wir haben in den 70er Jahren die Frustrationen und die Enttäuschungen bei Teilmaßnahmen der Wiederannäherung und Normalisierung erlebt, die sehr schnell Ereignissen außerhalb der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und außerhalb der europäischen Region zum Opfer fielen. Mit anderen Worten: Bei der Einschätzung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen war ich immer der Auffassung, daß Europa weder zurückbleiben kann, wenn es in jenen Beziehungen Fortschritte gibt, noch daß es von Konfrontationen und geopolitischen Veränderungen außerhalb Europas verschont bleibt. Nicht die Amerikaner dekretieren diese Zusammenhänge, sondern dies bedingen die objektiven Gegebenheiten.

Die Welt ist in vieler Hinsicht zu einem globalen Dorf geworden, wie man es genannt hat. Nachrichten verbreiten sich schnell, und die Verbindungen reichen bis in den letzten Winkel der Erde. Deshalb kann Europa auch nicht hoffen, sich von Spannungen und Gefahren außerhalb seiner Grenzen abzukapseln. Das gilt um so mehr, seit die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die in Europa die Hauptakteure sind, natürlich globale Interessen verfolgen und entsprechenden Verwicklungen ausgesetzt sind und sich häufig auf entgegengesetzten Seiten finden bei Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt.

Zurück zu der Frage, die zuvor aufgeworfen wurde und die auch Herr Bogdanow angesprochen hat: Welches sind die wirklichen Implikationen von Perestroika und Glasnost und all dem, was mit der gegenwärtigen Entwicklung in der Sowjetunion zusammenhängt und sich damit auch auf die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik und im weiten Sinne auf die Ost-West-Beziehungen auswirkt? Es wird weithin angenommen - Helmut Schmidt ist darauf bereits eingegangen -, daß die Sowjets, wie auch die Amerikaner, Abrüstungsabkommen aus ökonomischen Gründen wollen und brauchen. Dabei geht es um Verzerrungen, welche die massive Verlagerung der Ressourcen auf den militärischen Sektor nach sich ziehen.

Das mag so sein. Dennoch muß ich darauf hinweisen, daß in der Vergangenheit Rüstungskontrollabkommen in der Regel verstärkte Verteidigungsanstrengungen nach sich zogen. Der Grund war, daß derartige Abkommen stets eine Modernisierung der Streitkräfte auslösten, die nicht von den Abkommen erfaßt wurden. Streitkräfte und Waffen, die verboten oder begrenzt waren, wurden ersetzt durch solche, die nicht unter die Restriktionen fielen. Folglich: Wenn dem INF-Abkommen nicht umfassendere Übereinkommen in anderen Bereichen, in denen militärisches Ungleichgewicht besteht, folgen, dann werden die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa früher oder später durch andere Atomwaffen ersetzt werden.

Auf jeden Fall wird aus den im Westen vorgenommenen Einschätzungen klar - und das geht quer durch die Parteien in Parlamenten und Regierungen;-, daß der Westen noch für eine lange Zeit auf die nukleare Komponente der Verteidigung, der Abschreckung beziehungsweise der militärischen Sicherheit nicht verzichten kann. Es ist auch einsichtig, daß man zu neuen Formen militärischer Zusammenarbeit kommen muß, die sich aus vielerlei Gründen in jedem Fall einstellen werden. Aber diese neuen Formen militärischer Kooperation werden weitere Rüstungsimpulse auslösen, wenn INF

für sich bleibt und nicht von Veränderungen begleitet wird, die den Rest der militärischen Gleichung in Europa betreffen.

Natürlich ist es wichtig und wünschenswert, auf dem Verhandlungswege fortzufahren, und ich bin durchaus hoffnungsvoll, wie andere hier am Tisch auch, daß neue Verhandlungsformen entstehen und neue Positionen von allen Seiten eingebracht werden, um auf dem konventionellen Gebiet und in anderen Bereichen, die für die Sicherheit in Europa von Bedeutung sind, voranzukommen.

Dies wird jedoch unvermeidlich eine lange Zeit brauchen, und es ist zudem ein außerordentlich komplexes Thema. Es ist nicht so schwer, Ungleichgewichte zu erkennen und vorzuschlagen, daß diese Asymmetrien in Abkommen berücksichtigt werden sollten, aber es ist äußerst schwer, darüber konkret zu verhandeln, besonders wenn es auf östlicher Seite heißt, man wolle Zahlen gegen Technologie aufrechnen. Das wird noch schwieriger, weil die Definition von technologischen Veränderungen und Verbesserungen schwerer festzulegen ist, als genaue Zahlen für Dinge, die man verringern will. Somit gibt es auf allen Seiten Raum für einseitige Maßnahmen. Ich bin der Auffassung, daß in dieser Hinsicht die Last mehr auf Seiten der Sowjetunion liegt als auf der des Westens. Dennoch bin auch ich der Meinung, daß einseitige Umstrukturierungen auf beiden Seiten möglich sind.

Was jedoch Perestroika und die übrigen Veränderungen für die sowjetische Außenpolitik bedeuten, geht über Europa und über den militärischen Komplex hinaus. Denn es geht klar aus dem hervor, was Herr Gorbatschow gesagt hat, und aus den meisten Handlungen, die in den letzten Jahren erkennbar gewesen sind, daß die Sowjetunion keinesfalls daran denkt, ihre Position als globale Supermacht aufzugeben. Das ist für sie auch ganz natürlich. Dennoch bin ich der Meinung, daß - trotz der Ansätze zum neuen Denken - die Art und Weise, wie die Sowjetunion ihre Interessen definiert und weltweit verfolgt, einem höchst traditionellen Großmachtdenken entspricht. Ich meine das gar nicht kritisch; denn das ist ganz normal.

Aber im Westen wird öfter eine Hoffnung laut, die sich auf die Vorstellung gründet, die Sowjets würden einige ihrer ideologischen Regeln aufgeben und mehr an Interessen orientiert und pragmatischer als in der Vergangenheit handeln. Es ist vielleicht wirklich eine Verkehrung der Geschichte, daß es häufig gerade die ideologischen Dispositionen sind, die die Sowjetunion so flexibel reagieren ließen, wenn es zu Verhandlungen kam. Denn eben diese ideologischen Ausrichtungen haben die Sowjets in ihren mehr ideologischen Phasen in die Lage versetzt, mit Klassenfeinden und all den anderen Geschöpfen umzugehen, die die Welt der sowjetischen und der alten marxistisch-leninistischen Dogmen der Vergangenheit bevölkern.

Ich muß deshalb mehr darüber wissen, wie Interessen in der Sowjetunion definiert und verfolgt werden, um beurteilen zu können, inwieweit wirtschaftlicher Druck und Perestroikasowie eine offene Diskussion der Probleme tatsächlich das internationale Terrain sicherer machen und beruhigen. Es bedarf hier schon einiger Beweise, ob es sich dabei nun um Afghanistan oder den Persischen Golf, um Angola oder Mittelamerika, um Südostasien oder den Nahen Osten oder um Nord- und Ostafrika handelt.

Die Verbindung zwischen sowjetischer Außen- und Innenpolitik ist mir bislang jedenfalls noch unklar, und die Einflüsse, die von den gewaltigen Vorhaben in der sowjetischen Innenpolitik auf das außenpolitische Verhalten ausgehen, bedürfen einer sorgsam Prüfung, die wir alle vornehmen sollten. Ich hoffe zumindest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das tun wird.

Lassen Sie mich mit der Bemerkung schließen, daß alle Amerikaner, die ich kenne, neue Formen der Zusammenarbeit in Europa über die gegenwärtige Trennungslinie hinweg begrüßen würden. Wir begrüßen auf jeden Fall, wenn sich das gegenseitige Vertrauen erhöht. Wir würden auch gern mehr darüber wissen, was wir in einem, zwei, fünf oder zehn Jahren am Ende des Weges erwarten können. Die Vereinigten Staaten, wie immer auch die Parteifarben der nächsten Administration aussehen mögen, sind bereit, einen Hauptpart in diesem Prozeß zu übernehmen. Das kann gar nicht anders sein. Aber die Vereinigten Staaten können diese Rolle nicht nur im regionalen Kontext spielen, sondern müssen dabei stets auch die globale Perspektive berücksichtigen. Dabei müssen sie von der Annahme ausgehen, daß der Prozeß, der zu mehr Zusammenarbeit und Vertrauen führen soll, auf der ganzen Breite vor sich geht und sich nicht nur auf wenige Gebiete beschränkt. Auf diese Weise wird es allmählich auch gelingen, die widernatürliche und letztlich gefährliche Teilung Europas abzubauen.

Kaiser

Beide Referenten werfen grundsätzliche Fragen auf. Wir sollten vielleicht die militärischen und Sicherheitsaspekte zunächst ausklammern und uns mit zwei Grundfragen beschäftigen. Erstens:

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Veränderungen in der Sowjetunion für den weiteren Gang der Ost-West-Beziehungen? Zweitens: Welches Europa wird eigentlich gewünscht? Diese Frage von Helmut Sonnenfeldt ist insbesondere für uns Europäer ebenfalls von fundamentaler Bedeutung.

Udgaard

Ich möchte einige Bemerkungen zu der faszinierenden Darstellung von Herrn Bogdanow machen. Was mich dabei höchst beeindruckt hat, war die Art, wie er die internen Ursachen des Wandels, den wir zur Zeit in der Sowjetunion erleben, darlegte, und zwar in ihren innen- und außenpolitischen Aspekten. Als treibende Kraft wurden dabei die unzulänglichen wirtschaftlichen Ergebnisse im sowjetischen System deutlich. Ähnliche Kommentare hören wir auch von anderen osteuropäischen Regierungen.

Herr Bogdanow hat daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß wir einen Prozeß der Interdependenz brauchen. Da stellt sich die Frage: Sind die wirtschaftlichen Probleme in Osteuropa in erster Linie auf einen Mangel an Interdependenz zurückzuführen oder haben sie ihre Ursache primär in den Fehlern, die dem ökonomischen System selbst innewohnen?

Hier wurden zwei vom Westen verursachte ökonomische Gründe erwähnt, nämlich Protektionismus und technologische Barrieren. Niemand wird bestreiten, daß diese beiden Faktoren von einiger Bedeutung sind. Aber die entscheidende Hürde für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West, die für Osteuropa und die Sowjetunion so wichtig sind, besteht ohne Frage in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Wirtschaftssysteme.

Es ist ein interessanter Aspekt der Reformpolitik Gorbatschows, daß er die internen Faktoren so stark betont und für die Wirtschaft nicht so sehr auf die Hilfe von außen abhebt. Um auf den Wunsch von Herrn Bogdanow nach mehr Interdependenz zurückzukommen: Die Schlußfolgerung, die wir auf der gegenwärtigen Stufe der Entwicklung ziehen müssen, ist, daß wir im Westen der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern nur jeden Erfolg wünschen, damit sie ihre wirtschaftlichen Reformen gegen die internen subjektiven Widerstände und die objektiven Hindernisse durchsetzen können. Sehr viel mehr können wir in dieser Situation nicht tun.

Die Interdependenz, der wir mit Erwartung entgegensehen und die in etwa dem entsprechen wird, was Henry Kissinger und Helmut Sonnenfeldt seinerzeit als ein Netz von wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Ost und West bezeichnet haben, kann nur verwirklicht werden, wenn die osteuropäischen Wirtschaftsreformen, die in jeder Hinsicht von entscheidender Bedeutung sind, in erheblichem Maße von Erfolg gekrönt sind. Dann kann ein normaler Austausch zwischen den Volkswirtschaften stattfinden und die Interdependenz angestrebt werden, die Herr Bogdanow und wohl jeder von uns für wünschenswert hält.

Wojna

Mein Eindruck ist, daß die Entspannung in den letzten Jahren zwischen den europäischen Völkern weiter vorangekommen ist als zwischen den Regierungen. Obwohl das gegenseitige Mißtrauen auch unter den Völkern forbesteht - im Westen wird das Mißtrauen gegen den Sozialismus und die bösen Absichten der Kommunisten ebenso geschürt wie im Osten das Mißtrauen gegen die kapitalistische Welt;- , fühlen sich die Völker Europas einander näher als zu irgendeiner Zeit in der europäischen Geschichte. Vielleicht war es im Mittelalter, zur Zeit des Imperium Christianum, ähnlich. Aber auch da sind Fragezeichen angebracht.

Was sind die Gründe für diese neue Situation? Erstens: Dank des Fernsehens und des Tourismus wissen die Völker heute viel mehr voneinander als früher. Sie sehen und beobachten sich, vergleichen sich und stellen fest, daß sie auf die verschiedenen Probleme des Lebens im Grunde gleich reagieren.

Zweitens: Was die Völker Europas von Völkern anderer Kontinente unterscheidet, ist der europäische Humanismus. Trotz aller Systemunterschiede gibt es den gemeinsamen Nenner dieses europäischen Humanismus - auch wenn es uns schwerfallen dürfte, dies präzise zu formulieren. Aber auf dieser gemeinsamen Basis war es immerhin möglich, den Inhalt des dritten Korbes der KSZE-Schlußakte festzuschreiben.

Drittens: Der Druck der europäischen Völker auf gegenseitige Öffnung wird immer stärker. Niemand kann und will in der Isolation leben. Selbst in Albanien ändert sich inzwischen etwas. Diesem Druck müssen die Regierungen Rechnung tragen.

Viertens: Diese qualitativen Änderungen im Verhalten der europäischen Völker untereinander haben sich mit der neuen Generation, die jetzt in das politische Leben eintritt und die nicht am letzten Krieg teilgenommen hat, beschleunigt. Es ist kein Zufall, daß die KSZE-Schlußakte gerade in der Mitte der 70er Jahre unterzeichnet wurde und nicht früher. Das war genau zu dem Zeitpunkt, als wir in Polen - und vielleicht nicht nur in Polen - immer deutlicher spürten, daß der sogenannte reale Sozialismus die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten erreicht hatte, daß der Sozialismus eine grundsätzliche Erneuerung brauchte, daß er sich mit anderen Worten an die heutige Zeit und ihre Gegebenheiten anpassen müsse. Meine Partei war damals übrigens noch nicht in der Lage, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Dafür mußte sie einen schweren Preis zahlen, und sie muß es heute noch.

Auch das Erscheinen von Michail Gorbatschow und seiner neuen politischen Linie Anfang der 80er Jahre war kein Zufall. Die Zeit war einfach reif für ein neues Denken in Moskau. Aus unserer Sicht ergeben sich aus diesem neuen Denken in Moskau vorrangig zwei Dinge, zum einen eine neue Haltung gegenüber dem elementaren Problem des Friedens und der Sicherheit. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Zum anderen halte ich es für außerordentlich wichtig, daß nunmehr anerkannt wird, daß die Menschenrechtsfragen in den internationalen Dialog einzubeziehen sind.

Damit öffnen sich dem Korb 3 neue Möglichkeiten; er hat auf diese Weise eine neue Dimension erlangt. Vielleicht wird damit das gegenseitige Vertrauen besonders gefördert. Ich meine, man kann die Rolle, die die Menschenrechte heute für den Prozeß der Entspannung spielen, mit vorsichtigem Optimismus beurteilen. Die Entwicklung ist letztlich positiv, auch wenn es manchen nicht schnell genug geht.

Dennoch werden die beiden Systeme auch in Zukunft unterschiedliche Prioritäten in der Werthierarchie setzen. Im Osten wie im Westen Europas haben bestimmte Werte ihre Wurzeln in der weit zurückliegenden Vergangenheit. Im Grunde genommen haben Rom und Byzanz schon vor mehr als 1500 Jahren zwei sehr unterschiedliche Konzeptionen des Lebens repräsentiert. Deshalb bestehen hinsichtlich der Lebensphilosophie bis zum heutigen Tag gewisse Differenzen zwischen Okzident und Orient. Diese Tatsache wird bei der Frage nach einer gemeinsamen europäischen Identität nicht genügend berücksichtigt; denn im Grunde möchte jede Seite ihre Werte beibehalten und weiterentwickeln.

Diese verschiedenen Philosophien gab es schon vor der Oktoberrevolution. Dabei wies die zivilisatorisch-kulturelle Grenze zwischen den beiden Teilen Europas gewissermaßen zwischen Okzident und Orient - nie einen klaren Verlauf auf. In Polen zum Beispiel fühlt sich die Mehrheit der meinungsbildenden Kreise heute weit mehr mit der Mittelmeerkultur verbunden als mit Byzanz. Die beiden unterschiedlichen Konzeptionen müssen in Polen koexistieren, was nicht immer friedlich abgeht. Die Unterschiede betreffen vor allem das Verständnis des Staates und das Verhältnis zwischen dem Staat, der Gesellschaft und der einzelnen Person. Zur Zeit versuchen wir in Polen, daraus die Konsequenzen zu ziehen, um gewissermaßen einen neuen "historischen Kompromiß" - wir haben früher als die Italiener diesen Kompromiß angestrebt - zu schaffen.

Europäische Identität heißt nicht, daß man in allen Bereichen und bei allen Werten einen gemeinsamen Nenner findet. Das ist nicht möglich und wäre auch nicht zu begrüßen. Aber diese europäische Identität stützt sich vor allem auf zwei Komponenten, die Europa von Asien und wohl auch von anderen Regionen unterscheidet: erstens jenen europäischen Humanismus, den ich erwähnt habe, und zweitens den Rationalismus. Beide Begriffe reichen aus, um bei aller Verschiedenheit eine gemeinsame Basis in Europa zu schaffen.

Meine Schlußfolgerung ist: Vertrauen braucht zuerst mehr Toleranz. Toleranz ist nur möglich, wenn Glasnost weit verbreitet ist. Darum sehe ich in dem Kurs von Michail Gorbatschow unsere gemeinsame europäische - ich unterstreiche: europäische Chance. Es liegt in unserem gemeinsamen europäischen Interesse, diesen Kurs, wenn auch aus unterschiedlichen Motivationen, zu unterstützen.

Pudlák

Nur kurz zu Herrn Wojnas Erwiderung auf Herrn Sonnenfeldt. Ich möchte mit einem "argumentum e contrario" antworten, indem ich zu formulieren versuche, was nicht unsere Vorstellung und unser Begriff von einer gesamteuropäischen Identität ist. Wir meinen, Kapitalist zu sein, bedeutet nicht, europäischer zu sein, als wenn man Sozialist ist. Schließlich wurde der Sozialismus ebenso wie der Kapitalismus in Europa erfunden.

Wir meinen, Türke zu sein, bedeutet nicht, europäischer zu sein als Pole, Tscheche oder Ungar. Wir sind nicht der Meinung, daß die Teilung Europas durch eine Art von "Anschluß" der sozialistischen

Länder an die westeuropäischen Institutionen überwunden werden kann, wie dies Brzezinski in einem Artikel über die Auflösung von Jalta innerhalb von zehn Jahren vorgeschlagen hat. Die Zukunft ist offen. Niemand kann heute sagen, wie die Zusammenarbeit in Europa in 30 Jahren aussehen wird, sowenig, wie jemand hätte vorhersagen können, wie der Helsinki-Prozeß heute aussehen würde.

Meyer-Landrut

Erlauben Sie einem Praktiker einige Bemerkungen zu diesen zum Teil sehr eindrucksvollen theoretischen Ausführungen, die wir hier gehört haben und die sicher einiges für sich haben und ernst genommen werden sollten.

Natürlich bildet das Verhältnis von Kollektiv und Individuum eine durchgehende Diskrepanz zwischen beiden Systemen. Diese Diskrepanz zieht sich auch durch die Schlußakte von Helsinki und das ihr zugrundeliegende Denken. Dies zu überwinden, ist eben Aufgabe der praktischen Politik. Ich stimme Herrn Wojna zu, daß die Frage der Menschenrechte ein Faktor von internationaler Bedeutung ist, der auch nicht mehr mit der Formel von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ausgeschlossen werden kann. Wir haben dem in unserer Politik gegenüber der Sowjetunion immer wieder Ausdruck verliehen.

Wenn ich im vergangenen Monat über 1700 Visa für deutschstämmige Sowjetbürger ausgestellt habe, die die Sowjetunion verlassen wollten, dann ist dies für mich die Anerkennung eines Rechts des einzelnen, seinen Wohnsitz zu wählen, wo er es wünscht. Erfreulicherweise ist auch die Emigration von jüdischen Sowjetbürgern vorangekommen. Außerdem konnten viele Dissidenten, die ausreisen wollten, das Land verlassen.

Wie läßt sich nun die Zusammenarbeit zur Vertrauensbildung weiterentwickeln? Herr Bogdanow hat uns angeboten, die Koexistenz im Sinne von Kooperation zu verstehen. Ich bin bereit, dem zu folgen, frage mich aber, wie dies mit den grundlegenden ideologischen Unterschieden zu vereinbaren ist. Sicherlich können wir zusammenarbeiten; aber dabei bleibt für uns ein großes Element der Unsicherheit, insbesondere in der Definition der friedlichen Koexistenz, die einer Klärung bedarf.

Es ist dann viel von wirtschaftlicher Kooperation die Rede, von der aktiven Teilnahme des Westens an der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion. Es wurden die Joint-ventures erwähnt. In einem gewissen Rahmen gibt es hier sicher einige Möglichkeiten. So haben wir in den letzten Wochen vier Joint-venture-Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet - es gibt inzwischen eine ganze Reihe solcher Vereinbarungen mit deutschen Firmen. Ich könnte Ihnen in jedem Einzelfall genau erklären, warum es da funktioniert und warum es in anderen Fällen nicht funktionieren kann.

Ein erhebliches Problem für die Sowjetunion ist, daß sie heute einen großen Teil ihrer Devisen für Nahrungsmittelimporte ausgeben muß. Deshalb hat Herr Bogdanow zu Recht die Landwirtschaft an die Spitze der Prioritäten gesetzt. Damit sind aber heute noch umfangreiche Mittel gebunden und stehen für die Kooperation in moderner Technologie nicht zur Verfügung.

Die Chancen von Perestroika hängen meiner Meinung nach sehr davon ab, was man der Bevölkerung bieten kann. Insofern hat Herr Bogdanow sicher recht, wenn er, Herrn Gorbatschow zitierend, sagt, daß die nächsten zwei, drei Jahre von entscheidender Bedeutung für den Erfolg von Perestroika sein werden. Es dürfte sehr schwer sein, einem Arbeiter klarzumachen, daß er mehr arbeiten soll und auf einen Leistungslohn gestellt wird, wenn er für das, was er dann mehr verdient, nicht die benötigten Waren kaufen kann, weil es an einem entsprechenden Angebot fehlt. Daran wird sich aber wenig ändern, solange nicht wenigstens das Problem der Landwirtschaft gelöst ist. Ein entsprechendes Angebot der gewerblichen Wirtschaft müßte in nicht allzu ferner Zukunft folgen.

Eine andere Frage betrifft die Ökologie, zweifellos ein dringliches Problem für uns alle, das aber Geld kostet. Um unsere Umwelt zu erhalten und um das zu reparieren, was schon kaputtgegangen ist, müssen wir enorme Summen auf beiden Seiten aufwenden. Die Zusammenarbeit in der Ökologie ist ja nicht nur eine Frage, die richtigen wissenschaftlichen Lösungen zu finden, sondern dabei geht es nicht zuletzt auch um erhebliche ökonomische Komponenten.

Helmut Schmidt stellte die Frage, wie die Sowjetunion ihre Exportstruktur, bei der gegenwärtig noch der Energieexport stark dominiert, verbessern kann. So bestehen die Importe der Bundesrepublik Deutschland aus der Sowjetunion immer noch zu über 90 Prozent aus Erdgas und Erdöl. Durch den Preisverfall am Weltmarkt ist dieser Einnahmeposten allerdings in letzter Zeit stark zurückgegangen. Hier hat die Sowjetunion enorme Probleme vor sich, eine Umstrukturierung ihres Exportangebots durchzuführen und mit einem erfolgreichen Marketing zu begleiten.

Hinzu kommen personelle Probleme, die die Kooperation beeinträchtigen. Infolge der organisatorischen Änderungen sind neue Menschen in die entsprechenden Positionen gekommen, denen es beispielsweise noch an der Kenntnis unseres Marktes und der hier gegebenen Möglichkeiten mangelt. Die neuen Leute müssen erst ihre Erfahrungen machen, was einige Zeit in Anspruch nimmt. Aber es ist im Interesse des Westens, diesen Prozeß so weit wie irgend möglich zu fördern, obwohl unsere Einflußmöglichkeiten dabei sicher gering sind.

Der Westen sollte jedenfalls daran interessiert sein, daß der Sowjetunion die Reform gelingt und sich ihre Kräfte nach innen konzentrieren. Es ist auch außenpolitisch von allergrößter Bedeutung, daß die bisherige Form der Teilung der Volkswirtschaft in eine Militärwirtschaft, die der Machtentfaltung dient, und eine unzureichende Zivilwirtschaft in der Sowjetunion überwunden wird.

Altmann

Ich verstehe recht gut, daß Herr Meyer-Landrut als erfahrener Diplomat uns hier zurückführen möchte in den Bereich kühler Überlegungen, wo keine Gefühle obwalten, und den Schwung etwas bremsen will, der bei Herrn Bogdanow deutlich geworden ist.

Ich habe mit großem Staunen und mit Respekt die Ausführungen von Herrn Bogdanow gehört, und ich frage mich nach den Konsequenzen seines Ansatzes. Bedeutet das letztlich nicht, daß der Sozialismus als Wirtschaftsprinzip und auch als revolutionäre Ideologie aufgegeben wird? 70 Jahre nach der Oktoberrevolution dämmert auch in der Sowjetunion die Erkenntnis, daß das System nicht in der Lage ist, die Ziele zu erreichen, die man sich vorgenommen hat. Damit ist beileibe nicht der Sieg des Kapitalismus gemeint, aber die ökonomische Insuffizienz des Sozialismus ist doch eine wichtige Erfahrung. Zumindest würde bei dem, was Herr Bogdanow an Zusammenarbeit in der Weltwirtschaft vorschlägt, der Sozialismus als revolutionäres Prinzip faktisch aufgegeben werden. Vielleicht soll ja so eine Art sozialistischer Marktwirtschaft entstehen. Jedenfalls müßten solche Entwicklungen theoretisch und auch ideologisch eingehend diskutiert werden. Von einem Wettkampf oder Gegensatz der Systeme kann dann meiner Ansicht nach in Zukunft nicht mehr die Rede sein.

Vielleicht läßt sich sagen, daß die Sowjetunion wissenschaftstheoretisch gesehen dem Prinzip der Evolution Vorrang vor dem der Revolution gibt. Was ist an diesem System dann eigentlich noch sozialistisch im Sinne von Marx, Lenin und Stalin? Ich meine das nicht abwertend oder polemisch, sondern ich bin nur daran interessiert zu erfahren, worum es hierbei nicht nur in irgendeinem Detail oder bei der Behebung einzelner Mißstände, sondern für das Große und Ganze des Systems geht. Darüber sollte ernsthaft diskutiert werden. Denn dieser Prozeß wird, wenn er weitergeführt wird, weitreichende Konsequenzen haben.

Das bedeutet nicht, daß wir in Westeuropa darauf verzichten sollten, unsere eigenen Integrationsprozesse energisch fortzuführen. Wir sollten uns aber Gedanken darüber machen, wie sich die Sowjetunion in die Lage versetzen kann, am System der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen. Das kann nicht nur mit Hilfe von Krediten von unserer Seite ermöglicht werden. "Koexistenz", so wie sie von Chruschtschow noch verstanden wurde, nämlich unter Aufrechterhaltung des ideologischen Wettbewerbs, ist dafür jedenfalls keine ausreichende Formel. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird das Prinzip des unauflöselichen Gegensatzes zugunsten des allmählichen Prozesses einer integrierenden Evolution preisgegeben. Ist das nicht, der Sache nach, Revisionismus?

H. Schmidt

Herr Bogdanow hat von Interdependenz gesprochen und sie relativ eng definiert; sie bedeute, entweder zusammen zu leben oder zusammen zu sterben. Damit wäre Interdependenz fast ausschließlich auf die Frage der nuklearen Rüstung begrenzt. Mir ging es darum zu zeigen, daß es ebenso, wenn auch bisher noch nicht so stark ausgebildet, eine ökonomische Interdependenz gibt - siehe etwa die weltweite Kreditverflechtung Osteuropas oder die Verflechtung der Sowjetunion mit der Weltwirtschaft insgesamt hinsichtlich ihrer wichtigsten Exportgüter, nämlich bei Öl und Gas.

Darüber hinaus werden uns in Kürze noch andere Interdependenzen bewußt werden. Mein Namensvetter aus der DDR erwähnte die ökologischen Gefahren; er sprach unter anderem von Tschernobyl. Er mag auch an die Verschmutzung der Flüsse oder an den sauren Regen gedacht haben, Gefahren, die nicht an irgendwelchen Staats- oder Systemgrenzen haltmachen. Ich möchte in dem Zusammenhang auf eine Entwicklung aufmerksam machen, die uns schon in wenigen Jahren zutiefst beunruhigen wird. Ich denke daran, daß als ein unvermeidliches Ergebnis der Verbrennung von Öl, Gas, Kohle und Holz sich in der Atmosphäre, genauer gesagt, in der Troposphäre der Gehalt vor allem an Kohlendioxid drastisch erhöhen wird. Daran können wir auch durch Filter bei unseren

Verbrennungsanlagen oder durch Katalysatoren bei den Autos kaum etwas ändern. Die Folge wird der sogenannte Treibhauseffekt sein, mit dem Ergebnis, daß sich der Meeresspiegel insgesamt hebt und viele Gegenden, etwa in den Flußdeltas von Bangladesch und anderswo, unbewohnbar werden. Auch wir Europäer werden davon nicht verschont bleiben. Und je mehr Menschen auf der Welt Energie verbrauchen, um so nachhaltiger werden die Konsequenzen sein.

Das hängt natürlich nicht zuletzt mit der weltweiten Bevölkerungsexplosion zusammen. Während es 1925 erst zwei Milliarden Menschen auf der Welt gab, sind es gegenwärtig fünf Milliarden, die bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf sechs Milliarden ansteigen werden. Jedes Jahr kommen 75 Millionen Menschen hinzu. In Indien ist der Versuch, diese Entwicklung zu bremsen, gescheitert. In China hält man noch daran fest, zum Teil mit brutalen Mitteln; gleichwohl wird dort die Gesamtbevölkerung von derzeit einer Milliarde auf 1,1 bis 1,2 Milliarden im Jahre 2000 ansteigen. Bis zum Jahre 2020 wird die Weltbevölkerung wohl gegen acht Milliarden Menschen tendieren.

Diese Entwicklung wird sich für uns alle in einer Weise auswirken, die wir zur Zeit noch aus unserem Bewußtsein verdrängen. Ich denke auch an geopolitische Rückwirkungen in Europa. Der schnelle Bevölkerungszuwachs in der Türkei oder in den moslemischen Teilen der Sowjetunion - all dies wird ungeheure Probleme für Europa aufwerfen, zumal ja in anderen Ländern West- und Osteuropas, zum Beispiel in den beiden deutschen Staaten oder in der CSSR, die Bevölkerungszahl nicht nur stagniert, sondern teilweise sogar abnimmt. Hier wird ein ungeheurer Druck entstehen, den man weder mit Atombomben noch mit konventionellen Waffen eindämmen kann. Diese Interdependenzen spielen bisher im Gespräch zwischen West und Ost überhaupt noch keine Rolle.

Herr Bogdanow sprach dann davon, es gehe heute weniger um ein Machtgleichgewicht als vielmehr um ein Gleichgewicht der Interessen. Seit ich angefangen habe, über Strategie nachzudenken, habe ich immer an die friedensstabilisierende Funktion eines ungefähren militärischen Gleichgewichts in Europa geglaubt. Nun höre ich von Ihnen, Herr Bogdanow, daß dies nicht länger wichtig sei. Ich möchte wissen, wieso nicht. Insbesondere bin ich neugierig zu hören, was eigentlich mit dem Begriff "Gleichgewicht der Interessen" gemeint ist.

Schließlich zum gemeinsamen Haus in Europa. Wann immer ich in Amerika zu reden habe, versuche ich, insbesondere in Gegenden, wo man nur wenig über Europa weiß, den Menschen vor Augen zu führen, wieviel von ihrer Kultur sie letztlich Europa verdanken. Dieses gemeinsame kulturelle Erbe umfaßt natürlich auch die russische Kultur, Tschaikowski so gut wie Puschkin, Tolstoi oder Dostojewski.

Aber wenn wir hier in Ungarn, im östlichen Teil Europas, über das gemeinsame europäische Haus sprechen, dann hätte ich allerdings gerne gewußt: Sind wir eigentlich überall in Europa im gleichen Maße von der zentralen Bedeutung der Würde der einzelnen Person und ihrer individuellen Freiheitsrechte überzeugt? Dies ist für mich jedenfalls ein herausragendes Kennzeichen der gemeinsamen europäischen Kultur, die wir im Laufe von Jahrhunderten zusammen geschaffen haben. Natürlich hat dieser Punkt auch für viele russische Dichter, Schriftsteller, Intellektuelle eine große Rolle gespielt. Aber gilt dieser hohe Wert der Würde der einzelnen Person, der individuellen Freiheitsrechte auch für die ganze Sowjetunion? Auf diesen Punkt wird es ganz wesentlich ankommen, wenn es um das gemeinsame Haus in Europa geht.

Bogdanow

Sie sind hier ein wenig darüber beunruhigt, wie die Sowjetunion wohl am Ende dieses langen Prozesses aussehen wird. Was für ein Staat wird das sein - aggressiver oder weniger aggressiv? Werden wir dann noch Angst vor der westlichen Gesellschaft haben?

H. Schmidt

Insbesondere dann, wenn Perestroika fehlschlägt.

Bogdanow

Ja. Ich will mich dabei aber nicht aufhalten; denn diese Art zu denken widerspricht meiner ganzen Einstellung. Perestroika kann und darf nicht fehlschlagen. Denn es gibt keine Alternative. Ich gehe also davon aus, daß Perestroika erfolgreich sein wird.

Die Sowjetunion existiert seit 70 Jahren. Davon hatten wir ungefähr 20 Jahre Krieg in unterschiedlichen Formen. Es begann mit dem Bürgerkrieg, dann folgten der Zweite Weltkrieg und einige andere Kriege. Von den 70 Jahren haben wir also 20 Jahre mit Krieg zugebracht. Nach dem

Zweiten Weltkrieg haben wir fünf, sagen wir besser, 10 Jahre gebraucht, um unser Land wieder aufzubauen.

Ich nenne Ihnen diese Beispiele, um Ihnen deutlich zu machen, daß wir in unserer Geschichte bislang nie Gelegenheit hatten, normal im Rahmen der internationalen Gemeinschaft mitzuwirken. Entweder mußten wir kämpfen, oder wir hatten unter Bedingungen zu leben, die vom Krisenmanagement geprägt waren. Unsere Wirtschaft hat noch nie normal funktioniert. Es war immer eine Krisenökonomie mit der Erwartung - ob das nun richtig oder falsch war, zumindest wurde es so wahrgenommen-, daß man heute, morgen oder übermorgen vom Westen angegriffen werden könnte. Die ältere Generation sowjetischer Führer hat aus verständlichen Gründen unter diesem Eindruck gelebt.

Jetzt will man wissen, ob wir aufgrund der veränderten Situation wirklich in der Lage sind, in anderer Weise zu denken beziehungsweise das sowjetische System - vor allem natürlich die Wirtschaft - von der Krisenorientierung auf eine ganz normale Grundlage umzustellen. Ehrlich gesagt, wir wissen es heute nicht.

Wir wissen nicht, wie das System unter normalen Bedingungen funktionieren wird. Wir haben es nie zuvor versucht; wir haben gerade damit begonnen. Wir sollten auch das System nicht für alle Fehler verantwortlich machen. Wir tadeln unsere eigenen Unzulänglichkeiten, die uns daran gehindert haben, die Vorteile des Sozialismus für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Einrichtung eines normalen Lebens zu nutzen. Deshalb meinen wir, daß unser Versagen nichts mit dem System zu tun hat; denn wir hatten weniger an wirklichem Sozialismus, als nötig gewesen wäre. Wir glauben also, daß unser System mit mehr Sozialismus erst richtig funktionieren wird.

Wie es funktioniert, wird in mancher Hinsicht auch vom internationalen Umfeld abhängen. Mein Eindruck ist jedoch, daß es inzwischen so viele Übereinstimmungen gibt, daß unser System jetzt normal funktionieren wird, was immer auch geschehen mag, beziehungsweise was als negative Einflüsse wahrgenommen wird.

Dann zu den Menschenrechten, die ein integraler Bestandteil unserer Innen- und Außenpolitik geworden sind. Es gibt ein wachsendes Verständnis dafür, daß persönliche Rechte nicht nur ein wichtiger Teil des Demokratisierungsprozesses sind, sondern eine unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg dieses Prozesses. Wenn man Garantien für Persönlichkeitsrechte schafft, wird man Erfolg haben. Ohne derartige Garantien wird man scheitern. So entwickeln wir zur Zeit ein neues Rechtssystem; es wird sehr hart an einigen nach meiner Einschätzung sehr wichtigen Gesetzen gearbeitet, die die Persönlichkeits- und Menschenrechte garantieren sollen. Es geht um die Schaffung eines Rechtssystems im Rahmen des Staates, das dafür sorgt, daß das System der Menschenrechte richtig funktioniert. Ich müßte Ihnen das an Beispielen erläutern, aber dafür bleibt jetzt keine Zeit.

Was das Konzept der Interdependenz angeht, so bin ich Herrn Helmut Schmidt dankbar für seine Ausführung zu diesem Problem; denn wir haben mit diesen Überlegungen gerade erst begonnen. Das ist noch kein fertiges Konzept. Gegenwärtig arbeiten wir an einem Gemeinschaftsprojekt über Interdependenz zusammen mit einigen Amerikanern von der Princeton University sowie einigen bedeutenden Europäern und Repräsentanten der dritten Welt. Wir wollen ein Buch mit Beiträgen von drei Autoren herausbringen, um zu erklären, was wir unter Interdependenz verstehen. Das Konzept soll eben nicht nur von seiten der Sowjetunion erarbeitet werden; denn wir sehen darin ein allgemein menschliches Konzept, das alle betrifft, nicht nur die Sowjetunion.

Gleichgewicht der Interessen. Nehmen Sie zum Beispiel den Persischen Golf, wo die Lage gegenwärtig ausgesprochen von Konfrontation geprägt ist. Das ist ein klassisches Beispiel für eine Politik der Machtinteressen. Nehmen wir einmal an, die Hauptakteure würden dort zwei oder drei grundlegende Faktoren wechselseitiger Interessen in dieser Region in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Erstens: Für die Sowjetunion geht es hier um ihre Südgrenze, und die amerikanische Präsenz sowie anderer NATO-Länder dort - sehr nahe dem Einzugsbereich des sowjetischen Territoriums - könnte als eine unmittelbare Gefahr für die sowjetische Sicherheit gedeutet werden. Zweitens: Was den Westen angeht, so wissen wir natürlich, daß seine Abhängigkeit vom Öl aus dem Persischen Golf für ihn ein vitales Interesse darstellt. Nehmen Sie drittens die arabischen Länder und einige andere Regionen und berücksichtigen Sie auch deren Interessen. Wenn wir die Situation im Persischen Golf unter diesen Gesichtspunkten betrachten, meinen Sie nicht, daß damit das gesamte Gefüge dort verändert wird? Das ist nur ein Beispiel.

Zum strategischen Aspekt. Ich kenne Ihr Buch über die Strategie des Westens, Herr Schmidt, das noch keineswegs überholt ist und in manchen Teilen sogar sehr modern klingt. Aber in einigen

prinzipiellen Punkten bin ich mit Ihnen nicht einig. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, glauben Sie immer noch an einen Zustand des Friedens, der auf militärischer Macht beruht.

H. Schmidt

Nicht nur, aber zum Teil.

Bogdanow

Hauptsächlich.

H. Schmidt

Das würde ich so nicht unterschreiben.

Bogdanow

Mag sein. Aber auf jeden Fall führt sie das zu dem alten Argument, daß der Friede in Europa seit 40 Jahren vor allem durch die Existenz von Atomwaffen garantiert wird. Ich halte das aus objektiven Gründen nicht für richtig.

Ich meine, der Friede in Europa besteht vor allem deshalb, weil es keine Kriegspolitik gibt. Wenn man eine Kriegspolitik betreibt, macht man Gebrauch von seinen Waffen und beginnt einen Krieg. Man fängt doch keinen Krieg an, nur weil man Waffen hat. Wenn in Europa also keine aggressive Politik betrieben wird, gibt es auch keinen Krieg - das ist nicht primär eine Frage, wie viele Waffen, auch Atomwaffen, hier lagern.

Nur noch kurz ein Wort zu den humanitären Fragen, um Ihnen zu zeigen, wie unser Denken sich hier verändert hat. Wenn man den Menschen in den Mittelpunkt seiner Politik rückt, dann werden natürlich die außenpolitischen Maßnahmen von diesem humanistischen Ansatz wesentlich mit geprägt. Ich gebe zu, daß wir auf diesem Gebiet keine Engel sind; aber wir sind dabei, grundlegende praktische Veränderungen in das gesamte Konzept einzubringen. Das ist nicht nur Theorie. Wir haben bislang nicht alles getan, was wir hätten tun können und tun sollen, aber wir haben schon einiges getan, und einige Dinge mehr werden künftig getan.

Roper

Herr Bogdanow hat von der Entwicklung der Gesellschaftsstruktur gesprochen, in dem Sinne, daß die Rechte des Individuums jetzt gesetzlich verankert werden sollen. Wenn das wirklich dazu führt, daß auf diese Weise die willkürlichen Einflußnahmen, die die Stellung des Individuums in der Sowjetunion beeinträchtigt haben, aufhören, dann wird dies in Westeuropa und anderswo mit dem größten Interesse aufgenommen werden. Das könnte zu Veränderungen führen, die erhebliche politische Implikationen haben. Derartige Entwicklungen werden wir ganz gewiß sehr sorgfältig beobachten.

Ich möchte mich aber vor allem zu den wirtschaftlichen Fragen äußern und auf einiges eingehen, was Meyer-Landrut angesprochen hat. Es ist wichtig, daß wir uns nicht mehr wie früher nur über eine stärkere Einbindung der Sowjetunion in den internationalen Handel Gedanken machen, sondern uns die möglichen Schritte überlegen, die notwendig sind, um aus der gegenwärtigen Situation herauszukommen, wo die Sowjetunion - Helmut Schmidt hatte das ausgeführt - eine relativ geringe Rolle im Welthandel spielt. Wir sollten vielmehr einen Zustand erreichen, in dem die Sowjetunion eine ihrer Größe entsprechende Rolle im internationalen Handel wahrnehmen kann.

Herr Schmidt erwähnte als Beispiel das Handelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, das noch weit unter dem mit Österreich liegt. Und was Großbritannien angeht, so bin ich wohl richtig informiert, daß wir nach Singapur mehr verkaufen als in die Sowjetunion. Von daher stellen sich aus meiner Sicht zwei oder drei Fragen.

Erstens: Korb 2 der Schlußakte von Helsinki war einer der Bereiche, in dem die Fortschritte enttäuschend waren. Mit Korb 2 sollten beispielsweise mehr Informationen verfügbar werden, damit der Handel sich voll entfalten kann. Zehn Jahre nach Verabschiedung der Helsinki-Schlußakte müssen wir leider feststellen, daß die Informationen in einigen Punkten geringer sind als zuvor. Wenn wir die Entwicklung normaler Wirtschaftsbeziehungen anstreben, kann man nur hoffen, daß glasnost und größere Offenheit sich bald auch auf diesen Gebieten auswirken, und zwar nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen RGW-Ländern. Für unser Gastgeberland trifft das allerdings nicht zu, weil hier entsprechende Informationen für westliche Handelspartner weithin zur Verfügung stehen.

Herr Bogdanow sprach von größerer wirtschaftlicher Offenheit der Sowjetunion. Vielleicht kann er uns dazu noch etwas mehr sagen. Herr Ryschkow hat in einer Rede von einem erheblichen Zuwachs des sowjetischen Außenhandels bis 1990 gesprochen. Hat er das vor allem für den Handel mit den RGW-Ländern gemeint, oder sieht er das auch in bezug auf die OECD-Länder?

Es war dann die Rede von der Mitgliedschaft der Sowjetunion in internationalen Wirtschaftsorganisationen. In dem Zusammenhang wird häufig das GATT erwähnt. Mitunter hat man den Eindruck, daß unsere sowjetischen Freunde und andere glauben, die Zurückhaltung des Westens in dieser Frage sei so etwas wie eine Form der politischen Bestrafung. Das ist sicher falsch. Es gibt eine Reihe von Gründen, gegenüber der sowjetischen Mitgliedschaft im GATT zu zögern. Einer der Gründe ist, daß das GATT schon mit seinen jetzigen Mitgliedern genügend Schwierigkeiten hat und man sich ungern noch zusätzliche Probleme aufladen möchte, indem man ein neues, gewichtiges Mitglied aufnimmt.

Es gibt jedoch einen ernsthaften Grund, nämlich die fehlende Konvertibilität des Rubels. Es ist sehr schwer zu sehen, wie ein Staat, der mit Staatshandelspraktiken operiert, in eine internationale Wirtschaftsorganisation aufgenommen werden kann, bevor nicht klare Anzeichen vorliegen, daß der Rubel in absehbarer Zeit konvertierbar wird. Ohne diese Voraussetzungen halte ich eine Mitgliedschaft im GATT für äußerst schwierig, wenn nicht für unmöglich.

Herr Meyer-Landrut hat auf die Joint-venture-Bestrebungen hingewiesen. Eine Reihe westlicher Unternehmen sind angesichts der gegenwärtigen Bestimmungen sehr skeptisch gewesen, ob sie nicht abwarten sollten, bis diese Bestimmungen geändert werden. Das betrifft zum Beispiel die Beschränkungen, daß Gewinne nur dann transferiert werden dürfen, wenn in dritte Länder verkauft wird. Das wird von westlichen Unternehmen als sehr restriktiv angesehen. Da reicht es dann nicht zu sagen, man wünsche mehr wirtschaftliche Öffnung. Es sind weitere Änderungen notwendig, damit die Zusammenarbeit zwischen Ost und West eine wirkliche Bedeutung erlangt. Wir brauchen nicht nur Worte, sondern konkrete Maßnahmen im Rahmen des perestrojka-Programms und auch Hinweise darauf, wie sich der Prozeß fortsetzen wird, insbesondere was die Konvertibilität des Rubels angeht.

Voigt

Ein bekannter amerikanischer Sowjetologe hat vor kurzem in einem Artikel geschrieben, in welcher schwieriger Lage sich die Sowjetologen befinden, weil sie das, was gegenwärtig in der Sowjetunion geschieht, nicht vorausgesagt haben. Deshalb seien sie mit ihren Analysen vorsichtig geworden, um nicht noch einmal widerlegt zu werden. Mir scheint diese Vorsicht ebenfalls angebracht, zumal man in der Sowjetunion selbst offenbar nicht genau weiß, was dort vor sich geht und wie sich die Dinge entwickeln werden. Auf der anderen Seite sollte man aber die Veränderungen, die sich vollziehen, nicht übersehen oder gering einschätzen.

Was mir auffällt, der ich häufiger in die Sowjetunion fahre, sind vor allem Veränderungen in den Absichten, in der Art der politischen Kultur und wie über ökonomische Zusammenhänge diskutiert wird. Was ich in den letzten zwei, drei Jahren feststelle, ist hinsichtlich der Reformabsichten nicht ein Zurückdrehen, sondern eher eine Radikalisierung. Das ist insofern wichtig, als Beobachter der Sowjetunion ja lange Zeit vermutet haben, daß sich Gorbatschow in seinen Absichten mäßigen würde, je mehr er Einsicht in die Strukturen des Apparates gewänne. Bisher ist jedoch das Gegenteil eingetreten; die geäußerten Absichten haben sich radikalisiert, auch wenn sich die gesellschaftliche Wirklichkeit erst langsam zu verändern beginnt.

Nun wurden solche radikalen Überlegungen hier ja mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen. Daraus können neue Irrtümer entstehen, wie ich sie bei Herrn Altmann vernommen habe. Ich meine, es kann - im Selbstverständnis der Sowjetunion - keine Rede davon sein, daß man den Sozialismus oder den Leninismus preisgeben wolle. Ganz im Gegenteil, die sowjetischen Vertreter, mit denen ich geredet habe, sprachen sogar von einer Wiederbelebung des Leninismus. Es sei auch keineswegs beabsichtigt, den Systemwettbewerb aufzugeben. Aber dieser Systemwettbewerb sei von der Sowjetunion bisher in einer Weise betrieben worden, die sich auf Dauer gesehen nachteilig für die Sowjetunion und das sozialistische System auswirke.

Was nach dem Verständnis derjenigen, mit denen ich sprach, allerdings preisgegeben wird, ist der Stalinismus, und zwar nicht nur in der Form des Personenkultes, sondern auch in seiner ökonomischen und außenpolitischen Fundierung. Mit anderen Worten: Die Konzentration auf dem militärischen Faktor läßt die Sowjetunion langfristig die ökonomische Fundierung des Systemwettbewerbs verlieren; denn der Sozialismus kann sich im Systemwettbewerb nicht allein auf die militärische Macht stützen.

Hinzu kommt jetzt eine Art gesamteuropäische Ideologie, mit der die sogenannte Lagertheorie, nämlich die Idee vom Aufbau des Sozialismus in einem vom Kapitalismus abgegrenzten sozialistischen Lager - zu der die ursprüngliche Idee vom Aufbau des Sozialismus in einem Land erweitert worden war;-, aufgegeben wird. Es handelt sich also nicht um die Fortführung der Koexistenztheorie im alten Sinne, derzufolge der Sozialismus durch die Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse siegt, sondern durch die Entmilitarisierung des Systemkonfliktes werden andere Elemente des Systemwettbewerbs, nämlich die kultureller, ökologischer, ökonomischer Art, befreit.

Bemerkenswert ist für die Sowjetunion des weiteren, daß man beginnt, die sowjetische Geschichte aufzuarbeiten. Dieses Thema wird übrigens in der sowjetischen Literatur genauso kontrovers diskutiert, wie dies zum Teil bei uns im Hinblick auf unsere eigene Geschichte der Fall ist. Diejenigen, die Fehler und Mißstände in der sowjetischen Vergangenheit darstellen, werden häufig ähnlich wie bei uns als Nestbeschmutzer angesehen. Einen Historikerstreit gibt es also nicht nur bei uns, sondern auch in der Sowjetunion.

Ein anderer Punkt betrifft Änderungen in der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit, Thema Gesetzesreform. Soweit ich informiert bin, wird auch eine Gefängnisreform im Sinne der Resozialisierung vorbereitet. Man hat erkannt, daß die Menschen in den Gefängnissen eher zu Verbrechern herangezogen, statt daß sie von Verbrechen abgehalten werden. Diese Frage ist in der sowjetischen Gesellschaft selbst kontrovers.

Zum ersten Mal gibt es in der Sowjetunion auch so etwas wie eine Diskussion über die "zivile Gesellschaft", ein Thema, das weder den klassischen leninschen, noch den klassischen russischen Traditionen entspricht. Damit gehe ich auf Herrn Wojna ein. Mit anderen Worten: Das, was heute in der Sowjetunion vor sich geht, wurde in der russischen Tradition als "Westlertum" bezeichnet. Diese Diskussion über die zivile Gesellschaft ist aber zugleich ein neues Element der gesamteuropäischen Diskussion, wie sie in der sowjetischen Theorie jetzt verarbeitet wird. Die zivile Gesellschaft, der eine gewisse Autonomie gegenüber dem Staat zukommt, entsprach nicht der Auffassung der Sowjetunion, als die KSZE-Schlußakte verabschiedet wurde. Auf diesem Feld gibt es neue Elemente.

Dann zur Frage des Pluralismus. Es gibt eine Diskussion über die legitimen divergierenden Interessen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. Das ist hier bereits angedeutet worden. Wie es um die Verfaßtheit dieser Interessen steht, beziehungsweise wie das Verhältnis der Staatsrechte zu diesen Gruppeninteressen zu sehen ist, darüber gibt es noch Kontroversen.

Eine Diskussion gibt es aber auch über die Vielfalt im europäischen Rahmen, ja über die Verschiedenartigkeit der Gesellschaften innerhalb Osteuropas. Anders als noch vor wenigen Jahren kann man heute in der Sowjetunion über das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren osteuropäischen Partnern sprechen. Die Reformen, die jetzt in vielen Staaten Osteuropas stattfinden, führen ja durchaus nicht zu einer größeren Identität im sozialistischen Lager. Sie haben zum Teil sehr unterschiedliche Zielrichtungen und gehen auch von unterschiedlichen Ausgangsbasen aus.

Von daher ist es recht interessant und auch ein wenig merkwürdig, daß im Westen teilweise argumentiert wird, die Sowjetunion solle ihre Reformabsichten doch einfach, sagen wir, der CSSR aufzwingen und entsprechenden Druck auf die Tschechoslowakei ausüben, damit die Reformen dort beschleunigt werden. Früher hieß es bei uns, die Sowjetunion habe auf jeden Fall die Autonomie der anderen Länder zu respektieren.

Abschließend noch eine Überlegung. Es gibt in der Sowjetunion eine Geschichtsdebatte, die in den kapitalistischen Gesellschaften den Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie betrifft. Man hat lange gebraucht, in der Theorie des Marxismus-Leninismus zu akzeptieren, daß im Kapitalismus zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus nicht nur graduelle, sondern prinzipielle Unterschiede bestehen. Insofern sollte man unsererseits auch den Unterschied zwischen dem, was Stalinismus war und dem, was Gorbatschow anstrebt, nicht als Aufgeben des Sozialismus interpretieren. Da geht es um andere Kategorien qualitativer Unterschiede zwischen Gesellschaftsordnungen, die sich gleichermaßen auf den Marxismus-Leninismus berufen.

Blackwill

Ich nehme erstens die Bemerkung von Herrn Sonnenfeldt auf, daß Europa keine Insel der Entspannung sein könne. Ich glaube nicht, daß jemals argumentiert wurde, ereignisse außerhalb Europas würden Europa und seine Zukunft nicht berühren. Das ist jedermann klar. Worum es geht, ist vielmehr, ob außereuropäische Krisen nach Europa importiert werden sollten. Und das ist heute doch wohl keine Frage mehr.

Zweitens: Wie Herr Altmann fand ich die Darstellung von Herrn Bogdanow faszinierend, ja sogar erstaunlich. Wenn sich jemand von uns vor drei Jahren vorgestellt hätte, wir würden so etwas von einem sowjetischen Repräsentanten hören, würde man ihn für einen Phantasten gehalten haben.

Auf der anderen Seite führen natürlich die öffentlichen Verlautbarungen über derart gewaltige Veränderungen in der Politik der Sowjetunion viele dazu, nun auf jene Taten zu warten, die Herr Bogdanow angekündigt hat, sobald dieser politische Impuls die verschiedenen Politikbereiche erreicht hat. Das sollten wir sehr genau im Auge behalten und dabei durchaus zur Partnerschaft bereit sein, wie Sie gesagt haben. Aber wir sollten nicht Worte mit Taten verwechseln. In dieser Hinsicht hat uns Herr Sonnenfeldt nützliche Hinweise gegeben, wo wir nach Taten Ausschau halten können.

Schließlich eine Frage an Herrn Bogdanow in der Richtung, die Herr Voigt gerade angesprochen hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns etwas darüber sagen könnten, welche Auswirkungen Perestroikain militärischer, politischer und ökonomischer Hinsicht auf die Beziehungen der Sowjetunion zu ihren osteuropäischen Partnern haben könnte.

Boldizsár

Ich habe mir in den letzten Jahrzehnten mitunter die Finger mit Politik verbrannt. Dennoch erlauben Sie mir, daß ich mich als Schriftsteller zum Thema europäische Identität, europäische Realität und europäische Utopie äußere.

Zunächst möchte ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Vor dem Zweiten Weltkrieg, als die braunen Wolken des Hitlertums schon unsere Sonne verdeckten, gab es in Ungarn einen Literaturhistoriker namens Antal Szerb, der sich im Jahre 1938 etwas vorgenommen hatte, das sehr europäisch, sehr waghalsig ungarisch und sehr utopisch war. Er wollte nämlich ganz allein eine Geschichte der Weltliteratur schreiben. Das hat er in vier Jahren geschafft, bis zu seiner Inhaftierung. Er war jüdischer Abstammung; aus dem Arbeitslager ist er nicht zurückgekehrt; in der letzten Woche des Krieges wurde er ermordet.

In der Einführung zu dieser Geschichte der Weltliteratur zitiert er Dostojewski, der über das Europäertum gesagt habe: "Für die Deutschen, die Engländer, die Italiener, die Franzosen, die Spanier ist es einfach, denn sie sind - nolens volens - Europäer, auch wenn sie die größten Spießbürger sind (ich wage hinzuzufügen - das steht nicht bei Szerb -: auch wenn sie dem Faschismus verfallen, bleiben sie trotzdem Europäer). Wir Russen aber müssen jeden Tag darum kämpfen, daß wir Europäer werden, Europäer bleiben und daß die anderen Europäer uns als Europäer betrachten." Das sind schöne Sätze; sie scheinen mir heute noch gültig zu sein.

Nach dem Kriege wollte ich den Kontext dieser Stelle bei Dostojewski aufspüren, habe ihn aber nicht gefunden. Als ich zum ersten Mal in Moskau war, bin ich in die Lenin-Bibliothek gegangen und habe meinen Wunsch einem jungen Bibliothekar gegenüber geäußert, der die Suche für mich übernehmen wollte. Nach einigen Monaten schrieb er mir, er sei dankbar, daß ich ihm gewissermaßen die Gelegenheit verschafft habe, erstmals die gesamten Werke von Dostojewski zu lesen, aber das bewußte Zitat habe er nicht gefunden. Da war mir klar, daß dieses Zitat gar nicht von Dostojewski, sondern von jenem ungarischen Literaturhistoriker selbst stammte. Er wollte zum Ausdruck bringen, was wir Ungarn im Hinblick auf unser Europäertum fühlen. Um seiner Aussage mehr Autorität zu verleihen, hat er den Namen und das Gewicht Dostojewskis benutzt.

H. Schmidt

Bei Iwan Turgenjew wäre ein solches Zitat glaubwürdiger gewesen als bei Dostojewski.

Boldizsár

Ja, aber Turgenjew hätte der Bibliothekar in der Lenin-Bibliothek sowieso gelesen gehabt; Dostojewski stand zu jener Zeit nicht hoch im Kurs.

Ich erzähle diese Geschichte, um etwas typisch Ungarisches zu betonen. In unserer Sprache bedeutet Europa nicht nur einen geographischen Begriff, sondern auch eine Qualität. Wenn wir von einem Menschen sagen: Das ist ein Europäer, dann meinen wir, das ist ein Adliger des Geistes und des Verhaltens. Er ist unser besseres Selbst; er ist eine verkörperte Utopie. In diesem Sinne hat Attila József, einer unserer größten modernen Dichter, im Jahre 1936, als Thomas Mann - schon im Exil - nach Budapest kam und das erste Kapitel von "Lotte in Weimar" vortrug, ihn in einem Gedicht begrüßt mit den Worten: Wir hören Dir zu und bewundern Dich, einen Europäer unter den Weißen. Das ist eine Distinktion, die auch heute noch gültig ist. Denn für Ungarn meint der Begriff Europa: verstehen

statt hassen, Frieden statt Aggression, Händedruck und keine Demütigung, Toleranz und keine Gewalt, Humanismus und keine Barbarei.

Wir wissen natürlich, daß Europa auch der Nährboden aller Gedanken und Praktiken nicht nur der Aufklärung und der Renaissance, sondern auch der Inquisition und des Faschismus gewesen ist. Trotzdem zeigt sich für uns in dem Wort Europa stets ein Streben, eine Sehnsucht nach Höherem. Wir Ungarn sind europaverliebt. Wir laufen immer der schönen phönizischen Prinzessin nach, die uns manchmal vom Rücken des Stiers lieb zuäugelt und uns glücklich macht. Aber dann kommt der Stier und tritt uns halb tot.

Für uns ist zum Beispiel dieser Gesprächskreis so wichtig, weil wir da unsere Phantasie, unser Streben, unsere Utopie von Europa in großem Maße verwirklicht sehen. Zumindest die kleineren Völker fühlen sich nicht als der Osten Europas - entschuldigen Sie, Herr Schmidt;- , sondern wir bekennen uns zum östlichen Mitteleuropa. Das ist nicht nur eine Formel, sondern wirklich eine Art von Bekenntnis.

Politische Identität und Utopie sind sehr europäische Begriffe. Die Utopie ist in Europa entstanden; nirgendwo sonst gibt es diesen Begriff. Wir sprechen hier von politischer Identität und haben die kulturelle Identität ein wenig vernachlässigt. Wir verrennen uns immer zu sehr in die militärisch-technischen Details und denken zu wenig über die kulturellen Beziehungen und die Kultur nach. Dabei ist die kulturelle Identität schon weitgehend Wirklichkeit. Für mich ist Utopie auch nichts Pejoratives oder Abstraktes. Heute gelangen wir von einer für uns schlechten Wirklichkeit in eine Sphäre der Utopie.

Jahrzehntlang haben wir Ungarn, besonders ungarische Intellektuelle, allergische Pickel bekommen, wenn wir über Europa, l'Europe, Europe hörten und lasen, und damit waren dann die neun, die zehn, schließlich die zwölf und die dreizehn Länder der EG gemeint. Was östlich der Elbe lag, gehörte nicht zu Europa. Das hat uns weh getan. Besonders in Ungarn haben wir in den letzten zwanzig Jahren mit einer offenen Politik alles getan, damit wir Europa wieder empfangen und um von Europa wieder empfangen zu werden.

Es ist für mich eine ganz große Freude, daß ich hier den ganzen Tag nichts von dem Europa im kleinen Sinne der EG gehört habe. Europa, das ist für uns eine verwirklichte Utopie, zumindest für uns Ungarn; aber das gilt wohl auch für die Polen, die Tschechen und für die DDR - zu Rumänien will ich hier nichts sagen.

Utopie ist der geistige Samen, der den Boden der Wirklichkeit befruchtet. Lassen Sie mich mit einer zweiten Geschichte enden. Robert Owen war im 19. Jahrhundert ein großer Utopist, der seine utopischen Ideen zu verwirklichen suchte. Er hat eine utopische Gesellschaft in New Larnak geschaffen, wo er Alterspensionen, unentgeltliche Schulen, den 10-Stunden-Tag und anderes einführte. Er ging in einigen Jahren zugrunde. An seinem Sterbebett sagte er dennoch zu seinen Kindern und seinen Schülern: "Ich habe nicht umsonst gelebt; ich bin nur zu früh geboren. Meine Utopie wird Wirklichkeit!" Kaum 20 Jahre nach seinem Tode schrieb Karl Marx im "Kapital": Robert Owen hat nicht umsonst gelebt; der 10-Stunden-Tag ist bereits eingeführt worden.

Utopie und Realität stehen in einem Verhältnis, das uns ermuntern sollte. Natürlich berufe ich mich dabei auch, ohne sie zu erwähnen, auf die Darlegungen unseres Freundes Bogdanow. Was er gesagt hat, ist doch eine Utopie, aber eine Utopie, die verwirklicht werden kann und soll, selbst wenn es zwanzig Jahre dauert, wie von Owen zu Marx. Vielleicht werde ich es nicht mehr erleben, aber für die meisten unter uns wird dies noch Wirklichkeit werden.

Um diesen Aspekt noch etwas abzurunden: Owen hat gesagt, er sei zu früh geboren. Vor zwei Jahren hatte ich die Ehre, in Wien eine Ausstellung über europäische Gesamtkunst, die "Wirklichkeit einer Utopie" zu eröffnen. Zur Vorbereitung habe ich einiges über europäische Utopien nachgelesen und dabei ein wunderbares Zitat von Lamartine gefunden. Ich bin überzeugt, daß Lamartine Owen nie gelesen hat. Lamartine sagt: "Was ist eigentlich eine Utopie? Die Utopie ist eine Frühgeburt der Realität." Laßt uns glauben, daß er sich nicht geirrt hat!

Kaiser

Dem Schriftsteller ist ein Zugang zu den Dingen gegeben, über den die etwas nüchternen Politologen und anderen Experten nicht verfügen. Herzlichen Dank für das, was Sie gesagt haben.

Boldizsár

Man kann sich dabei auch die Finger verbrennen.

Kaiser

So ist es.

M. Schmidt

Sie haben ganz recht, Herr Kaiser, es ist sicher nicht einfach, als nüchterner Politologe nach einem Schriftsteller zu sprechen. Aber ich möchte mich doch zu drei Punkten unserer Diskussion äußern.

Erstens. Ich habe die Darlegungen des Genossen - das sage ich bewußt - Bogdanow mit großem Interesse verfolgt. Mich hat insbesondere die Verbindung zwischen innerer Entwicklung und Außenpolitik beeindruckt. Ich möchte betonen, daß ich den inneren Kurs mit Herz und Verstand unterstütze, und zwar aus vielerlei Gründen. Dieser Kurs stärkt den Sozialismus insgesamt; er festigt auch die Partnerschaft zwischen unseren Staaten. Ein kleiner Staat wie die DDR erhält dadurch die Möglichkeit einer neuen Qualität des Wirkens. Ich meine, dieser Kurs wird sich zum Vorteil für die ganze Welt auswirken.

Mir geht es jetzt um das neue Denken und Handeln in der sowjetischen Außenpolitik, die Herr Bogdanow angesprochen hat. Ich selbst habe dazu in den letzten Monaten viele Gespräche führen können, die ähnlich verliefen, wie unsere Diskussion hier. Wenn Herr Sonnenfeldt meinte, die Sowjetunion müsse erst den Beweis für neues Denken und Handeln erbringen, dann bin ich der Ansicht, daß die sozialistischen Staaten insgesamt diesen Beweis zum Teil bereits erbracht haben, ihn gegenwärtig erbringen und das auch in Zukunft tun werden, so wie sie an die Neugestaltung der internationalen Beziehungen mit Hilfe des neuen Denkens und Handelns herangehen. Das ist für uns ein grundlegender methodischer Ansatz und nicht ein einmaliger Akt, weil dies gerade Konjunktur hat.

Helmut Schmidt hat noch einmal auf den weiten Begriff der Interdependenz hingewiesen. Daraus ergibt sich für mich eine Konsequenz, die ich emotional einmal so formulieren möchte: Die Aufforderung zum neuen Denken und Handeln kann sich nicht nur an die Sowjetunion richten; sie ist auch nicht nur eine Sache der sozialistischen Länder. Der Interdependenz zu entsprechen, ist heute als eine Aufgabe zu verstehen, die sich an alle Akteure der internationalen Gemeinschaft richtet. Und ich würde schon gerne wissen, wie sich unsere westlichen Partner der friedlichen Koexistenz zu dieser Aufgabe stellen. Welche Schlüsse ziehen sie daraus für die Gestaltung ihrer Politik?

Ich meine also, Sie sollten in dieser Hinsicht nicht nur Fragen an uns stellen, sondern selbst etwas für die Neugestaltung der internationalen Politik tun. Anders geht es nicht. Wenn man etwa erwarten sollte, daß der Beweis einseitig von uns zu erbringen ist, wird uns der Erfolg versagt bleiben, auf den wir aber alle aus objektiven Gründen, nämlich wegen der Interdependenzen der heutigen Welt, angewiesen sind.

Mein zweiter Punkt betrifft die Frage nach der übergreifenden oder gesamteuropäischen Identität, die hier gestellt worden ist. Zunächst: Gibt es überhaupt übergreifende Interessen, Interessengemeinsamkeiten, Interessenparallelitäten? Jawohl, es gibt sie. Einige habe ich vorhin aufgezählt; man kann sicher weitere Beispiele nennen. Natürlich gibt es dazu im Einzelfall unterschiedliche Positionen auf beiden Seiten, zum Beispiel aus sozialstrukturellen oder ideologischen Gründen. Das ergibt sich schon aus den unterschiedlichen Wertvorstellungen. Das bedeutet aber nicht, daß Interessenparallelitäten, Interessenübereinstimmungen nicht möglich sind.

Deswegen sehe ich hier eine Aufgabe für uns Europäer, uns dieser gemeinsamen Interessen bewußt zu werden. Wir sollten uns um die Schnittpunkte bemühen, an denen es zu einem Interessenausgleich kommen kann. Dafür ist etwa das Kommunique, das Erich Honecker und Helmut Kohl kürzlich in Bonn unterschrieben haben, ein Beispiel. Bei Anerkennung der prinzipiellen Unterschiede kommt es darauf an, die Interessenparallelitäten herauszuarbeiten.

Helmut Sonnenfeldt hat dann gefragt, inwieweit zu dieser europäischen Identität auch eine Veränderung der Grenzen gehört. Darauf möchte ich erwidern, daß diese Interessenparallelitäten und Interessenschnittpunkte nur erreicht werden, wenn wir uns der Realitäten in Europa bewußt sind, die im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs entstanden sind. Die Anerkennung der Grenzen ist wiederum eine Frage des Interessenausgleichs. So ist es zum Beispiel in dem gemeinsamen Kommunique von Helmut Kohl und Erich Honecker am 12. März 1985 in Moskau festgehalten worden.

Nun heißt es, die Grenzen können sich ändern. Ich bin nicht der Interpret meines Staatsratsvorsitzenden, aber ich möchte auf folgendes hinweisen. Wenn es in Europa zu einem Disengagement, etwa zu einer erweiterten kernwaffen- und offensivwaffenfreien Zone kommen sollte, der Ost-West-Konflikt sich also gewissermaßen entmilitarisiert und in diesem Prozeß die sensible Trennungslinie zwischen beiden Systemen, die eben auch zwischen den beiden deutschen Staaten

verläuft, etwas von ihrer Sensibilität in bezug auf die Sicherheit Europas und der Welt verliert, dann würde sich damit auch der Charakter dieser Grenzen ändern. Denn in dem Fall ändert sich das Verhältnis der beiden Seiten zueinander. So würde sich aus unserer Sicht beispielsweise die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR seitens der Bundesrepublik positiv auf den Charakter dieser Grenzen auswirken.

Was die ideologischen Unterschiede angeht, so halte ich es für ein wesentliches Ergebnis, daß sich zwei Parteien, die ideologisch sehr unterschiedliche Positionen vertreten, wie die SED und die SPD, immerhin in einer Arbeitsgruppe zu einer Definition gemeinsamer Sicherheit gefunden haben. Zugleich haben sie ihre weltanschaulichen Unterschiede festgehalten und erste Regeln für eine zivile Austragung dieser Unterschiede aufgestellt, die den Frieden in Europa und die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht stört, sondern befördern hilft.

Lassen Sie mich noch kurz auf einen dritten Punkt eingehen, nämlich die Frage der ökonomischen Beziehungen, der Entwicklung des Handels. Natürlich sind da Veränderungen nötig. Vor allem müssen wir uns in unseren eigenen Ländern beziehungsweise im Rahmen des RGW selbst anstrengen, um die Effektivität und Produktivität unserer Potentiale, die wir im Export einsetzen können, zu steigern. Das geht bis hin zu neuen Formen und Methoden, für die wir Voraussetzungen schaffen müssen. Aber auch unsere westlichen Partner sollten Überlegungen anstellen, wie man zu beiderseitig annehmbaren Vereinbarungen kommen kann.

Was den internationalen Rahmen betrifft, ob dieser nun zwischen den beiden Gruppierungen RGW und EG abgesteckt wird oder die weltweiten ökonomischen Institutionen ins Auge faßt, immer ist das nötig, was Helmut Schmidt den politischen Anstoß genannt hat.

Sonnenfeldt

Ich habe darauf hingewiesen, Herr Schmidt, daß in vielen Punkten die Beweislast auf Seiten der Sowjetunion liegt, zum Beispiel beim sogenannten neuen Denken. Um auf die Interdependenz einzugehen, die Sie erwähnt haben, dieses Konzept bestimmt die Praxis außerhalb der Sowjetunion seit langem. Es ist sicher nicht perfekt, aber im Grunde bauen sämtliche Institutionen der westlichen Welt - besser: der nichtsozialistischen Welt - auf Interdependenzkonzepten auf. Dabei stellt sich dann konsequenterweise die Frage nach einer Beschränkung der Souveränität.

Das gleiche gilt für Institutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds oder die Internationale Energieagentur und zahlreiche weitere Institutionen. Hier hat die Sowjetunion in der Vergangenheit immer argumentiert, daß es de facto zwei parallele, im Grunde getrennte Systeme gebe. Deshalb erscheint es mir nicht unbillig, daß die Sowjets für ihre jetzigen Behauptungen die Beweislast tragen.

Eine kurze Bemerkung zu den Grenzen. Ich spreche nicht von einer geographischen Änderung, sondern mir geht es um den Charakter von Grenzen, ob sie nun zwischen Ost und West oder zwischen den östlichen Ländern bestehen. Auch in diesem Punkt kommen die östlichen Länder nicht darum herum zu beweisen, daß ein Wandel stattgefunden hat.

Rühe

Ich möchte Herrn Boldizsár für seine eindrucksvollen Worte danken. Ich habe aber auch seine Kritik an unserer einseitig nach Westen orientierten Europapolitik verstanden. Zweifellos hat uns eine Zeitlang der geschlossene Eisener Vorhang und der bis dahin fehlende Prozeß der Differenzierung und Emanzipation in Osteuropa den Blick für Gesamteuropa verstellt. Vielleicht war es auch die Faszination über das, was wir in Westeuropa neu begonnen hatten. Denn was in Westeuropa neu geschaffen worden ist, zum Beispiel zwischen Deutschland und Frankreich, ist eine Realität gewordene Utopie in Ihrem Sinne. Wir meinen schon, daß das auch beispielgebenden Charakter für ganz Europa haben kann. Ich darf wiederholen: Es geht dabei nicht zuletzt um die Qualität der Grenzen. Auch innerhalb des sozialistischen Lagers gibt es praktisch keine Grenze, die in ihrer Qualität der zwischen Deutschland und Frankreich heute entspricht.

Ich will jetzt nicht weiter auf die deutsch-deutschen Aspekte eingehen; aber vielleicht gelingt es ja einmal, daß wir uns in Dresden treffen. Dann könnten wir die junge Generation aus dem benachbarten Polen, aus der DDR und der Bundesrepublik hinzuziehen, um beispielsweise die Frage von Herrn Rakowski zu vertiefen, wie die jungen Leute heute eigentlich denken.

Max Schmidt hat gesagt, die Aufforderung zum neuen Denken und zum Handeln ergehe an alle, nicht nur an die östliche Seite. Dem möchte ich entgegenhalten, daß es einer der unbequemen, aber unschätzbaren Vorteile unseres politischen Systems ist, daß durch den ständigen Wechsel immer

wieder neues Denken produziert wird. In Amerika geschieht dies mitunter alle vier Jahre. Was genauso vorteilhaft und unbequem ist: Es wird bei uns auch ständig alternativ gedacht. Aus diesem Grunde ist in unserem politischen System die Gefahr zu erstarren und die Trägheit als der Hauptfeind der sowjetischen Gesellschaft von der Struktur her nicht in dem Maße gegeben wie bei Ihnen. Dabei will ich nicht bestreiten, daß es auch bei uns gelegentlich zu Erstarrungen kommen kann.

Auch mich hat die Art und Weise beeindruckt, wie Herr Bogdanow die Situation in seinem Lande analysiert und selbstkritisch dargestellt hat. Seine Darlegungen machen deutlich, daß sich etwas Neues in der Sowjetunion tut. Die Therapie ist dabei allerdings etwas zu kurz gekommen. Zum Teil gibt es auch widersprüchliche Signale, die Herrn Altmann zum Beispiel zu der Meinung veranlassen, die sowjetische Wirtschaft sei zwar noch nicht auf dem Wege zu Ludwig Erhard, aber gehe vielleicht schon in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft. Demgegenüber betont Herr Bogdanow, man wolle den Sozialismus jetzt erst eigentlich durchsetzen, wozu man bisher - aus historischen Gründen - noch nie eine echte Chance hatte. Sie wollen offenbar für eine Entwicklung des Sozialismus mehr Druck machen. Wenn ich dagegen die letzte Rede von Generalsekretär Gorbatschow, die er in Murmansk gehalten hat, richtig interpretiere, dann hat er jetzt vor allem die Grenzen der Reformentwicklung betont und vor einer Radikalisierung des Reformkurses gewarnt - die Karsten Voigt so stark hervorgehoben hat;-, ohne daß damit natürlich eine Abkehr von der Reform gemeint ist.

Ich meine, es führt für Sie kein Weg daran vorbei, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Sozialismus eine Selbstfesselung wichtiger ökonomischer und kreativer gesellschaftlicher Kräfte bewirkt. Wenn Sie das nicht ändern, werden Ihnen auch in Zukunft nicht mehr Ressourcen zur Verfügung stehen. Es ist sicher wichtig, daß die Sowjetunion nicht mehr 13 oder 14 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Rüstungszwecke ausgibt, sondern ihren Rüstungshaushalt zugunsten ziviler Produktionen reduziert. Aber selbst wenn das gelingen sollte, kommt es entscheidend darauf an, daß Sie die Selbstfesselung der ökonomischen und kreativen Kräfte überwinden. In diesem Zusammenhang scheint mir bei Ihnen noch keine ausreichende Klarheit zu bestehen. Sie wissen, wovon Sie weg wollen, und Sie sagen selbst, es gebe keine Alternative zur Reform; aber Sie wissen noch nicht, wo Sie hinwollen und welche Schritte auf diesem Wege nötig sind. Deswegen hat Helmut Schmidt seine Vorsicht geäußert und gemeint, auch in Ihrem eigenen Lande gebe es noch Vorbehalte.

Sie sagen, Sie wollen den Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellen. Wenn ich es einmal etwas zugespitzt formulieren darf: Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß in diesem Jahr über zehntausend Deutschstämmige aus der Sowjetunion ausreisen durften. Das ist erfreulich, aber zugleich auch ein Akt der Willkür. Denn diese Zahl kann morgen schon wieder ganz anders lauten. Für uns sind Menschenrechte keine Rechte, die der Staat den Menschen sozusagen gnädig gewährt, sondern diese Rechte wohnen dem Menschen selbst inne; es sind seine natürlichen Rechte, die entsprechend im staatlichen Rechtssystem grundsätzlich - gewissermaßen einklagbar - verankert sein müssen. Meine Frage lautet: Ist beabsichtigt, in diesem Sinne eine Rechtssicherheit zu schaffen und damit auch Rechtsansprüche zu begründen, die nicht in das Belieben des Staates gestellt sind?

Ich habe positiv aufgenommen, was Sie zur sowjetischen Außenpolitik gesagt haben: daß es darauf ankomme, Frontlinien aufzulösen. Ohne Frage hat sich die Sowjetunion ja viele Gegner durch ihre eigene Politik selbst geschaffen. Um eine Auflösung der Frontlinien zu ermöglichen, ist es für die Westeuropäer zum Beispiel von entscheidender Bedeutung, daß ihre legitimen Sicherheitsinteressen von der Sowjetunion, der einzigen Weltmacht auf europäischem Boden, anders respektiert werden als in der Vergangenheit.

Garai

Herr Sonnenfeldt hat gefragt, was unter europäischer Identität, europäischem Haus oder Heimat zu verstehen sei. Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir gewissermaßen nach einer schwarzen Katze in einem dunklen Raum suchen; denn dieses gemeinsame Europa gibt es doch bereits, und wir brauchen nicht danach zu suchen. Wir müssen die bestehende Teilung überwinden. Das ist alles. In seinen Worten spüre ich die Furcht, daß die Europäer, wenn sie von einer gemeinsamen europäischen Heimat, Haus oder dergleichen sprechen, eine Art von Antiamerikanismus im Sinn haben. Das hat damit aber nicht das geringste zu tun. Fragen Sie ihre westlichen Freunde.

Ich nehme einige konkrete Punkte auf, die die ungarische Einstellung zu dieser Frage betreffen. Ich möchte dabei auf die gemeinsame europäische Kultur zurückkommen, die nach wie vor eine Klammer zwischen den europäischen Nationen darstellt, ob wir das wollen oder nicht. Ungarn gehört zu den Befürwortern des Vorschlages, der auf der Wiener Folgekonferenz gemeinsam von Polen und Österreich im Hinblick auf die Bewahrung der kulturellen europäischen Traditionen gemacht wurde und der auf einem Symposium in Krakau diskutiert werden soll. Ich erwähne in dem Zusammenhang,

daß wir den spanischen Vorschlag zur Gründung eines internationalen ethnographischen Zentrums mit Hauptstandort in Budapest gern annehmen. Zugleich unterstützen wir Vorschläge, die der Verbreitung von Literatur, die in europäischen Kleinsprachen geschrieben ist, dienen.

Dann zur sogenannten - in der Diskussion öfter erwähnten - Menschenrechtsfrage. Auch in Ungarn vertreten wir die Auffassung, daß der wichtigste Bereich der Menschenrechte die Gewissensfreiheit ist. Unsere Erfahrung ist, daß Menschen mit unterschiedlichen Ideologien und Überzeugungen, religiöse Menschen und Atheisten in Harmonie miteinander leben können, wenn sie gegenseitig dazu bereit sind. Zum Beispiel sind einige ungarische Kirchenführer Mitglieder des Parlaments. Andere Persönlichkeiten der Kirche arbeiten in der Gemeindeverwaltung mit. In Ungarn gibt es etwa 16 Kollegs für Theologie, und wir haben auch eine Reihe von Schulen, die unter der Obhut der Kirche stehen. Die religiösen Presseerzeugnisse haben eine Auflage von 9 Millionen Exemplaren, und 1987 wurden beispielsweise über 100.000 religiöse Bücher in Ungarn veröffentlicht und verkauft.

Was die generelle Haltung in den Ost-West-Beziehungen anbelangt, so gehen wir Ungarn etwa bei der Umsetzung der Helsinki-Deklaration ganz pragmatisch vor. Die ungarische Regierung hat sich unmittelbar nach Helsinki für die Umsetzung der Deklaration eingesetzt, indem sie erklärte, jedes Ministerium und jede nationale Organisation solle auf ihrem Gebiet die entsprechenden Maßnahmen durchführen.

In dem Zusammenhang komme ich nicht umhin, auf ein überraschendes Phänomen zu verweisen. Früher waren es immer unsere westlichen Partner, die auf die Ausweitung der Ost-West-Beziehungen in allen Bereichen gedrängt haben. Nun, im Jahre 1976, hat sich die ungarische Regierung an 19 nicht-sozialistische Länder gewandt und ihnen Vorschläge für eine konkrete Umsetzung der Helsinki-Erklärung unterbreitet. So hat sie beispielsweise einen regelmäßigen politischen Meinungs austausch auf hoher Ebene empfohlen und den Abschluß von Freihandelsabkommen, die Aufhebung der Doppelbesteuerung, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und über den Touristenverkehr angeregt. Wir haben auch einen Austausch von Informationen und kulturellen Werten vorgeschlagen. 1979 hat unsere Regierung weitere Empfehlungen dieser Art gegeben. Ungarn betrachtet die Förderung der touristischen und Privatbesuche in fremden Ländern als äußerst wichtig auch im Hinblick auf die Dinge, über die wir hier reden. Wir legen besonderen Wert auf die Erleichterung von Dienstreisen, zum Beispiel von Diplomaten und Geschäftsleuten.

Zeit ist Geld, sagen die Engländer, und das gilt insbesondere für Geschäftsreisen. Unter anderem hat Ungarn bei mehreren Anlässen die gegenseitige Aufhebung des Visazwangs für alle die Länder vorgeschlagen, die die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet haben. Aber wir haben darauf selten eine positive Antwort von unseren westlichen Partnern erhalten. Mir scheint, sie haben einige Probleme mit der Zusammenarbeit in der NATO. Bisher ist lediglich der Visazwang mit Finnland, Österreich, Malta, Schweden und Zypern aufgehoben worden. Da die übrigen westlichen Ländern die gegenseitige Aufhebung von Visa mit Ungarn ablehnten, haben wir die teilweise Aufhebung für Diplomaten- und Geschäftspässe vorgeschlagen. Leider ist die Antwort wiederum negativ gewesen. Nur mit Griechenland haben wir die Aufhebung von Visa für Diplomaten vereinbart.

Altmann

Ich habe doch meine Zweifel, Herr Bogdanow, ob Ihre Formulierung, man wisse zwar das Ziel, das heißt die Wahrheit, aber kenne den Weg noch nicht, unser Problem im Ganzen trifft. Wenn Sie erlauben, zitiere ich in dem Zusammenhang die Bibel, wo der Satz steht: "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben." Der Weg, die Wahrheit und das Leben gehören in der Tat zusammen. Ich meine, das gilt auch für die sowjetische Reform, ohne daß ich Ihnen damit sagen will, Sie sollten jetzt nach der Bibel leben. Das Wort Jesu trifft sicherlich eine Lebenserfahrung.

Herrn Voigt möchte ich nur sagen: Wenn jemand behauptet, diese Reform bedeute keinen Verzicht auf den Leninismus oder das sozialistische Wirtschaftssystem, dann ist er beweispflichtig, nicht ich.

Gestatten Sie in diesem Zusammenhang ein Wort zur Kontinuität der sowjetischen Politik. Stalin, der das Erbe Lenins angetreten hatte, hat seinerzeit die Entscheidung getroffen, den doppelten revolutionären Ansatz Lenins, nämlich zugleich eine industrielle Revolution und eine proletarische Revolution durchzusetzen, zurückzunehmen. Mit seiner Formel vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" hat Stalin der industriellen Revolution den Vorzug gegeben. Das war eine Entscheidung gegen die kommunistische Partei, deren Elite dafür bekanntlich mit ihrem Leben hat bezahlen müssen.

Heute hören wir wiederum aus der Sowjetunion, daß der Primat dem wirtschaftlichen Fortschritt gehören müsse. Natürlich will ich den jetzigen Generalsekretär nicht mit Stalin vergleichen. Aber wir

müssen sehen, daß sich die Entscheidung für den wirtschaftlichen Fortschritt auch dieses Mal gegen den Konservatismus der Partei richtet - nicht gegen die Bürokratie.

Zweifel möchte ich auch an der schönen Formel vom "gemeinsamen europäischen Haus" anmelden. Bevor man in ein Haus einzieht, stellt man die Frage, wer eigentlich der Hausbesitzer ist und was die Miete kostet. Das würden wir auch gern von der Sowjetunion wissen; denn wir ziehen nicht in ein Haus ein, das uns nicht mitgehört.

In diesem europäischen Haus gibt es nun einen alten Mieter, der nicht kündbar ist, nämlich Amerika. So wichtig es sein mag, über eine europäische Identität nachzudenken, so wenig dürfen wir übersehen, daß zumindest die Bundesrepublik Deutschland ihren Blick nicht nur auf Europa richten darf, sondern auch die USA miteinbeziehen muß. Ich hätte große Bedenken - und meine, das müßte sich für alle Beteiligten nachteilig auswirken;- , wenn uns die sowjetische Reformpolitik in die Bahnen der klassischen europäischen Kontinentalpolitik zurückführen würde.

Das betrifft in viel höherem Maße die Sowjetunion selbst, für die ja Westeuropa weniger entscheidend ist als Asien. Jede Verlagerung des Schwerpunkts der sowjetischen Außenpolitik nach Westeuropa würde ihre Lage in Asien schwächen. Das möchte ich wenigstens erwähnt haben, auch wenn wir dieses Thema hier nicht diskutieren können.

Im 19. Jahrhundert formulierten die Briten etwas arrogant den Satz: "England is of Europe but not in Europe." Muß man heute - umgekehrt - sagen: "Rußland ist zwar in Asien, aber es gehört nicht zu Asien"? Die entscheidenden Fragen der Zukunft liegen vielleicht nicht mehr im alten Ost-West-Gegensatz, von dem hier immer wieder die Rede ist. Deshalb sollten wir uns nicht so sehr auf die europäische Identität fixieren, so wichtig sie sein mag, zumal das Wort Identität ohnehin fragwürdig geworden ist und eher etwas verdeckt als aussagt. Europa hat nicht mehr die Chance, das zu sein, was es einmal gewesen ist. Weder kann die große Sowjetunion sich jetzt Westeuropa zuwenden, um mit uns gemeinsam ein neues Europa zu begründen, noch können wir uns an die Sowjetunion binden, um mit ihr die europäische Kontinentalpolitik des 19. Jahrhunderts zu rekonstruieren.

Rakowski

Auch mich haben die Ausführungen von Herrn Bogdanow sehr beeindruckt. Dennoch möchte ich mir die Frage erlauben: Bei allem Respekt vor dem, was heute in der Sowjetunion vor sich geht und welche Aufgaben man sich für die Zukunft stellt, für uns ist wichtig, wie es um die Garantien steht, daß Perestroika ihre Ziele erreichen wird. Nach meiner Einschätzung ist dafür die Offenheit, mit der die sowjetische Presse und Gorbatschow selbst die gegenwärtige Lage und die Ziele beschreiben, eine der wichtigsten Voraussetzungen. Natürlich muß es auch rechtliche Garantien geben. Aber derartig gravierende Umwälzungen, wie sie in der Sowjetunion begonnen wurden, sind nicht nur eine Frage der gesetzlichen Grundlagen, sondern müssen sich vor allem auf den Willen der Menschen stützen.

In einem wesentlichen Punkt sehe ich übrigens einen großen Unterschied zwischen Chruschtschow und Gorbatschow. Während Chruschtschow damals einen fast persönlichen Kampf gegen Stalin geführt hat, geht es Gorbatschow um eine strukturelle Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Auch darin sehe ich eine wichtige Garantie für das Gelingen dieses Prozesses.

Ich möchte mich jedoch nicht nur an die Adresse Moskaus wenden, sondern in gleicher Weise Herrn Sonnenfeldt ansprechen, der uns hier eine Reihe von Fragen gestellt hat, zum Beispiel, was wir unter Europäisierung verstehen, und wie wir im Zusammenhang mit der Sowjetunion über die Lage in Europa und die Lösung verschiedener Probleme denken. Auch ich habe einige Fragen an den Westen.

Erstens: Inwieweit ist der Westen politisch und psychologisch bereit, sein veraltetes Bild von der Sowjetunion, das sich auf verschiedene Klischees stützt, die jahrzehntelang von den sogenannten Kreml-Astrologen entwickelt wurden, abzubauen? Ich stelle diese Frage, weil wir auch in Polen versuchen, unser Bild vom Westen, das in der Zeit des kalten Krieges entstanden ist, zu korrigieren. Wie verhält sich also der Westen seinerseits uns gegenüber?

Zweitens interessiert mich, welche Rolle heute in der Politik des Westens die ideologischen Prinzipien gegenüber der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern spielen.

Drittens: Wie stark sind im Westen die Kräfte einzuschätzen, die die Meinung vertreten, die Sowjetunion werde für den Westen um so gefährlicher je mehr Gorbatschow und der Kreis, der ihn umgibt, die Ziele erreicht, die er propagiert hat?

Schließlich viertens: Sind unsere westlichen Partner davon überzeugt, daß es bei ihnen, was die Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten angeht, keinerlei Anzeichen mehr von Überheblichkeit gibt, wie ich es nennen möchte?

Morel

Zunächst zur Interdependenz. Seit 20 Jahren gibt es zwischen Ost und West einen ziemlich stereotypen Begriff, der recht problematisch ist. 1966 hatte Kossygin von Zusammenarbeit auf nicht-ideologischen Gebieten gesprochen, auf denen Interdependenz besteht: Verkehr, Energie, Umwelt und so weiter. Das ist alles schön und gut, aber das hat meiner Ansicht nach in der Praxis nur dann Sinn, wenn man zuvor den eigentlichen Begriff von Interdependenz geklärt hat. Vielleicht ist das der Grund, warum der Korb 2 von Helsinki bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Die eigentliche Diskussion über Interdependenz muß erst über die Grundfragen der wirtschaftlichen und sozialen Praxis geführt werden, dann kann man auch über Dinge wie Umwelt und Verkehr sprechen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel illustrieren. Ich war vor einigen Tagen in Moskau. Dabei wurden wir über die Situation in der Sowjetunion informiert, und man berichtete uns wieder einmal mit verständlichem Stolz, daß in Moskau der Preis für die U-Bahn 5 Kopeken beträgt. Vor 20 oder 25 Jahren haben andere Länder dies als einen Vorzug der Sowjetunion interpretiert und waren darüber beunruhigt, weil sie meinten, solche Möglichkeiten ebenfalls schaffen zu müssen. Heute sieht man in einem solchen Preissystem im Gegenteil ein Schlüsselproblem der sowjetischen Gesellschaft, das auf jeden Fall überwunden werden muß.

Diese Einschätzung von Strukturfragen des Wirtschaftssystems hat nichts damit zu tun, daß man da nun Kapitalismus praktizieren sollte. Für die Frage der Metro-Tarife kann man sich sowohl eine sozialistische als auch eine kapitalistische Lösung vorstellen. Aber es gibt heute eine weitverbreitete Ansicht, daß diese Rigidität im sowjetischen System eine der Hauptursachen für die Schwierigkeiten in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist. Ich meine, nur wenn wir über solche Probleme grundsätzlich nachdenken, können wir in der Interdependenzfrage weiterkommen.

Es reicht nicht aus, daß wir beispielsweise nur eine Koordination auf dem Energiesektor anstreben. Das geht an der eigentlichen Problematik vorbei, und die betrifft die viel weiterreichende Frage, wie sich nämlich unsere Länder zur Modernisierung in allen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaften stellen. Verglichen mit anderen Diskussionen in Europa sind wir in diesem Punkt noch weit zurück. Das heißt wiederum nicht, daß hier die eine Seite der anderen etwas predigen sollte, ganz im Gegenteil. Aber es ist der Versuch, die wirklich konkreten Probleme anzufassen, die die Grundlage der gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Entwicklung ausmachen.

Dann zur europäischen Identität. Ich halte das für ein in mancher Hinsicht irreführendes Schlagwort. Eine solche Identität gibt es nirgendwo. Die einzig sinnvolle europäische Identität ist für mich die europäische Pluralität. Das ist nicht nur ein Wortspiel, sondern das ist eine Erfahrung, die wir in dieser Hinsicht in allen unseren Ländern machen. Es geht nicht darum, daß wir mit all unseren Unterschieden lediglich nebeneinander leben, sondern daß diese Pluralität aktiv in unserem täglichen Handeln gefördert wird.

Auch das hat natürlich nichts zu tun mit einer kapitalistischen Lösung oder mit irgendeiner Art von westlicher Demokratie, wiewohl wir für diese einstehen und uns auf entsprechende Werte beziehen. Aber in einer Zeit, in der die Ideologien an Bedeutung verlieren, besteht die Chance, Pluralismus als das gemeinsame europäische Element zu erfahren, wobei die Unterschiede zwischen den Nationen ebenso wie die Gemeinsamkeiten empfunden werden. Ich meine, der Traum von einem europäischen Einheitsstaat ist vorüber - zum Segen für Europa. Diese Überlegung war nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus verständlich, um aus dem unerträglichen Gegensatz herauszukommen. Aber diese schlichte Identitätsvorstellung ist zum Vorteil für die europäischen Länder heute überwunden.

Schließlich einige Gedanken zum sowjetischen System. Wir befinden uns jetzt in einer Phase, in der wir sehr genau prüfen müssen, was da vor sich geht. Wenn man all diese faszinierenden Reden hört, stellt man doch die Frage nach der Ideologie. Ist das jetzt eine Art von Neo-Leninismus, oder geht das über den Leninismus hinaus? Wo bleibt die berühmte traditionelle Frage von Lenin, "kto kowo", das heißt, wer ist am Ende der Sieger im ideologischen Kampf? Zur gleichen Zeit klingt in diesen Reden teilweise an, was ich die humanistische Tradition des 19. Jahrhunderts nennen würde. Ich bestreite nicht, daß es solche Hinweise gibt, aber zugleich wird auch auf die gesamte Ideologie Bezug genommen. Ohne die ganze Sache abtun zu wollen, bei sorgfältiger, auch wohlwollender Lektüre bleibt doch sehr viel Unklarheit und ein großes Fragezeichen zurück, vor allem dort, wo es um die Interessen geht.

Wenn man sich weiterhin ansieht, wie die praktischen Schritte in der Außenpolitik aussehen, dann hat man manchmal den Eindruck, daß es eine Tendenz gibt, das neue Denken in der internationalen Gemeinschaft in gleicher Weise zu handhaben wie in der sowjetischen Gesellschaft, nämlich von oben nach unten. Aber dazu dürfte die internationale Gemeinschaft kaum bereit sein. Mag sein, daß es so in der Sowjetunion funktioniert.

Wenn man uns sagt, wir sollten auf neue Weise denken, dann bleibt da ein Fragezeichen. Um ein Beispiel zu geben, das mein Land nicht unmittelbar betrifft! Wenn im Hinblick auf die Pershing IA der Bundesrepublik knallhart die Frage gestellt wird, ob sie eine Nuklearmacht werden beziehungsweise den Non-Proliferations-Vertrag umgehen wolle, dann lautet die Antwort ganz klar: nein, und die Sowjetunion weiß das auch genau. Das ist jedenfalls kein neues Denken, sondern eine klassische sowjetische außenpolitische Praxis.

Der Kern des neuen Denkens ist bisher also nicht sehr klar. Das soll nicht heißen, daß die Debatte irrelevant ist. Das können wir ohne weiteres anerkennen. Da stimme ich auch mit der Auffassung von Herrn Voigt nicht ganz überein, daß die Idee der zivilen Gesellschaft Rußland fremd sei, was ich bezweifle.

Ich würde eher einen anderen Punkt hervorheben. Die intensive Diskussion, die wir gegenwärtig in der Sowjetunion erleben, hat bereits eine lange Tradition. Es ist die sehr alte Debatte zwischen den Slawophilen und den Westlern, die tief in der russischen Gesellschaft verwurzelt ist. Das klingt an bei dem, was Herr Boldizsár sagte. Vielleicht gibt es so einen Wesenszug des "Halb-Europäischen" in der sowjetischen ebenso wie in der russischen Gesellschaft. Aber solange die Diskussion weitergeht, hat man zumindest das Gefühl, daß einige Möglichkeiten offen sind. Die europäische Dimension ist jedenfalls Teil dieser Diskussion.

Eine letzte Bemerkung, die anknüpft an das, was Herr Meyer-Landrut gesagt hat, der von ziviler und militärischer Macht sprach. Sehr vieles, das jetzt in der Sowjetunion vor sich geht, hat mit dem Ausgleich zwischen Militärischem und Zivilem zu tun. Das ist wahrscheinlich der Prüfstein für die gegenwärtige Entwicklung der Gesellschaft in der Sowjetunion.

Izik-Hedri

Was die Sicherheitsdoktrin angeht, so bildet heute ein wesentliches Element unserer eigenen Sicherheit die Sicherheit des potentiellen Gegners und umgekehrt. Wenn wir diese Wechselseitigkeit begreifen, kann es eine Konsequenz sein, daß beide Seiten an der Prosperität des jeweils anderen interessiert sind. Wo Prosperität herrscht - das gilt dann übrigens auch für die dritte Welt;- , fühlt man sich weniger gefährdet und neigt deshalb vielleicht auch weniger zu Verhaltensweisen, die potentielle Gegner als Aggression betrachten könnten.

Herr Morel hat über Pluralismus gesprochen, und ich kann mir in der Tat eine europäische Identität nur pluralistisch vorstellen. Das gilt zumindest für die kulturelle Identität, über die wir hier noch kaum gesprochen haben. Ich möchte hier die ökologische Identität und die Sicherheitsidentität in Europa betonen, der wir gar nicht ausweichen können. Die Amerikaner sind in der Hinsicht ja in einer angenehmen Lage. Europa ist zwar keine Insel, aber es ist zu klein und zu dicht bevölkert, als daß es sich leisten könnte, auf eine europäische Identität in diesen Fragen zu verzichten. Wenn Europa weiterhin so mit Waffen vollgestopft bleibt und die Umwelt zugrunde geht, weil beide Seiten nicht bereit sind, ihre Techniken und Erfahrungen auszutauschen, wird bald niemand da sein, der darüber diskutieren kann, welche Ideologie die bessere sei.

In der Europäischen Gemeinschaft ist bereits weitgehend eine westeuropäische Identität entwickelt worden. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben sich früher nicht so gut verstanden, wie das heute in vielen wichtigen Bereichen der Fall ist. Das gilt auch für unsere Gemeinschaft auf östlicher Seite. Hier findet ein Lernprozeß statt, den man durchaus beachten sollte. Meiner Ansicht nach wäre es aber auch im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, diese europäische Identität zu fördern.

Sonnenfeldt

Hier wurde gesagt, ich hätte Vorbehalte gegenüber antiamerikanischen Nebentönen beim Begriff der europäischen Identität. Ich habe lediglich Bedenken geäußert, was eigentlich unter dieser Identität zu verstehen ist, und deshalb würde ich gern wissen, was die osteuropäischen Redner damit gemeint haben. Antiamerikanismus, was immer das heißen mag, betrifft mich nicht allzusehr. Es gibt sicher Besonderheiten des Europäertums, die Unterschiede zu den Vereinigten Staaten begründen. Ich meine, damit kann man leben, auch wenn das hin und wieder praktische Probleme mit sich bringen

mag. Mich beunruhigt das nicht besonders, zumal ich in Osteuropa den geringsten Antiamerikanismus verspüre. Deshalb freue ich mich immer, wenn ich hierher komme.

Ich habe nun meine großen Zweifel, ob man überhaupt eine besondere Identität festlegen kann. Hier ist schon mehrfach gesagt worden, daß es in Europa eine große Vielfalt gibt. Das macht gerade seine Stärke aus. In gewissem Sinn findet sich das auch in unserer Gesellschaft in den Vereinigten Staaten wieder. Es ist jedoch sehr die Frage - und in diese Ecke hat das neue Denken geführt;- , ob die europäische Identität gewissermaßen entlang der Klassen und des Klassenkampfes geteilt werden kann. Das ist nicht nur eine Frage der Wortwahl von Herrn Bogdanow oder seinen Landsleuten in Moskau, sondern in der Tat eine Frage der Einstellung und der Werte. Ich nehme die Sowjets zu ernst, um anzunehmen, daß die Worte eines Jahres 69 Jahre der Geschichte einfach hinwegfegen. Damit muß man sich sehr viel ernsthafter auseinandersetzen.

Herr Rakowski hat zahlreiche Fragen gestellt, die alle auf das gleiche hinauslaufen: Sind die Amerikaner oder die westlichen Regierungen oder westliche Beobachter bereit, ihr Bild von der Sowjetunion zu ändern, beziehungsweise das berühmte "Feindbild" abzubauen? (Das ist übrigens kein amerikanischer Ausdruck; die Europäer haben ihn in die Vereinigten Staaten exportiert.) Sie werden feststellen, daß zumindest in den Vereinigten Staaten, aber auch in Westeuropa die Entwicklungen in der Sowjetunion mit größter Aufmerksamkeit, ja mit Faszination verfolgt werden. Amerikanische Sowjetologen sind dabei führend. Die Auffassung, daß ausgerechnet sie der amerikanischen Regierung und der Gesellschaft in der Vergangenheit ein "Feindbild" der Sowjetunion vermittelt hätten, ist von der Realität weit entfernt.

Die Möglichkeiten, die diese Entwicklung für neue Beziehungen, für neue Ansätze, für gemeinsames Handeln und eine neue Form der Interdependenz eröffnet, werden sehr ernst genommen. Das gilt für private Gruppierungen ebenso wie für die Regierung. Das geschieht schon in einer recht ungewöhnlichen Weise, wenn man sich die lange Geschichte der Mißerfolge und Enttäuschungen vor Augen hält. Ich denke manchmal, daß wir da zu schnell und zu weit gehen, weil wir viel zu sehr von Modeerscheinungen abhängen.

Was die INF-Verhandlungen betrifft, so ist die amerikanische Regierung tatsächlich von einer ganzen Reihe von Leuten angegangen worden, sie habe die Interessen der Westeuropäer verkauft. Es gibt mitunter recht romantische Vorstellungen davon, welche Art von Geschäften man mit der Sowjetunion machen könne. Ich gehöre nicht zu denen, die diese Kritik teilen, aber sie ist zweifellos weit verbreitet.

Eine Bemerkung noch zur Frage der Interdependenz. Man sollte sich für einen Augenblick der Abschreckungsdoktrin erinnern, die viele von Ihnen für gefährlich und sogar für unmenschlich halten. Sie ist vielleicht die fundamentalste Form von Interdependenz, auf die der Westen sich in den letzten dreißig Jahren verlassen hat. Sie geht nämlich von der Rationalität der anderen Seite aus. Ich kann mir keine weitergehende Form von Interdependenz vorstellen: Es ist die Bereitschaft, angesichts der ganzen Geschichte und all der Feindbilder, die in den westlichen Köpfen vorhanden sein mögen, dennoch davon auszugehen, daß die sowjetische Führung in Moskau sich rational verhalten wird. Das ist wirklich ganz außergewöhnlich. Aber darauf ist die Abschreckung gegründet und wird auch weiterhin darauf aufbauen, weil man davon ausgehen muß, daß Risikoberechnungen eine wesentliche Rolle spielen bei der Vermeidung von Katastrophen, Abenteuerlust und Tollkühnheit. Und in dieser Hinsicht hat der Westen meiner Meinung nach wirklich weniger zu lernen als unsere Freunde im Osten, weil es zu einem beträchtlichen Teil das westliche Denken ausmacht, von der Annahme auszugehen, daß sich die andere Seite rational verhalten wird, ob Sie ein solches Denken nun neu, alt oder wie immer nennen.

Ich möchte nicht mit Herrn Blackwill darüber streiten, ob Spannungen aus anderen Teilen der Welt nach Europa exportiert worden sind. Ich behaupte nach wie vor, daß Entspannung und Interdependenz - wie immer die Begriffe lauten mögen - im wesentlichen global sein müssen, wenn sie dauerhafte Vorteile für Europa haben sollen. Europa kann sich nicht einfach abkoppeln. Vor allem den Menschen in Osteuropa sollten nicht die Vorteile einer amerikanisch-sowjetischen oder der westeuropäisch-sowjetischen Entspannung vorenthalten werden. Ich war immer der Ansicht, daß sie es um so mehr verdienen. Aus diesem Grund sollten wir besonders beachten, was auch immer geschieht, daß wir die Bedrückungen, die diesem Teil der Welt durch die Teilung Europas auferlegt sind, nie vergessen.

Bogdanow

Wenn Sie Probleme mögen, so darf ich Sie an 1916 erinnern, als Lenin mitten im Ersten Weltkrieg etwas gesagt hat, woran wir jetzt sehr viel denken, daß nämlich menschliche Interessen sehr viel

höher stehen als Klasseninteressen. Dabei hatte er die verheerenden Ergebnisse des Ersten Weltkrieges vor Augen.

Wenn man sich der Existenz von Atomwaffen und der Verletzbarkeit beider Seiten bewußt ist, die uns unter dem nuklearen Schirm alle zu Gleichen macht, überlasse ich es Ihnen, Schlüsse hinsichtlich "kto kovo" zu ziehen und daraus, wie die Dinge stehen. Diese Frage, so ist mein Eindruck, beunruhigt Ihre Seite mehr als unsere. Es gibt darauf eine sehr einfache Antwort. Weisen Sie doch in unserem historischen Wettstreit, der allerdings Krieg und eine Gewaltlösung ausschließt, nach, daß Ihre Gesellschaft besser und effizienter ist. Lassen Sie uns sehen, wer recht hat. Auf jeden Fall hat der nukleare Faktor die Situation grundlegend verändert.

Kaiser

Wir sollten noch einmal auf die Frage zurückkommen, wie sich die Veränderungen, die sich im Ost-West-Dialog in der Sicherheitspolitik abzeichnen - Verifikation vor Ort, Transparenz, neue vertrauensbildende Maßnahmen;- , auf den weiteren Gang der Ost-West-Beziehungen auswirken werden. Welche Probleme müssen vorrangig gelöst werden? Wo gibt es erfolgversprechende Ansätze?

Morel

Ich will versuchen, eine Einschätzung einiger Vorgänge zu geben, die in der letzten Zeit im Rahmen des Rüstungskontrollprozesses zwischen Ost und West stattgefunden haben. Ich werde dabei nicht nur auf die technischen Einzelheiten eingehen, die damit verbunden sind, sondern auch auf ihre politische Bedeutung.

Seit etwa einem Jahr ist die Diskussion über die Prinzipien der Verifikation von Verhandlungen über Modalitäten abgelöst worden. Man diskutiert nicht mehr darüber, ob Verifikation überhaupt akzeptiert werden sollte oder nicht oder ob es lediglich eine neue Spielart von Spionage sei. Jetzt geht es vielmehr um die Frage, wie sichergestellt werden kann, daß Verifikation wirklich funktioniert. Natürlich ist Verifikation immer schon eine Schlüsselfrage im Rüstungskontrollprozeß gewesen, und das wird auch weiterhin der Fall sein. Gleichwohl zeigen die Ereignisse der letzten Monate eine Verschiebung an und weisen darauf hin, daß nun eine neue Phase begonnen hat.

Fortschritte beim INF-Abkommen zum Beispiel hängen natürlich hauptsächlich von der Verifikation ab, ohne die es ein solches Abkommen nicht geben würde. Einer der Wendepunkte in der Diskussion betraf etwa die verbleibenden einhundert Sprengköpfe in Asien.

In diesem Zusammenhang erwähne ich eine weitere Entwicklung, die vielleicht nicht so spektakulär ist, aber einen wichtigen Schritt nach vorne darstellt. Ich meine das Stockholmer Dokument vom September 1986, das vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Gebiet der konventionellen Bewaffnung zum Inhalt hat. Auf französischer Seite messen wir dem besondere Bedeutung bei, zumal es Staatspräsident Giscard d'Estaing war, der auf der ersten UN-Sitzung über Abrüstung im Mai 1978 eine Abrüstungskonferenz in Europa vorgeschlagen hat. Acht Jahre später ist dieser Vorschlag verwirklicht worden.

Die Übereinkunft ist durch eine schwierige Ost-West-Phase hindurchgegangen, aber nicht gescheitert. Die Verhandlungen wurden in Stockholm fortgesetzt und endeten mit der Schaffung eines ersten Rahmens für Inspektionen zwischen den 35 KSZE-Staaten. Alle Mitgliedstaaten sind gehalten, wichtige militärische Aktivitäten und Manöver bekanntzugeben, und zwar in ganz Europa. Damit sind auch der Austausch von Beobachtern und ähnliche Dinge verbunden. Eine Absprache über jährliche Inspektionsquoten erlaubt es jedem Mitgliedsland vor Ort zu überprüfen, ob die von den anderen Signatarstaaten abgegebenen Informationen zutreffen.

Ich sehe darin einen qualitativen Wandel, der dem gesamten KSZE-Prozeß Glaubwürdigkeit verleiht. Das war sicher alles sehr technisch, und die Stockholmer Verhandlungen hatten der Öffentlichkeit keine sehr erregenden Dinge zu bieten. Trotzdem haben sie eine Grundlage für die Inspektionspraxis geschaffen.

Die erste praktische Anwendung der Übereinkunft fand auf Bitten der Amerikaner Ende August in Minsk statt. Alles lief reibungslos und in voller Übereinstimmung mit dem Abkommen - bis hin zu Dingen wie etwa die Verfügbarkeit von Hubschraubern, die vor Ort zur Überprüfung gebraucht werden, um etwa die Anzahl der beteiligten Regimenter und ihre Bewaffnung feststellen zu können und so weiter. In der Folgezeit haben die Engländer in der DDR ähnliche Überprüfungen vorgenommen, und vor kurzem hat die Sowjetunion den Wunsch geäußert, Manöver in der Türkei zu überprüfen.

In der praktischen Handhabung dieses Systems können wir eine Menge lernen. Das kann man sehr gut auf dem Gebiet der chemischen Waffen deutlich machen, wo es sehr in die Länge gezogene Verhandlungen gab, die dem Beobachter sehr technisch oder gar langweilig und hoffnungslos erscheinen mochten, die sich dann aber doch vorwärts bewegten. Wir arbeiten jetzt an einem Text für einen Vertragsentwurf. Wiederum basierte der Fortschritt, der dieses Jahr gemacht wurde, auf der Verifikation, unter Einbeziehung der sogenannten Verdachtskontrollen (challenge-inspection), die als Mittel zur Überprüfung dienen, inwieweit die Absprachen eingehalten werden.

Wenn ich eine persönliche Deutung wagen darf - dabei beziehe ich mich nicht auf Gespräche mit amerikanischen Experten;- , so würde ich sagen, daß die Vereinigten Staaten guten Grund haben, das Stockholmer "challenge-inspection"-Verfahren im Hinblick auf Manöver zu kontrollieren. Es gab eine Fallstudie über Manöver in Belorußland, die für die USA sehr aufschlußreich war, insbesondere als es um das Kleingedruckte beim INF-Abkommen ging, weil es nämlich darum geht, wie das "challenge-inspection"-System in der Praxis wirklich funktioniert. Ich meine, wir befinden uns jetzt in einer Art selbstläufigen Prozeß, der beispielgebend auch für andere Gebiete werden könnte.

Bei den chemischen Waffen müssen wir einen sehr ins einzelne gehenden Ansatz suchen, um eine glaubwürdige "challenge-inspection" auf einem Gebiet sicherzustellen, das an sich nicht verifizierbar ist. Chemische Waffen lassen sich überall, in jeder Düngemittelfabrik herstellen. Eine Verbotskonvention muß also ernsthaft und glaubwürdig sein. Deshalb wurde diese Frage sehr im Detail diskutiert, auch auf der politischen Ebene der Botschafter, ob beispielsweise das Kontrollteam den Bunker betreten darf oder ob es möglich ist, das Vorhandensein chemischer Waffen mit technischen Mitteln von außerhalb des Bunkers eindeutig zu überprüfen und so weiter. Ich will nur deutlich machen, daß dies alles wirklich eingehender Überlegungen bedarf, wobei es nicht um irgendwelche technische Spielereien geht. Aber ich wiederhole: Ohne diese Dinge ist keine Konvention denkbar.

Wir haben also in der jüngsten Vergangenheit sehr interessante Erfahrungen gemacht, die uns weitere Chancen auf dem konventionellen Gebiet eröffnen werden, weil jedermann zustimmt, daß Stockholm als Forum für vertrauensbildende Maßnahmen fortgeführt werden soll in Ergänzung zu anderen Bemühungen, die der Stabilität auf konventionellem Gebiet dienen. Beides hängt miteinander zusammen und ist dennoch verschieden. Je näher man einer Konvention über chemische Waffen kommt, desto mehr wird man erkennen, daß Verifikation die unumgängliche Grundlage dafür ist.

Ogleich das Stockholmer Dokument von September 1986 das erste war, das Verdachtskontrollen einschloß, ist offenkundig, was die politische Bedeutung angeht, daß das künftige INF-Abkommen als Markstein für alle nachfolgenden Rüstungskontrollverhandlungen dienen wird.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung hinzufügen, die die weitere Perspektive auf dem Gebiet der "Transparency" und der "Notification" betrifft. Ich beziehe mich dabei auf meine eigenen praktischen Erfahrungen in den letzten Tagen während meines Besuchs der chemischen Anlagen bei Schikhany; das liegt zwischen Wolgograd und Kuibyschew in Ostmittelrußland. Das war insofern aufregend, als es eines der am meisten geheimgehaltenen Gebiete des sowjetischen Militärsystems plötzlich beleuchtete.

Bis zum März dieses Jahres hatte die Sowjetunion nie zugegeben, daß sie chemische Waffen besitzt. Sie behandelte diese Frage nur sehr allgemein und theoretisch. Natürlich wußte jedermann, daß es chemische Waffen in der Sowjetunion gibt - das war ganz offensichtlich;- , aber es wurde als politische Tatsache nicht anerkannt. Im März dieses Jahres kam plötzlich auf ganz diskrete Weise Bewegung in die Sache. Und von da an ist die Sowjetunion Schritt für Schritt weitergegangen, bis hin zu der recht unerwarteten Einladung durch den sowjetischen Außenminister Schewardnadse bei der Konferenz im August, die Anlage bei Schikhany zu besuchen.

Was wir zu sehen bekamen, war äußerst interessant, aber auch nicht ganz zufriedenstellend. Es war interessant, weil uns von Experten Erklärungen abgegeben und die Prototypen des chemischen Waffenarsenals der Sowjetunion ausführlich gezeigt wurden. Das Ganze war gut organisiert und wurde auch gut präsentiert; es schloß das gesamte Spektrum ein, von den großen Raketen und den vermutlich chemischen Sprengköpfen für die SS 20, bis hin zu Handgranaten mit Reizmitteln für den Nahkampf. Alles in allem wurden uns 19 verschiedene Waffenarten gezeigt, die alle Kategorien chemischer Kampfstoffe beinhalteten. Die Vorführung geschah vor Repräsentanten aus ungefähr 45 verschiedenen Ländern und wurde von Militärs im einzelnen erläutert. Wir konnten auch überall fotografieren, obwohl uns das anfangs untersagt war; aber wenige Stunden bevor wir die Anlage verließen, wurde uns doch die Erlaubnis erteilt. Sie spielten das Spiel wirklich gekonnt.

Als zweites schloß sich eine sachkundige Unterrichtung an. Es gab eine bis ins einzelne gehende Darstellung - die Vertreter aus Genf waren natürlich in Begleitung ihrer Chemie-Experten;- die die Zerstörung einer chemischen Bombe aufzeigte und den Kettenprozeß deutlich machte, den sie als das effektivste Mittel zur Vernichtung ihrer chemischen Waffen ausgewählt hatten. All dies fand statt vor fachkundigen Beobachtern mit Gasmasken, nur fünf Meter von der tatsächlichen Operation entfernt. Konnte man mehr erwarten, wenn man bedenkt, daß vor nur sechs Monaten die sowjetische Position die war, die Existenz chemischer Waffen in der Sowjetunion im Grunde zu leugnen.

Dennoch ist die Situation nicht ganz zufriedenstellend; denn jetzt stellt sich natürlich die Frage nach den Mengen. Man hat uns eine Vielzahl von Beschreibungen gegeben von Charakteristika der verschiedensten Gasarten und so weiter, die in den sowjetischen Arsenalen lagern. Diese Einzelheiten waren für die Experten sicher interessant. Aber wie steht es um die jeweiligen Mengen? Im Augenblick haben wir keine genaue Vorstellung von den sowjetischen Vorräten. Die Schätzungen aufgrund der frei verfügbaren Unterlagen reichen von 100.000 bis zu 700.000 Tonnen. Die nicht zugängliche Literatur wäre vermutlich nicht hilfreicher. Wer kennt also die genauen Zahlen? Wir wissen aus offiziellen Quellen, daß die Vorräte der Vereinigten Staaten bei rund 50.000 Tonnen liegen, und wir kennen auch ihre Zusammensetzung.

Das ist ein Hauptproblem. Kann man ein Abkommen über chemische Waffen schließen, ohne zu wissen, um welche Mengen es sich dabei handelt? Die Sowjets sagen: "Erst unterzeichnen - dann erzählen wir es euch." Dies ist natürlich vor allem ein politisches Problem, und da bedarf es noch weiterer Schritte. Von daher ist die sowjetische Präsentation nicht ganz unproblematisch; denn die Sowjets können jetzt immer sagen: "Wir haben etwas getan, was bisher ohne Beispiel ist. Sie haben alle Auskünfte bekommen. Nun kann es doch kein Hindernis mehr geben, um eine Konvention fast sofort zu unterzeichnen."

Dies führt uns leider zurück zur Frage der Taktik, zu den üblichen Argumenten, die bei Rüstungskontrollverhandlungen verwandt werden. Damit tritt die Frage des Vertrauens wieder in den Hintergrund. Den sowjetischen Organisatoren dieses Besuchs dürfte jedenfalls klar geworden sein, daß damit der Weg zu einem Abkommen nicht abgekürzt wurde. Es war ein nützlicher Schritt in diese Richtung; aber es war erst der Beginn eines Prozesses, der weitere, sehr genaue Überlegungen in verschiedener Richtung einschließt, um am Ende ein Abkommen zu erreichen.

H. Schmidt

Was Sie über die Frage der Verifikation bei SS 20, Pershings und Cruise-Missiles sagten, läßt den Eindruck entstehen, daß das Verifikationsproblem im Hinblick auf INF gelöst ist. Nach meiner Information ist das bislang nicht der Fall. Könnten Sie da etwas deutlicher werden, ohne Geheimnisse zu verraten?

Voigt

Nachdem die Sowjetunion jetzt zugegeben hat, chemische Waffen zu besitzen, und Herr Morel betont, wie wichtig es sei, darüber konkrete Zahlen zu erfahren, möchte ich ihn fragen, wie es denn in diesem Punkt mit Frankreich steht. Hat Frankreich chemische Waffen? Ja oder nein? Wenn ja, wie viele? Als Deutscher bin ich auch sehr daran interessiert zu wissen, wo in Deutschland chemische Waffen gelagert sind und wie viele es sind.

Morel

Was INF betrifft, haben wir keinerlei Zugang zu Einzelheiten der Verhandlungen. Man kann lediglich soviel sagen, die Frage ist in dem Sinne gelöst, daß die prinzipiellen Voraussetzungen für die Handhabung des Vertrages nunmehr festgelegt sind. So ist beispielsweise ein Verfahren vorgesehen, das die Souveränität der stationierenden Staaten betrifft. Es ist rechtlich fixiert, daß auch solche Länder in den Verifikationsprozeß eingreifen können, die keine Signatarmächte der Konvention sind. Status und Rechte der Inspektion sind genau umrissen.

Bei den chemischen Waffen war unsere Position immer ganz eindeutig. Wir haben zur Zeit keine militärisch verwendbaren Vorräte. Wir haben Forschung und Folgeaktivitäten auf diesem Gebiet stets für die chemische Verteidigung betrieben. Für die Zukunft schließen wir die Produktion chemischer Waffen allerdings nicht aus. Wir wollen nämlich nicht in eine Situation geraten, daß Westeuropa keinerlei chemische Waffen besitzt, während die Sowjetunion, auch wenn sie zehn Jahre lang solche Waffen vernichtet, immer noch über einen ungeheuren Vorrat verfügen wird. Wir halten dies für den sicherheitspolitisch entscheidenden Punkt. Deshalb haben wir den Vorschlag eines Sicherheitsvorrats eingebracht.

Ich verstehe, daß dies eine hochsensible Frage für die Bundesrepublik Deutschland ist. Wir haben mit Bonn schon Gespräche aufgenommen und werden sie weiter verfolgen. Das ist auch kein Geheimnis; denn darüber ist öffentlich gesprochen worden, und es ist in das Verteidigungsprogramm für die nächsten fünf Jahre aufgenommen worden, dem mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Frankreichs alle Seiten zugestimmt haben. In dieser Angelegenheit ist die Haltung der KPF nicht ausschließlich von der Frage der chemischen Waffen bestimmt, sondern basiert auf größeren Zusammenhängen.

Sonnenfeldt

Nur eine Bemerkung zur Frage von Helmut Schmidt. Ich meine, die Fragen der INF-Verifikation sind bisher nicht im einzelnen geklärt. Die Prinzipien sind klar, aber es bedarf noch eines unglaublichen Arbeitsaufwandes, um das alles in die Vertragssprache zu übersetzen. Bei der Verifikation stellt sich insbesondere die Frage, wie man nach Erreichung der Nullgrenze weiterverfahren soll, vor allem was die regelmäßige Inspektion der Produktionsanlagen angeht. Es gibt einige amerikanische Vorschläge für Verdachtskontrollen.

Das Problem des Vertragsentwurfs in Genf, so wie ich es sehe, besteht darin, daß es diesmal nicht möglich sein wird, eine Reihe ungelöster Einzelheiten einer Kontrollkommission zu überlassen, wie man das 1972 beim ABM-Vertrag und bei den SALT-Verhandlungen getan hat. Der amerikanische Senat wird kaum einen Vertrag unterzeichnen, der nicht jede Einzelheit des ausgehandelten Vertrags durchbuchstabiert.

Bei den chemischen Waffen ist es letztlich die Frage, ob es genügend Vertrauen gibt, daß alle diese Waffen wirklich beseitigt werden. Denn eines der Probleme dabei ist, ob es im Konfliktfall nötig sein wird, die Truppen mit anti-chemischen Mitteln auszurüsten, was die Bewegung der einzelnen Soldaten erheblich erschwert, weil sie dann die schweren Anzüge, Gasmasken und so weiter tragen müssen.

Udgaard

Herr Kaiser hat nach den möglichen Entwicklungen der Zusammenarbeit in der Zukunft gefragt. Ich möchte in dem Zusammenhang auf den Norden Europas hinweisen, wo die Probleme, mit denen wir dort konfrontiert sind, vor allem im geographischen Sinne, ganz andere Dimensionen haben als in Mitteleuropa.

In Nordeuropa finden wir die längste nicht festgelegte Grenze zwischen Ost und West in Europa - die norwegisch-sowjetische "Ressourcen-Grenze", die in der Barentssee gezogen werden soll. Diese Grenze erstreckt sich von der Küste, durch die Barentssee, an Spitzbergen vorbei und in Richtung Nordpol. Die Länge macht ungefähr 1750 km aus und entspricht der Entfernung vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee - also der gesamten sowjetischen Grenze zu Zentraleuropa.

Hinzu kommt das umstrittene Gebiet hoch im Norden, zwischen den norwegischen und den sowjetischen Grenzvorschlägen; die sowjetische Position bezieht sich auf die zur Zeit Stalins gezeichneten Karten. Das umstrittene Gebiet umfaßt 155.000 Quadratkilometer, was mehr als der Hälfte des Gebietes beispielsweise der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Das dritte "geographische" Problem betrifft die enorme Entwicklung, die seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Halbinsel Kola stattgefunden hat, wo die Bevölkerung heute mehr als eine Million beträgt. Im Jahre 1928 zählte sie 27.000 Menschen; allein der Zuwachs in den siebziger Jahren lag bei 200.000 - beinahe soviel wie die Gesamtbevölkerung in den zwei nördlichen Provinzen Norwegens ausmacht.

Über die Grenzlinie hat Norwegen mit den Russen seit nahezu 15 Jahren Gespräche geführt. Erstmals haben die Russen im Dezember 1986, als sich der norwegische Ministerpräsident mit Gorbatschow traf, zugestanden, daß es sich um ein umstrittenes Gebiet handelt. Vor einem Monat hat der sowjetische Außenminister Schewardnadse dem norwegischen Außenminister bei der UNO gesagt, die Sowjetunion sei zu einem Kompromiß über diese Grenzlinie bereit. Im Januar 1988 wird Ministerpräsident Ryschkow einen offiziellen Besuch in Schweden und Norwegen abstaten.

Dann gab es Anfang Oktober die Rede von Gorbatschow in Murmansk, wo er in aller Breite an die skandinavischen Länder appellierte, mit der Diskussion über eine atomwaffenfreie Zone voranzukommen. Er schlug Gespräche zwischen den Bündnissen vor über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zur See, außerhalb des nördlichen Norwegen in der norwegischen See, in der Nordsee und in Teilen des Atlantiks - aber nicht in der Barentssee. Die nordischen Länder, Kanada und die Sowjetunion sollten in einer Art von "Arktischem Kooperationsrat" zusammenkommen, um die Probleme der arktischen Region generell zu diskutieren.

Gestern und heute schließlich besucht der finnische Präsident Koivisto offiziell die Sowjetunion. All dies weist auf verstärkte diplomatische Aktivitäten im Norden hin über Fragen, die zu den wichtigsten ungelösten Problemen in Europa gehören.

Wenn wir nach Themen suchen, in denen sich während der nächsten Monate Veränderungen abzeichnen könnten, dann sollten wir die Entwicklung im Norden sehr genau beobachten.

Karaganow

Zunächst wage ich, einem Staatsmann, den ich bewundere und respektiere, nämlich Kanzler Schmidt, darin zu widersprechen, daß wir uns so durchwursteln sollten. Darauf sollten wir nicht setzen. Ich würde eher dafür plädieren, einen wirklichen Durchbruch zu versuchen, statt uns durchzuwursteln. Ich meine, es bestehen jetzt gute Möglichkeiten, die politische und militärische Lage in Europa zu verändern.

Worin bestehen diese Möglichkeiten? Erstens wird das INF-Abkommen eine Reihe von Impulsen auslösen - allerdings nicht in den Vereinigten Staaten. Dort dürfte die Reaktion eher negativ sein und könnte sogar eine Welle des Antisowjetismus zur Folge haben. Aber in Europa wird sich der Impuls positiv auswirken.

Zweitens ist ein neuer Faktor in der europäischen Politik hineingekommen, nämlich Gorbatschow und seine Offenheit und Bereitschaft zum Kompromiß.

Drittens: Die Sowjetunion hat endlich eingesehen, wie stark sie selbst ist. Viele Jahre lang haben wir uns als Unterlegene gefühlt, möglicherweise eine zu lange Zeit. Wir haben jetzt zumindest begriffen, daß es ein Gleichgewicht gibt und wir einen gewissen Sicherheitsspielraum erreicht haben. Deshalb sind wir auch zu drastischen Einschnitten auf militärischem Gebiet bereit, weil wir jetzt ein Sicherheitspolster haben.

Viertens: Die Vereinigten Staaten sind sich ihrer selbst sicher, und wir sind darüber froh. Ich bin nicht der Meinung, daß sie im Vergleich zur Sowjetunion militärisch stärker sind als früher. Aber wenn die US-Regierung und die Menschen in den Vereinigten Staaten das glauben, so ist es mir recht.

Fünftens: Die Sowjetunion ist bereit, die Ausgaben zu beschneiden; die Europäer wollen das auch und haben bereits damit angefangen. Auch die Amerikaner werden ihre Ausgaben reduzieren müssen. Das bedeutet, früher oder später werden wir alle unsere Streitkräfte und die Kampfbereitschaft verringern. Die Amerikaner müßten im konventionellen Bereich entsprechend ihre Kampfbereitschaft um 30 bis 35 Prozent und ihre Streitkräfte um 20 bis 35 Prozent verringern. Dazu sind sie offenkundig zur Zeit nicht bereit. Damit wäre aber die Möglichkeit gegeben, die Streitkräfte und die militärische Präsenz zu reduzieren und langfristig die Kosten zu senken.

Des weiteren gilt es, das Problem der Verifikation politisch zu lösen. Es gibt immer Kleingedrucktes. Wie Sie wissen, sind wir bei den Genfer Gesprächen und beim Besuch von Schewardnadse für eine weiterreichende Verifikation eingetreten, als den Vereinigten Staaten lieb war. Aber wir haben hier eine politische Entscheidung getroffen, wie immer sich das für uns auswirken wird. Ich meine, es besteht in den kommenden Jahren die Möglichkeit, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen. Vielleicht kommt es zu einschneidenden Truppenreduzierungen und dem Abbau der militärischen Präsenz der beiden Großmächte, ob diese Einschnitte nun gleichgewichtig sind oder nicht; auch die westliche Seite müßte dazu bereit sein.

Die östliche Seite schlägt Reduzierungen auf einer kooperativen Grundlage vor. Das muß nicht unbedingt vertragsmäßig geschehen, kann aber durch Vertrag und gegenseitiges Beispiel zugleich erfolgen. Wenn man diesen Weg einschlägt, muß man natürlich sowohl beim nuklearen als auch beim konventionellen Niveau ansetzen. Man kann sich nicht nur auf einen Bereich beschränken, aus dem einfachen Grund, weil im Falle einer drastischen Reduzierung bei den konventionellen Streitkräften die nukleare Bedrohung wächst. Denn die konventionellen Truppen und Panzer werden von beiden Seiten überwiegend benötigt, um der atomaren Bedrohung zu begegnen. Die Dinge müssen sich auf dem einen wie auf dem anderen Gebiet bewegen.

Wenn wir diese Gelegenheit politisch nutzen, könnten wir einen Impuls geben für eine neue Öffnung in Europa. Bislang haben wir nur darüber nachgedacht, wie die bestehenden Unterschiede überwunden werden können und haben uns dabei gegenseitig noch als potentielle Feinde betrachtet. Wenn wir wirklich etwas ändern, werden wir uns allmählich als echte Partner sehen.

Das wird auch Möglichkeiten auf kulturellem Gebiet und bei den zwischenmenschlichen Beziehungen eröffnen. Es ist schon eine Tragödie, daß der einzige sowjetische Schriftsteller, der im Westen bekannt ist, Solschenizyn ist, und zwar weil er antisowjetisch eingestellt ist. Bei allem Respekt vor

seinem Talent gehört er nicht in die erste Reihe der talentiertesten sowjetischen Schriftsteller. Umgekehrt ist es ein Trauerspiel, daß jemand wie Heinrich Böll, der mein europäischer Lieblingsschriftsteller ist, in der Sowjetunion offiziell abgelehnt wird, nachdem er uns kritisiert hatte und damit zum anderen Lager gehört. Hier könnten in der Tat neue Möglichkeiten eröffnet werden.

Wenn wir bei den militärischen Problemen nicht vorankommen, dürfte es sicher 15 Jahre dauern, bis wir eine größere Zusammenarbeit erlangen. Aber wenn wir einige der militärischen Probleme lösen, könnten wir diese Stufe vielleicht schon in fünf Jahren erreichen.

Grunert

Das Thema unserer Beratung lautet "Zusammenarbeit und Vertrauensbildung. Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen". Zeitweilig hatte es den Anschein, als stünde hier vor allem Perestroika auf dem Prüfstand. Die emotional geprägten Ausführungen von Herrn Bogdanow, die als so faszinierend und so sensationell charakterisiert wurden, fand auch ich beeindruckend, aber sensationell waren sie nicht. Wer die sowjetischen Veröffentlichungen in der letzten Zeit verfolgt hat, weiß, daß dort in vielen Aspekten noch über das hinausgegangen wird, was Herr Bogdanow hier gesagt hat. Daran wird deutlich, daß sich tatsächlich außerordentlich vieles verändert.

Bei aller positiven Resonanz, die das auch in diesem Kreis gefunden hat, gibt es natürlich in der Beurteilung erhebliche Unterschiede. Herr Altmann beispielsweise meint, das Ende des Sozialismus erkennen zu können. Offenbar versteht er unter Sozialismus die Kombination aller Fehler, die bisher gemacht wurden. Demgegenüber möchte ich betonen: Das, was wir heute erleben, ist eher die Rückbesinnung auf die wahren Werte des Sozialismus. So hat Gorbatschow gegenüber französischen Besuchern kürzlich deutlich gemacht, daß die Oktoberrevolution nicht die Negierung der französischen Revolution bedeutet, sondern ihre Fortführung und Weiterentwicklung.

Andere Meinungen schienen mir darauf hinauszulaufen, daß das neue Denken sicher für die Sowjetunion gut sei, aber der Westen habe so etwas nicht nötig, denn, wie Herr Ruhe sagte, im Westen habe man ja immer schon neu und alternativ gedacht. Dem möchte ich zum Beispiel Ihre Haltung zur nuklearen Abschreckung entgegenhalten, die keineswegs von einem neuen Denken Zeugnis gibt. Im Grunde können die Verteidiger der nuklearen Abschreckung nur ein einziges Argument anführen, nämlich, daß bisher alles gutgegangen ist. Aber wie schnell kann sich das ändern. Das Festhalten an der Politik der Abschreckung bedeutet doch ein Bekenntnis zur Fortführung des Rüstungswettlaufs. Wirksam abschrecken kann man nur, wenn man diese Abschreckung jeden Tag aufs neue glaubhaft macht. Das heißt, man muß auf jede neue waffentechnische Entwicklung sofort reagieren. Diese Haltung birgt außerdem die immer größer werdende Gefahr in sich, daß ein ungewollter Krieg durch irgendeinen Zufall ausgelöst werden kann.

Auch der Kernwaffensperrvertrag wird auf diese Weise immer unglaubwürdiger; denn die Nicht-Weiterverbreitung ist doch nicht zuletzt an die Verpflichtung der Kernwaffenmächte gebunden, ihre Waffen zu reduzieren und schließlich zu beseitigen. Glauben wir wirklich, daß die Weiterverbreitung auf Dauer verhindert werden kann, wenn die kernwaffenbesitzenden Staaten ihrer Verpflichtung nicht gerecht werden?

Schließlich bedeutet das Festhalten an der Politik der Abschreckung, an die Ewigkeit der Kernwaffen zu glauben. Ich meine, wir können es uns nicht erlauben, diesem Glauben weiter anzuhängen.

Dann hieß es hier, die Sowjetunion müsse ihre ehrlichen Absichten beweisen. Nun, ich bin der Meinung, solche Beweise sind bereits in reichem Maße gegeben worden, und das wird in Zukunft noch verstärkt der Fall sein. Aber auch wir haben das Recht, nach der Ehrlichkeit bei Ihnen zu fragen. In welchem Maße meint es der Westen ehrlich mit der Abrüstung, etwa mit dem Abschluß des Mittelstreckenvertrages? Herr Sonnenfeldt hat eben auf die Hindernisse und Schwierigkeiten hingewiesen, die es beispielsweise in den Vereinigten Staaten gibt, indem er die Vollmacht des Senats erwähnte. Wir erinnern uns ja noch alle an das Schicksal von SALT II.

Des weiteren frage ich, ob der Westen das Mittelstreckenraketenabkommen als einen Einstieg in eine echte Abrüstungsphase betrachtet - oder sieht er darin bereits das Ende, die letzte Konzession auf diesem Gebiet? Ich kann auch nicht verhehlen, daß uns die Ablehnung der offiziellen Stellen des Westens zu kernwaffenfreien Zonen, zu militärisch verdünnten Korridoren, irritiert. Ich meine also, auch wir haben Grund, nach der Ehrlichkeit zu fragen.

Lassen Sie mich mit einem vielleicht utopisch klingenden Gedanken schließen, aber die Utopie ist hier ja verschiedentlich positiv erwähnt worden. Neues Denken verlangt auch, daß in der Politik Moral und Handeln nicht mehr als Gegensätze gesehen werden. Ich möchte eine Lanze brechen für mehr Redlichkeit in der Politik. Wir alle kennen den unheilvollen Satz "right or wrong, my country". Ein

amerikanischer Admiral hat 1816 diesen Ausspruch zum ersten Mal getan. Und "country" läßt sich ohne weiteres durch "Ideologie", "Rasse", "Religion" und anderes ersetzen. Wir müssen Schluß machen mit einer Haltung, die die Verletzung moralischer Werte dann erlaubt, wenn es um die sogenannten "heiligen Dinge" geht. Der gute Zweck heiligt nicht die schlechten Mittel. Jede gute Sache nimmt Schaden, wenn das versucht wird.

Vor 200 Jahren hat Lessing seinen "Nathan" geschrieben. Es ist an der Zeit, daß wir uns auf die in der Ring-Parabel ausgedrückte Weisheit zurückbesinnen: Nur das Beispiel kann den Beweis erbringen, wer recht hat. Vielleicht sagen Sie, Redlichkeit in der Politik sei eine Utopie. Aber die Welt ist so zerbrechlich geworden, daß wir uns nicht mehr weiter so verhalten können, als befänden wir uns im Dschungel. Ich bin optimistisch, daß wir es lernen, in zivilisierter Weise miteinander umzugehen - dieser Gesprächskreis ist ein Beitrag dazu -; denn unser Leben hängt davon ab.

Heigert

Wenn mich nicht alles täuscht, verhielt es sich mit dem amerikanischen Admiral so: Ihm wurde Unrecht getan; er wurde gefeuert. Daraufhin hat er gesagt: "Ob mir nun Recht oder Unrecht geschehen ist - my country." Das war also kein Akt der Heuchelei. Vielleicht ein europäisches Mißverständnis.

Kiss

Ich möchte drei Punkte aufgreifen, die bisher kaum zur Sprache gekommen sind. Erstens internationale Politik und den Sprachgebrauch. Zweitens Identität und Sicherheit und drittens die Interpretation der doppelten Null-Lösung aus ungarischer Sicht.

Zum ersten möchte ich Sie auf eine gewisse Konvergenz im östlich-westlichen Sprachgebrauch aufmerksam machen. Die Semantik sollten wir nicht außer acht lassen; denn sie hat mit der internationalen Perzeption der Sicherheit viel zu tun. Seit Mitte der 60er Jahre ist das Wort "Entspannung" - "détente" tief in der internationalen Politik verwurzelt. Mitte der 70er Jahre begann die amerikanische Politik, diesen Begriff mehr und mehr auszuschalten, während man in Westeuropa anfangs von "echter", "realer" Entspannung zu sprechen. Demgegenüber wurde auf östlicher Seite die "militärische" Entspannung stärker als Ergänzung der "politischen" Entspannung akzentuiert.

Nach dem NATO-Doppelbeschluß wurde der Begriff "Frieden" stark betont, während gleichzeitig der Begriff "Sicherheit" als konservativ und zu status-quo-orientiert abqualifiziert wurde. Gegenwärtig ist jedoch eine gewisse Konvergenz zwischen Ost und West hinsichtlich des Sprachgebrauchs zu beobachten. So kann man in der neueren sowjetischen Literatur feststellen, daß der Begriff "Sicherheit" sehr viel häufiger Verwendung findet als der Begriff "Entspannung". Anstelle von "détente" ist mehr von "comprehensive security" die Rede. Das ist eine interessante Entwicklung; denn damit wird der Sicherheitsbegriff jetzt sowohl vom Osten als auch vom Westen in den Vordergrund gestellt. In diesem Bereich ist also mehr Konsens zu erwarten.

Meine zweite Bemerkung hat mit dem Komplex Identität und Sicherheit zu tun. Um die Sicherheitsbedürfnisse zu definieren, muß man sich auch darüber im klaren sein, um welche Identität es geht. Wer ist der Feind? Von woher droht die Gefahr? Was ist der Kern der systembezogenen Identität, die verteidigt werden muß? Interessanterweise fallen Überlegungen hinsichtlich einer gesamteuropäischen Identität zeitlich mit dem Nachdenken über die regionale beziehungsweise teileuropäische Identität zusammen. Das heißt, neben der gesamteuropäischen Identität hat gleichzeitig die regionale und sub-regionale Identität an Bedeutung gewonnen. Auch die Systemidentität wird betont; beispielsweise ist die Rede von der Notwendigkeit, den Sozialismus zu modernisieren. Identität und Sicherheit sind also stark miteinander verknüpft.

Meiner Ansicht nach ist der Hauptträger der gesamteuropäischen Identität der KSZE-Prozeß. Das ist ein multilateraler Rahmen für die gesamteuropäische Kooperation und eine Legitimationsbasis auch für die Entwicklung bilateraler Beziehungen zwischen Ost und West. In diesem Bereich kommt auch der Stockholmer Konferenz eine große Bedeutung zu im Hinblick auf die Frage, auf welche Weise es gelingen kann, die gesamteuropäische sicherheitspolitische Perzeption objektiver zu machen und die gesamteuropäischen "Sichtverhältnisse" zu verbessern.

Mein dritter Punkt behandelt die doppelte Null-Lösung aus ungarischer Sicht. Wie Sie wissen, werden weniger als vier Prozent des Gesamtarsenals der beiden Weltmächte an Atomwaffen verschrottet, wenn die INF-Vereinbarung in Kraft tritt; das ist also nur ein kleiner Teil. Dennoch kommt dieser Vereinbarung eine enorme politische Bedeutung zu. Zum einen kommt darin die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten zum Ausdruck. Zum anderen geht es

darum, daß damit die Glaubwürdigkeit der Abrüstung beziehungsweise der Rüstungskontrollpolitik wiederhergestellt wird. Bekanntlich wurde ja die Rüstungskontrollpolitik sowohl von der konservativen als auch von der linken Seite stark kritisiert, weil sie nur als Vehikel für eine Verstärkung der qualitativen Rüstung diene. Die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Abrüstungspolitik ist auch ein wichtiger Abrüstungsschritt. Schließlich könnte diese Vereinbarung eine Etappe auf dem Wege zu einer neuen Struktur der ost-westlichen Kooperation in den 80er, mehr noch in den 90er Jahren darstellen.

Ein Wort noch zu den Militärdoktrinen. Jeder Abrüstungsschritt berührt die Funktionsfähigkeit der jeweiligen Militärdoktrinen, sowohl im Westen wie im Osten. Aus diesem Grunde ist die sowjetische Bereitschaft zu einem Vergleich der Militärdoktrinen von Bedeutung. Herr Bogdanow hat diesen Punkt betont. Was die Doktrin des Warschauer Paktes angeht, so besteht hier ein gewisser innerer Widerspruch, als der politisch defensive Charakter dieser Doktrin mit einer - geschichtlich bedingten offensiven Dislokation der militärischen Kräfte verbunden ist. Herr Bogdanow wies daraufhin, daß die Sowjetunion Zeit und Geld braucht, um ihre militärischen Kräfte umverteilen zu können.

Blackwill

Obleich die Vereinigten Staaten gewiß pluralistisch sind, wäre ich überrascht, wenn ein INF-Vertrag bei uns eine Welle von Antisowjetismus auslösen würde, wie Herr Karaganow meinte. Ich glaube jedenfalls nicht, daß das geschehen wird. Zum anderen möchte ich in Erinnerung rufen, daß es die sowjetische Invasion in Afghanistan war, die den SALT-II-Vertrag scheitern ließ.

Ich möchte einige Bemerkungen zu den Ausführungen von Pierre Morel über Verifikation und politische Vertrauensbildung machen. Ich stimme ihm zu, daß der Wandel auf Seiten der Sowjetunion in diesem Punkt dramatisch und begrüßenswert war. Innerhalb von 24 Monaten - von Stockholm über das INF-Abkommen, die chemischen Waffen bis hin zur Frage der Atomtests haben wir die dramatischsten Veränderungen in der Nachkriegsperiode auf seilen der Sowjets erlebt. Deshalb verstehe ich die sowjetische Position, die besagt, "wir haben diese enormen Veränderungen vorgenommen und alles, was der Westen tut, ist, immer nur noch mehr zu verlangen".

Ich fürchte, das genau ist die Position. Obwohl, wie Herr Karaganow gesagt hat, die politische Entscheidung hinsichtlich Verifikation in der Sowjetunion getroffen worden ist, muß dieses Thema in den einzelnen Abkommen erledigt werden. Sowohl im Osten wie im Westen stellt sich das als ein sehr verwickelter und schwieriger Prozeß dar.

Was mir in diesem Zusammenhang auffällt, ist, daß die Sowjetunion, obwohl sie von alten Positionen in den übrigen Bereichen der Rüstungskontrolle abrückt, bei der konventionellen Rüstungskontrolle hinterherhinkt. Es ist der einzige wichtige Rüstungskontrollbereich, auf dem die Sowjets bis jetzt einer Vor-Ort-Inspektion durch Verdachtskontrollen nicht zugestimmt haben. Vielleicht handelt es sich ja nur um eine Zeitverzögerung, und wir können auch hier auf einen Wandel hoffen.

Ich möchte noch einen anderen wichtigen Punkt erwähnen, der aus den Bemerkungen von Herrn Bogdanow folgt. Der Zweck der Vor-Ort-Inspektion ist es natürlich, Informationen zu verifizieren, die bereits vorher ausgetauscht wurden. Die nächste Stufe in den Diskussionen über Transparenz und politisches Vertrauen in Europa betrifft eine sehr viel größere Bereitschaft seitens der Staaten des Warschauer Vertrags, insbesondere der Sowjetunion, um die Struktur ihrer Streitkräfte und militärischen Kapazitäten aufzuhellen. Nebenbei gesagt, auch nicht jedes NATO-Land wird sich leicht damit tun, obgleich die NATO-Länder, die an diesem Tisch vertreten sind, hier bereits zugestimmt haben. Ich sage das, weil ein Abkommen über konventionelle Verifikation bei der Rüstungskontrolle eine ausgesprochen schwierige Aufgabe ist. Beide Seiten werden sehr hart daran arbeiten müssen, um hierfür einen vernünftigen Weg zu finden.

Wenn man zum Beispiel an den östlichen Vorschlag denkt, auf beiden Seiten 100.000 Mann abzuziehen, so möchte ich nur darauf hinweisen, daß auf dem Gebiet vom Atlantik bis zum Ural so etwa 5,8 Millionen Mann verbleiben würden. Es bedarf einer erheblichen Anstrengung, um sicherzustellen, daß diese Zahlen in Übereinstimmung mit dem Vertrag konstant bleiben. Es gibt auf beiden Seiten rund 75.000 Panzer in dem genannten Gebiet, das zehnmal so groß ist wie die mitteleuropäische Zone. Dies ist ein außerordentlich schwieriges Problem; denn es wird Diskrepanzen geben zwischen Qualität und Genauigkeit der Verifikation und dem, was die jeweilige Gesellschaft an Offenheit zu tolerieren bereit ist. Ich glaube nicht, daß irgendeines unserer Länder willens ist, eine permanente und totale Einblicknahme hinzunehmen. Die Frage ist also: Wie kann man ein politisch akzeptables Verifikationssystem finden, das ein gewisses Vertrauen rechtfertigt, daß das Abkommen eingehalten wird?

Noch ein kurzes Wort zu neuem Denken und Vertrauensbildung. Jeder hier im Raum sollte sich engere Ost-West-Beziehungen in Europa wünschen. Aber engere politische, ökonomische und militärische Beziehungen sind nicht vereinbar mit jenem schwarzen Schleier des Geheimnisses, den die Organisation des Warschauer Vertrages über ihre Streitkräfte und militärischen Einrichtungen breitet. Vielleicht überdenkt ja der Osten - insbesondere Moskau - mit der Zeit diese Frage. Es hat bereits Anzeichen gegeben, daß die Sowjetunion mehr Transparenz herstellt. Das würde die Ost-West-Beziehungen in Europa in der Tat voranbringen.

Körmendy

Ich stimme voll damit überein, daß ein Abkommen über die Null-Lösung einen Durchbruch bringen kann. Ich stimme auch zu, daß ein solcher Durchbruch eher eine politische und psychologische Bedeutung haben wird, als eine militärische, obgleich ich die stabilisierende Wirkung, die von einer doppelten Null-Lösung auf das strategische Gleichgewicht ausgeht, nicht verkenne.

Auch mit Kanzler Schmidt stimme ich in vielen Punkten überein, was für die nächste Zukunft auf der Tagesordnung der Rüstungskontrolle steht. Die Aussichten auf eine fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Waffen und ein sinnvoller Kompromiß bei der SDI-Forschung würden es uns ermöglichen, die ABM-Regelung zu sichern und ein für beide Seiten zufriedenstellendes Gleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften im Rahmen der Ost-West-Beziehungen zu erreichen. Die meisten dieser Maßnahmen, zumindest die fünfzigprozentige Reduzierung und ein sinnvoller Kompromiß bei SDI, erfreuen sich breiter Zustimmung, auch in Westeuropa und im US-Kongreß.

Was die westeuropäische Reaktion auf ein Abkommen über die doppelte Null-Lösung angeht, so hat niemand, der die Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses kennt, in Westeuropa viel Begeisterung erwartet. Gleichwohl haben wir hier in Osteuropa den Eindruck, daß viele Menschen, auch Experten in Westeuropa, einschließlich der politischen Parteien, auf ein solches Abkommen betroffen und eher reserviert reagieren. Westeuropa ist offensichtlich dabei, sich auf die Fragen zu konzentrieren, die zu den empfindlichsten des Atlantischen Bündnisses gehören wie etwa Ankoppelung, Lastenaufteilung und dergleichen.

Es ist interessant, diese Art Reaktion auf das Abkommen der doppelten Null-Lösung und die damit eröffneten Aussichten mit der Reaktion in Osteuropa zu vergleichen. Hier ist das Interesse an europäischer Rüstungskontrolle, die sowohl die atomaren Gefechtsfeldwaffen als auch die konventionelle Rüstung einbezieht, neu belebt worden. Die meisten, wenn nicht alle osteuropäischen Länder bemühen sich um regionale oder breitere Abkommen und versuchen, Möglichkeiten herauszufinden, um bei der Rüstungskontrolle voranzukommen. Der Budapester Appell dient für diese Überlegungen und Bemühungen weiterhin als ein breiter Bezugsrahmen. Er schafft dafür Richtlinien und gemeinsame Zielsetzungen. Außerdem ist man bemüht, in diesem weiten Bezugsrahmen einige spezifische Teillösungen einzubringen.

Ich übertreibe vielleicht nicht, wenn ich in dieser Hinsicht von einer Art Pluralismus in Ost- und Mitteleuropa spreche, der im Gegensatz zu den westlichen Reaktionen auf die gegenwärtige Situation zu stehen scheint. Ich wage nicht, einen ähnlichen oder mehr Pluralismus bei Ihnen anzuregen, aber mehr als nur eine einzige Reaktion in Westeuropa würde ich schon befürworten. Die meisten westlichen Autoren, die heutzutage über Rüstungskontrolle und Ost-West-Beziehungen schreiben, plädieren für eine einheitliche westliche Haltung in diesen Fragen. Dennoch ist gerade in Westeuropa mehr Phantasie gefordert, um zu erkennen, welche Aussichten die gegenwärtige Situation bietet und was insbesondere auf konventionellem Gebiet erreicht werden kann.

Dann ein Wort zu den Verhandlungsprioritäten und zu den Punkten, die auf der Tagesordnung der Rüstungskontrolle stehen. Eine etwas sorgfältigere Lektüre des Budapester Appells würde sicher einige Fragen beantworten, die Herr Blackwill gestellt hat. Ich denke, wir sind um diesen Tisch einig, daß der Rüstungskontrolle auf konventionellem Gebiet Priorität zukommt. Herr Blackwill, mir ist nicht klar, ob Sie unsere Prioritäten ganz richtig verstehen. Sicher, wir haben vorgeschlagen, taktische Atomwaffen im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle zu behandeln, aber das sollte uns nicht davon abhalten, in sinnvolle Verhandlungen einzutreten. Einer der möglichen Auswege aus der gegenwärtigen Sackgasse, in der wir auch in Wien bei unseren konventionellen Abrüstungsgesprächen stecken, besteht darin, daß wir Kurzstrecken- und doppelt verwendungsfähige Systeme im Hinblick auf ihre konventionelle Qualität mit einbeziehen. Auch das könnte den Westeuropäern und dem Westen insgesamt helfen, die Kurzstreckensysteme loszuwerden. Es ist auch noch eine andere Lösung denkbar. Und ich bin zuversichtlich, daß eine Lösung gefunden wird.

Ich will aber auch noch auf einen anderen Punkt hinaus. Wir sind uns der Implikationen der doppelten Null-Lösungsoption für den Westen insgesamt sehr bewußt. Wir wissen um die westlichen Bedrohungsvorstellungen, um die westliche Strategie und so weiter. Obwohl wir nach wie vor den vollständigen Abzug der Atomwaffen anstreben, ist das im Augenblick keine unmittelbare Zielsetzung. Vor allem ist es keine Vorbedingung, um in ernsthafte Verhandlungen über gegenseitige Abrüstung auf konventionellem Gebiet einzutreten. Deshalb pflichte ich Herrn Karaganow in dem bei, was er zur "flexible response" gesagt hat. Wir sollten den Westen nicht auffordern - und wir tun das auch nicht;- , diese Strategie aufzugeben, bevor die Verhandlungen über ein Gleichgewicht auf konventionellem Gebiet begonnen haben.

Was die Verhandlungsziele angeht, hat Herr Ruhe auf die Ungleichgewichte hingewiesen, die nach seiner Ansicht abgebaut werden müßten. Er sagte auch, daß der Westen an einer bestimmten Art der "Vorne-Verteidigung" festhält. Es gibt sicher solche Ungleichgewichte, und es ist auch ein legitimes westliches Interesse, beispielsweise einen Teilabzug bei den "kampfscheidenden Großgeräten" zu erreichen, also bei jenen Waffenkategorien, bei denen wir ein Übergewicht besitzen. Wir haben nichts dagegen, wenn der Westen dieses Ziel bei den Verhandlungen anstrebt. Wir haben natürlich unsere eigenen Interessen im Auge. Aber wenn wir die Verhandlungen auf den Abbau dieser Ungleichgewichte begrenzen, so kann ich nicht sehen, welcher Vorteil darin für Osteuropa liegen soll, für die Sowjetunion ganz zu schweigen.

Unabhängig von den Ungleichgewichten, die auf beiden Seiten bestehen mögen, müssen wir eine anspruchsvollere gemeinsame Zielsetzung ausfindig machen, wie das konventionelle Gleichgewicht in Europa langfristig aussehen sollte. Ich stimme Herrn Voigts Ansicht zu, daß das gegenwärtige Machtgleichgewicht in Europa dysfunktional ist. Da sich beide Bündnisse ausschließlich zu defensiven Zielen bekennen, ist die Beibehaltung großer konventioneller Streitkräfte, eng verbunden mit einer ungeheuren Anzahl taktischer und anderer Atomwaffen, nicht zu rechtfertigen. Es wird zunehmend schwerer werden, sie politisch und finanziell aufrechtzuerhalten. Im Zusammenhang mit den letzten Bemerkungen von Herrn Karaganow möchte ich hinzufügen, daß mehr als 40 Jahre nach dem Krieg die Präsenz von 326.000 amerikanischen Soldaten in Europa - und glasnost wird uns bald gestatten, sehr genau zu sagen, wie viele sowjetische Truppen in Europa stehen - auf Dauer nicht zu rechtfertigen ist.

Meine Schlußfolgerung ist: Wir sollten nicht drei, vier Jahre warten, bis Westeuropa die Überzeugung gewinnt, daß glasnost, oder besser: der überfällige soziale und ökonomische Modernisierungsprozeß in Osteuropa sich fortsetzen wird und es sicher ist, daß der Prozeß politisch durchgehalten wird. Wir haben jetzt eine gute Gelegenheit, um zu einem gegenseitig akzeptablen und zufriedenstellenden Zustand des europäischen Gleichgewichts voranzugehen.

Ruhe

Die Haltung der Westeuropäer zur doppelten Null-Lösung ist hier nicht präzise wiedergegeben worden. Ich würde es so formulieren: Es gibt Genugtuung, aber keine undifferenzierte Begeisterung. Genugtuung besteht darüber, daß jetzt auf dem Verhandlungswege, nicht zuletzt durch westliche Festigkeit, ein sowjetisches Monopol beseitigt wird. Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen das für uns hat, wird von dem weiteren Prozeß abhängen.

Ich will Ihnen kurz sagen, wann ich bereit wäre, auch in undifferenzierte Begeisterung auszubrechen.

Erstens: Bei Kurzstreckenraketen unter 500 Kilometern Reichweite besteht derzeit ein Verhältnis von 88 auf westlicher zu 1300 auf östlicher Seite. Dieses Thema geht vor allem die Deutschen an. Ist der Warschauer Pakt bereit, einseitig auf 88 herunterzurüsten? Dann würde eine Minimalabschreckung auf beiden Seiten bestehen.

Zweitens: Konventioneller Bereich. Wann ist der Warschauer Pakt bereit, etwa in seiner ersten strategischen Staffel, die Anzahl der Panzer, Artillerie, auf die Zahl zu reduzieren, die es auf westlicher Seite gibt?

Drittens: Strategische Systeme. Reduktion um 50 Prozent.

Wenn alles das eintritt, bin ich bereit, in eine völlig undifferenzierte Begeisterung über das INF-Abkommen auszubrechen. Zur Zeit beschränke ich mich auf Genugtuung und die Entschlossenheit, weiterhin daran zu arbeiten, daß der Prozeß nicht stehenbleibt.

Voigt

Herr Rühle, diese Forderungen könnte ich durchaus mit Ihnen teilen, aber ein Problem haben Sie unterschlagen. Denn die Kurzstreckenraketen betreffen nicht nur das Verhältnis zwischen Ost und West, sondern auch das innerwestliche Verhältnis. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, müssen wir sagen, daß es bei der nächsten Phase der Abrüstungspolitik neben den traditionellen Konflikten zwischen Ost und West auch in Westeuropa selbst Differenzierungen in der Wahrnehmung eigener Interessenlagen gibt - und eine ähnliche Differenzierung der Wahrnehmung werden wir voraussichtlich ebenso in Osteuropa antreffen.

Politisch geht es darum - das wird auch in dieser Diskussion deutlich;- , daß die östliche Seite sagt, sie werde in Zukunft ihre Position aufgrund des neuen Denkens verändern, während daran von westlicher Seite aufgrund bisheriger Erfahrungen Zweifel geäußert werden. Dabei sollten wir nicht übersehen, daß in der kommunistischen Tradition stets zwei Elemente nebeneinander herliefen, die häufig nur oberflächlich - in der Ideologiediskussion - miteinander verbunden waren, nämlich eine machtpolitisch-zynische und eine utopisch-humanistische Variante. Während des Stalinismus dominierte weitgehend die machtpolitisch-zynische Variante. Gegenwärtig wird nun in der sowjetischen Diskussion, aber nicht nur dort, die utopischhumanistische Variante akzentuiert, ohne daß damit die Elemente der Machtpolitik außer acht gelassen werden. Das ist die politische Voraussetzung, um eine Entmilitarisierung des Macht- und Systemgegensatzes überhaupt erst zu ermöglichen.

Letztlich muß eine Abrüstungspolitik gefunden werden, die nicht nur nukleare Kriege, sondern jeden Krieg verhindert. Das wird im Prinzip heute von der östlichen Seite genauso gesehen und entspricht auch ihrer Interessenlage, besonders der der mitteleuropäischen Staaten.

Der Westen hat zu Recht die Frage der Offensivfähigkeit und der Offensivstrategien der östlichen Seite in die Diskussion gebracht. Unsere Aufgabe wäre es, jetzt zu definieren, was defensive Strukturen sind; denn dazu ist der Westen bisher nicht in der Lage gewesen. Das heißt, der Westen muß sein allgemeines Unbehagen über die östlichen Potentiale und Strategien in konkrete Forderungen präzisieren. Zugleich muß er allerdings auch bereit sein, das, was er von sowjetischer Seite an defensiven Kategorien verlangt, auch für seine eigenen Rüstungspotentiale gelten zu lassen. Es geht also um die Entwicklung gemeinsamer Kategorien auf der Grundlage von heute unterschiedlichen Strukturen, aber auch geographischen und geostrategischen Asymmetrien. Das Militärpersonal muß verringert werden, in gleichem Maße aber auch die Rüstungspotentiale selber.

Dabei wird man nicht darum herumkommen, unterhalb der gesamteuropäischen Dimension vom Atlantik bis zum Ural geographische Unterzonen zu vereinbaren. Denn eine sowjetische Division bei Moskau ist anders zu bewerten als eine sowjetische Division bei Berlin. Wenn man aber geographisch definierte subregionale Zonen vereinbart, tauchen sofort politische Probleme auf. Denn die Einteilung Ostund Westeuropas in Unterregionen hat nicht nur militärische, sondern auch politische Konsequenzen. Insofern ist die Zonendiskussion von Anfang an eine Diskussion über die politische Ordnung in Europa. Die Zonen selber können sich überlappen, und darüber hinausgehend können vertrauensbildende Maßnahmen verbunden werden.

Dann zur Frage der Lösungen. In Abrüstungsverhandlungen kann man jeweils nur Segmente verhandeln. Man muß Teilelemente aus einer Gesamtproblematik herauslösen, um sie verhandelbar zu machen. Da umgekehrt aber die Verhandelbarkeit von Teilelementen nur gegeben ist, wenn man sie mit einem Gesamtkonzept verbindet, geht es um einen Weg, die Teilelemente zwischen Ost und West kommunizierbar zu machen. Bisher haben wir uns darauf beschränkt, zum Beispiel bei den MBFR-Verhandlungen in Wien, die einzelnen Segmente, die verhandelbar sind, miteinander zu kommunizieren. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Die Doktrinendiskussion bietet nun die Chance, die politischen und militärischen Elemente in einem Gesamtkonzept zu verbinden. Doktrinen kann man nicht verhandeln, aber man kann durch die Diskussion der politisch-militärischen Elemente Wahrnehmungen verändern und Kriterien entwickeln, die später für die Verhandlungen von Nutzen sind. Deshalb ist die Doktrinendiskussion so wichtig, weil sie das integrierende Element des politischen und militärischen Faktors im Ost-West-Dialog darstellt, während die Verhandlungen später nur die einzelnen Segmente umfassen. Die Verhandlungssegmente werden als solche, losgelöst vom Gesamtkonzept, in eine Sackgasse geraten oder an der Oberfläche bleiben. Man muß sie mit einer integrierenden Diskussion der politischen und militärischen Absichten verbinden.

Und hier erleben wir zur Zeit eine ganz abstruse Situation. Die gleichen Leute auf westlicher Seite, die lange Zeit argumentiert haben, man dürfe die Ost-West-Problematik nicht allein durch die militärische Brille sehen, sondern müsse sie in ein Gesamtkonzept der politischen Beziehungen zwischen Ost und West einbetten - eben weil der Ost-West-Konflikt nicht nur ein militärischer Konflikt sei;- , konzentrieren sich heute vorwiegend auf militärische Details, während die östliche Seite bereit ist, über eine

Verbindung von politischen und militärischen Komponenten zu diskutieren. Dies wird vom Westen bislang nicht konstruktiv beantwortet. Es wird dort häufig als Trick und Ablenkungsmanöver verstanden, mit denen von den militärischen Fakten abgelenkt werden soll, obwohl es in Wirklichkeit darum geht, beide Komponenten miteinander zu verbinden.

Sonnenfeldt

Ich halte es nicht für klug anzunehmen, daß Abrüstungsverhandlungen per se einen Krieg verhindern können, weder atomar noch konventionell. Die Kriegsverhinderung muß primär dadurch geschehen, wie sich beide Seiten auf dem militärischen Gebiet tatsächlich verhalten. Verhandlungen brauchen viel Zeit, sind kompliziert und so weiter und sind abhängig von dem, was beide Seiten tatsächlich tun. Hier haben beide Seiten eine erhebliche Verantwortung, wie sie über ihre militärischen Kräfte verfügen oder, wenn Sie so wollen, wie ihre Doktrin aussieht. Daher halte ich die Ausführungen von Herrn Ruhe über bestimmte Veränderungen, die einseitig vorgenommen werden, für sehr wichtig.

Im gleichen Zusammenhang möchte ich meine feste Überzeugung wiederholen, daß militärische Maßnahmen in ein breites Handlungsprogramm eingebettet werden müssen. Dazu gehören auch Denkprozesse im Hinblick auf Europa, insbesondere wie die europäische Teilung abgemildert oder sogar aufgehoben werden kann. Ohne diese weiterführenden Dinge wird Rüstungskontrolle nicht zu einer Befriedung des Kontinents führen.

Morel

Herr Grunert hat sich hier beredt zum Thema Abschreckung geäußert, zweifellos ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben dazu von östlicher Seite verschiedene Äußerungen vernommen, die so ein wenig nach Allwissenheit klingen. Es war beispielsweise die Rede von "Nathan der Weise" und der Parabel von den drei Ringen.

Ich sehe bei der Kritik der Abschreckung die Gefahr, daß wir uns wiederum in einen ideologischen Streit einlassen - eine Art von Religionskrieg zwischen jenen, die an die Abschreckung glauben, und jenen, die das nicht tun. Ich halte das für falsch und für einen gefährlichen Weg, den wir alle vermeiden sollten.

Wir im Westen werden hier so in die Rolle dessen gedrängt, der starrköpfig an die Abschreckung glaubt, und mein Land in besonderer Weise. Doch das ist Unsinn; wir "glauben nicht an die Abschreckung". Aber sie ist nun einmal eine Tatsache, und wir müssen damit leben. Wir mußten uns mit diesem Thema konkret auseinandersetzen, und zwar im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir in weniger als einem Jahrhundert drei Invasionen erlebt haben. Wir kennen die Grenzen konventioneller Verteidigung.

Zum anderen - und das wiegt in diesem Falle sehr schwer - sind wir in der Vergangenheit große Anhänger eines neuen Sicherheitssystems gewesen. Ich beziehe mich dabei auf Aristide Briand, der vor 60 Jahren gesagt hat: "Weg mit den Gewehren und Maschinengewehren! Laßt uns die Türen für Verhandlungen und kollektive Sicherheit öffnen!" Was geschah? Ein großer Fehlschlag! Nicht, weil er unrecht hatte jedermann unterstützte ihn;- , aber die Basis, auf der ein neues Sicherheitssystem hätte errichtet werden können, war nicht gegeben. Und die Vorstellung, man könne ein Ergebnis allein durch eine politische Entscheidung festlegen, erwies sich als sehr destabilisierend. Diese Erfahrung ist uns gegenwärtig, wenn wir hören, daß die Abschreckung jetzt überholt sei und wir uns auf ein neues System zubewegen. Wir haben das Gefühl, daß das sehr schiefgehen könnte.

Abschreckung wird nach wie vor von allen Ländern praktiziert. Ich nenne nur ein Beispiel: Das Typhoon U-Boot, das größer ist als die Ohio-Klasse. Die Prawda veröffentlichte ein großes Foto mit Herrn Gorbatschow auf diesem neuen U-Boot bei Murmansk. Eine neue Marinebasis, Gremikha, wurde dafür gebaut und von einem nicht-militärischen französischen Satelliten namens "Spot" aufgenommen. Dieses neue U-Boot-System wird mindestens 30 Jahre lang funktionsfähig sein. Daraus schließe ich, daß die Sowjetunion bereit ist, Abschreckung mindestens noch 30 Jahre zu verfolgen. Ein Typhoon entspricht der gesamten Atomstreitmacht Frankreichs oder Großbritanniens. Wo sitzen also diejenigen, die an die Abschreckung glauben? Ich meine, es ist keine Frage des Glaubens, sondern der Tatsachen und der Praxis.

In der Diskussion um Abschreckung taucht eine weitere Frage auf. Es wird so getan, als müsse Abschreckung unter moralischen Aspekten diskutiert werden. Ich würde dagegenhalten, daß es unmoralisch und unverantwortlich ist zu behaupten, das Ende der Abschreckung stehe unmittelbar bevor; denn davon kann überhaupt keine Rede sein. Wir können uns hier nicht im Namen der Moral

an die Öffentlichkeit wenden und so tun, als bedürfe es nur noch einiger Abkommen, und dann wird schon morgen die Abschreckung eine Sache der Vergangenheit sein. Das ist nicht der Fall.

Was bedeutet es überhaupt, wenn wir die Abschreckung hinter uns lassen? Wenn ich wirklich moralisch argumentieren wollte, müßte ich ganz anders fragen. Gegenwärtig ist das Hauptproblem die Überproduktion von Atomwaffen durch die Supermächte. Das ist die eigentliche Quelle der Spannungen. Und da bleibt noch eine Menge zu tun, um Lösungen zu finden. Vielleicht müssen wir bei der Anwendung der Politik der Abschreckung neue, fortschrittliche Alternativen entwickeln. Das wichtigste wäre, ein Minimalkonzept für die Abschreckung zu entwickeln.

Was in den 50er, 60er und 70er Jahren falsch gelaufen ist, ist der Umstand, daß wir eine unglaubliche Anhäufung von Atomwaffen zugelassen haben. Das war damals unsinnig und ist es auch heute noch. Typhoon ist in bestimmter Hinsicht unsinnig, weil es bedeutet, daß ein einziges U-Boot der militärischen Kapazität einer ganzen Nation entspricht. Aber diese muß ihrerseits mit 11.000 strategischen Sprengköpfen auf sowjetischer Seite rechnen.

Wir müssen zu einem Minimalkonzept zurückfinden, das strategisch begründet ist. Atomwaffen sind nicht für expansive Ziele geeignet. Moral im technischen Zeitalter fordert die Beherrschung unserer eigenen technologischen und militärischen Fähigkeiten. Deshalb weise ich darauf hin: Was auch immer die Idee einer Welt ohne Atomwaffen sein mag, in jedem Fall handelt es sich hier um einen utopischen Ansatz, der nach meiner Meinung bereits überholt ist.

Ich würde diese Idee mit der Vorstellung vergleichen - ob sie nun von Moskau oder von Washington vertreten wird;-, daß es einen einfachen Weg aus der atomaren Abschreckung gibt, der ein neues Zeitalter kennzeichnet. Diese Vorstellung ist gefährlich. Es kann nicht darum gehen, die Atomwaffen abzuschaffen. Das ist unmöglich. Sie stellen einen integralen Bestandteil der gesamten technologischen Revolution dar. Die Beherrschung der Technologie wird immer wichtiger. Aber zu meinen, daß wir uns all dieser Dinge entledigen können, halte ich für gefährlich.

Damit komme ich auf "Nathan der Weise" zurück: Wir brauchen auf dem Gebiet der Abschreckung mehr Rationalität und nicht einen schnellen Ausstieg. Historische Erfahrungen und die Tatsachen sprechen gegen solche Vorgehensweise auf dem Gebiet der Sicherheit.

Körmendy

Herr Rühle fragte, ob es nicht möglich sei, die 1300 Kurzstreckenraketen auf unserer Seite auf das gegenwärtige Niveau von 88 auf westlicher Seite zu reduzieren. Nun, ich sagte vorhin, daß wir zur Zeit nicht an einer dritten Null-Lösung arbeiten. Aber es besteht auf Seiten der osteuropäischen Länder und der Sowjetunion grundsätzlich die Bereitschaft, diese Frage jederzeit aufzugreifen, wenn der Westen dazu bereit ist und man zu einem Einvernehmen kommt, wie die taktischen Atomwaffen verringert werden können.

Was unsere Bereitschaft angeht, die Zahl unserer Panzer, insbesondere der sowjetischen, zu reduzieren: Wann immer wir uns auf ein sinnvolles Mandat in Wien einigen können - und hoffentlich werden wir im nächsten Jahr in ernsthafte Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte eintreten;- , sind wir gegenüber jedem sinnvollen westlichen Vorschlag aufgeschlossen bis hin zu einer Verringerung unserer Panzerwaffen.

Zu Herrn Voigt möchte ich sagen, daß man Diskussionen über Doktrinen nicht allzu eng mit dem umfassenden Problem einer neuen politischen Ordnung in Europa verknüpfen sollte. Natürlich hängt beides irgendwie zusammen, es sind aber verschiedene Ebenen. Ich meine, eine Diskussion über Doktrinen, die vor oder gleichzeitig mit Verhandlungen über gegenseitige Reduzierungen von Waffen und Streitkräften geführt wird, würde das Verständnis für die beiderseitigen Vorschläge erleichtern. Auf diese Weise könnte der Weg zu beiderseits defensiven Positionen geebnet werden. Wenn ich von "Defensivpositionen" und "defensiven Strukturen der Streitkräfte" spreche, dann meine ich, daß auch die Gegenseite diese erkennen können muß.

Herr Morel hat sich eben noch einmal zur Frage der Abschreckung geäußert. Ich stelle erfreut ein gewisses Einvernehmen darüber fest angesichts einer Überzahl von strategischen Waffen, die weit höher ist, als zur Abschreckung benötigt würde. Von daher werden wir sicher auch in der Lage sein, uns auf eine minimale Abschreckung zuzubewegen, jedenfalls auf eine geringere Anzahl von Streitkräften, die für die Abschreckung ausreichend ist.

Karaganow

Zunächst einige Bemerkungen zur Diskussion. Erstens: Ich bin sehr für Offenheit unsererseits auf militärischem Gebiet. Ich habe bereits einen Artikel über dieses Thema veröffentlicht und Ihnen überreichen lassen. Unsere übertriebene Geheimhaltung war nur während der 50er Jahre von Vorteil; seitdem jedoch hat sie uns nur Nachteile gebracht.

Zweitens: Sie sollten jetzt nicht noch mehr von uns verlangen, solange sie nicht bereit sind, mit uns über konventionelle Rüstung zu sprechen. Wenn Ihnen 100.000 Mann auf beiden Seiten nicht ausreichen, dann eben eine Million; schließlich beginnen in zwei Jahren die 90er Jahre. Wo liegt also das Problem? Ich meine, eine Million Mann sind leichter zu verifizieren als einhundert- oder zweihunderttausend. Reduzierungen sind sicher notwendig, obgleich es auch Vorstellungen gibt, die lediglich eine Umstrukturierung ohne Reduzierungen befürworten. Ich halte Reduzierungen schon allein aus politischen Gründen für nötig. Obwohl eine Umstrukturierung der Streitkräfte und eine abnehmende Kampfbereitschaft unsere Befürchtungen mindern könnten, gibt es ohne Reduzierungen keinen politischen Impuls. Ich könnte mir ein Konzept struktureller Reduzierungen vorstellen, daß man also auf beiden Seiten diejenigen Systeme verringert, die einen mehr offensiven und aggressiven Charakter haben.

Ich komme jetzt zu meinem Hauptpunkt und hoffe, damit die schlimmsten Befürchtungen abzubauen und die besten Hoffnungen zu erfüllen, die unsere beiden achtenswerten Staatsmänner, Herrn Rakowski und Herrn Helmut Schmidt, beschäftigt haben. Als vermutlich der jüngste in dieser Runde spreche ich wohl im Namen der heutigen Jugend, wenn ich sage, daß ich des Erbes, das mir von meinen älteren Kollegen überlassen wurde, leid bin.

Obwohl die sehr einleuchtende Überlegung einer Auflösung der Blöcke in Europa nicht Thema ist, sollten wir dessen zumindest eingedenk sein. Leider steht dieses Thema in der westlichen Diskussion kaum und in der östlichen nur zu einem bestimmten Grad auf der Tagesordnung. Das müßte aber der Fall sein. Wir dürften uns alle an die Lage erinnern, als die NATO geschaffen wurde. Die NATO wurde primär als Antwort auf eine vermeintliche Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung gegründet; denn eine militärische Bedrohung seitens der Sowjetunion bestand damals nicht, und auch heute spricht alles dafür, daß niemand in den Vereinigten Staaten an eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion glaubt. Seinerzeit hatten wir 2,8 Millionen Mann unter Waffen, und unser ganzes Land war verwüstet. Die einzige Gefahr, die bestand, ging von Ihrer eigenen Linken aus, die sich möglicherweise von der sozialen Herausforderung, die durch die Sowjetunion gegeben war, anstecken lassen könnte.

Natürlich hatten Sie auch Angst vor Stalin. Vielleicht hatten einige Leute im Westen recht, weil sie die Situation in unserem Lande kannten. Aber Stalin stellte für sie keine äußere Bedrohung dar; sie fürchteten sich vor der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite fürchteten sich Stalin und unser Land auch vor dem Westen; denn unser Land war zerstört, sehr arm, und die Menschen, die jetzt heimkehrten, hatten anderswo ein besseres Leben gesehen. Dennoch war es nicht die Sowjetunion, die als erste einen militärpolitischen Block errichtete. Wie gesagt, war ja auch die NATO anfangs kein reiner Militärblock, sondern ein militärisch-politisches Bündnis mit dem Ziel, die westeuropäischen herrschenden Kreise - oder, um es marxistisch auszudrücken: die kapitalistischen Kreise - gegen die Bedrohung durch die eigene Linke abzusichern. Erst nach dem Koreakrieg wurde die militärische Infrastruktur der NATO aufgebaut und die Zahl der Streitkräfte schrittweise erhöht. Erst da begannen wir ebenfalls, unsere Streitkräfte aufzubauen. Auf diese Weise hat sich die Situation in Europa militarisiert.

In Wirklichkeit wurden die sozialen Unterschiede zwischen den beiden Systemen militarisiert. Aus heutiger Sicht erscheint diese soziale Spaltung völlig irrelevant. Wenn ich den Kapitalismus als Feind, als militärischen Feind sehe, habe ich eine ganz andere Sichtweise, als wenn ich ihn als Partner und Wettbewerber auffasse. Umgekehrt gilt das gleiche für Sie. Sie sehen in uns keine Konkurrenten auf dem gesellschaftlichen Feld, sondern betrachten uns als Feinde. So wird das Problem im Verlaufe einer Generation verschleiert.

Es gibt zur Zeit in der Tat nur zwei militärische Blöcke. Die Tatsache, daß es nur diese beiden Blöcke gibt, läßt die gegenseitig wahrgenommene Bedrohung ungeheuer anwachsen. Wenn die Sowjetunion zum Beispiel mit verschiedenen Gruppen von Ländern konfrontiert worden wäre, vielleicht mit variierenden militärischen Verbindungen in Westeuropa, hätten wir nicht in dem Maße aufgerüstet. Doch jetzt sind wir und unsere Verbündeten mit der mehr oder weniger vereinten Militärmaschine der NATO konfrontiert - ohne daß ich deren Zusammenhalt überschätzen möchte. Wäre das nicht der Fall, könnten wir sehr viel umfassendere Reduzierungen vornehmen, als wir das jetzt tun können. Die Struktur der beiden Organisationen sichert automatisch ihren eigenen Fortbestand.

Angesichts eines möglichen Durchbruchs in den nächsten fünf Jahren, können wir vielleicht ernsthaft über die nächste Stufe nachdenken - bis hin zu einer Auflösung der gegenwärtigen Situation. Ich will die Vereinigten Staaten durchaus nicht aus Europa heraushaben. Sie sind untrennbar mit der europäischen Politik verbunden und können nicht ausgeschlossen werden, selbst wenn wir das wollten. Mir ist es lieber, wenn sich die Vereinigten Staaten in Europa und an der europäischen Sicherheit festhaken, als daß sie eine unberechenbare Kraft darstellen. Dennoch bin ich mit dem Status quo nicht zufrieden und auch nicht mit dem Durchwursteln, was wir bisher gemacht haben. Denn dieser Ansatz stellt moralisch und finanziell eine große Belastung dar. Er hat uns im Grunde um das "europäische Haus" gebracht, weil wir alles, was von der anderen Seite kam, mit Mißtrauen betrachtet haben.

Was haben wir vom Westen tatsächlich bekommen? Etwa westliche Kultur? Unsere jungen Leute haben doch nur allen möglichen kulturellen Abfall über den Äther erhalten und nicht etwa die Hochleistungen der europäischen Kultur. Genausowenig haben Sie von uns bekommen. Wenn wir also über das Konzept eines "europäischen Hauses" sprechen, sollten wir die Idee einer Auflösung der Blöcke fest auf die Tagesordnung setzen - und im Kopf haben.

Rühe

Ich will jetzt nicht auf die Nachkriegsgeschichte eingehen, aber Ihre Darstellung, Herr Karaganow, kann nicht ganz unwidersprochen bleiben. Es ist gar keine Frage, daß die Amerikaner nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - im Unterschied zur Sowjetunion - sehr schnell demobilisiert haben und von daher die Schutzprobleme Westeuropas entstanden sind.

Wenn Sie hier eine Vision über die Auflösung der Blöcke entwickeln, dann möchte ich dem eine andere Vision entgegenstellen, nämlich die Vision des Selbstbestimmungsrechts aller europäischer Staaten in West und Ost. Wenn wir das verwirklichen, erhalten wir ein ganz anderes Europa. Die Waffen, die es heute in Europa gibt, sind hier aufgrund politischer Spannungen und aufgrund der Tatsache, daß nicht alle Europäer das Recht haben, selbst zu bestimmen, mit welchem System sie in ihrem eigenen Lande unabhängig leben wollen. Darüber muß dann gesprochen werden.

Karaganow

Sie wissen im Westen genau, daß auch wir nach dem Krieg erheblich demobilisiert und unsere Truppen um 8,5 Millionen Mann abgebaut haben. 1948 hatten wir noch 2,8 Millionen Mann unter Waffen - bezogen auf die Größe unseres Landes ist das fast nichts.

Heigert

Unser Thema heißt "Zusammenarbeit als Mittel zur Vertrauensbildung". Dazu möchte ich drei Vorschläge machen.

Erstens: Wie sieht heute die Lage an den Grenzen aus? Wenn ich als Westdeutscher an eine der osteuropäischen Grenzen komme, dann erlebe ich zunächst viele Polizisten, die meinen Paß und mein Gesicht überprüfen, mehrfach. Meistens verschwindet mein Paß hinter einem Vorhang, wo er offenbar eingehend studiert wird, was normalerweise 15 bis 25 Minuten dauert, die ich zu warten habe. Was ist der Grund für diese Abwicklung? Da herrscht kein Vertrauen, sondern Mißtrauen. Die Sicherheitsapparate in Ihren Ländern sind offenbar von der Sorge durchdrungen, es könnten Leute hereinkommen, die man nicht so gern hat, vielleicht sogar Agenten. Ich bin jedoch sicher, daß auf diese Weise noch nie ein Agent enttarnt wurde. Vielleicht geht es Ihnen bei uns ja genauso. Deshalb mein erster Vorschlag an Sie: Machen Sie den Einfluß, den Sie auf Ihre Regierungsapparate haben, geltend, damit sich an diesem Zustand etwas ändert. Sprechen Sie nicht nur hier von Vertrauen, sondern auch denen gegenüber, die voller Mißtrauen sind.

Zweitens: Es wurde hier viel vom europäischen Haus gesprochen. Wir haben, wie Herr Grunert sagte, sehr emotionale Worte von Herrn Bogdanow über Menschenwürde gehört. Zur Menschenwürde gehört, daß jeder sich die Informationen besorgen kann, die er für richtig hält. Stichwort: Presseaustausch. Es ist keinem jungen Menschen mehr klarzumachen, bei Ihnen nicht und auch nicht bei uns, daß der Staat und seine Behörden sich das Recht herauszunehmen, mir vorzuschreiben, was ich zu lesen habe und was nicht. Wir haben von der Autoritätskrise der älteren Generation gesprochen, die das alles so eingerichtet hat. Wir müssen uns nicht wundern, wenn junge Menschen von der Welt, die wir so eingerichtet haben, nicht viel halten. Meine zweite Bitte also: Helfen Sie, daß auch dieser Teil der Menschenwürde verwirklicht wird und nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen herrscht.

Drittens: Wir machen Partnerschaften zwischen verschiedenen Städten in den verschiedenen Teilen der Welt. Das ist sicher sehr segensreich; denn dann können Bürgermeister, Stadtverordnete, Honoratioren und Funktionäre gelegentlich dort hinreisen und diskutieren und schöne Toasts aufeinander aussprechen. Ich will nichts dagegen sagen, aber einen Vorschlag machen, und dabei noch einmal auf die Jugend kommen. Warum gibt es eigentlich keine Partnerschaften zwischen Schulen einzelner Städte? Gewiß, es reisen schon Gruppen und Schulklassen auf eigene Initiative herum, manchmal auch organisiert. Aber warum vereinbart man nicht gegenseitige Besuche, zum Beispiel zwischen Schulklassen in Krakau und München oder Nürnberg, dort besteht ja bereits eine Art Partnerschaft. Das kann bescheiden anfangen, indem in jedem Jahr die Oberklasse, sagen wir, eines Nürnberger Gymnasiums mit ihren Lehrern für acht Tage nach Krakau fährt und umgekehrt. Wiederum möchte ich Sie bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß auch solche Dinge in diesem europäischen Haus geschehen. Dazu bedarf es keiner neuen großen internationalen Konferenzen, auch keiner vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie in Genf oder sonstwo vereinbart werden, keiner Verifikationen. Eigentlich ist es ganz einfach.

Boldizsár

Ich weiß nicht, wo und wie Sie in Budapest angekommen sind, Herr Heigert, aber daß Ihr Paß am Flugplatz nicht hinter einem Vorhang verschwunden ist, dafür können wir garantieren. Dort sitzt lediglich ein Beamter, der sich den Paß anschaut, den Sie dann sofort zurückerhalten.

Wenn ich dagegen nach Italien fahre, kommt es öfter vor, daß ich meinen Wagen beiseitestellen muß und man mir meinen Reisepaß abnimmt, auf den ich mitunter bis zu 30 Minuten zu warten habe. An der französischen Grenze ist es ähnlich. Ich kann nicht für andere osteuropäische Staaten sprechen, aber in Ungarn wird Ihnen weder im Flugzeug noch im Wagen, noch auf der Eisenbahn der Reisepaß zu langanhaltenden Kontrollzwecken abgenommen.

Was den Presseaustausch angeht, so können Sie an den Kiosken der Innenstadt und in den Lobbys der Hotels viele deutsche, französische, amerikanische Zeitungen erhalten. Das war sicher immer so, aber seit November 1985 ist das der Fall. Das hing nicht zuletzt wohl mit dem europäischen Kulturforum zusammen, das im Rahmen des Helsinki-Prozesses in Budapest stattfand. Eine andere Frage ist der hohe Preis für diese Zeitungen, was aber in den Devisen begründet ist.

Drittens: Der Austausch zwischen Oberschülern und Studenten findet nicht nur unter Partnerstädten statt. Nahezu jede Oberprimaner- oder Unterprimanerklassen in Ungarn fährt in eine der östlichen Städte, und Studenten, die auf der Universität französisch, englisch, italienisch oder spanisch lernen, verbringen mehr als einen Urlaub oder eine kurze Zeit im Ausland. Ich freue mich, daß Sie an diese Tür geklopft haben; aber diese Tür ist offen.

Izik-Hedri

Ich bin erschüttert, Herr Heigert, daß Sie so wenig Informationen über uns haben. Bei uns kann jeder, der im Wagen oder im Flugzeug anreist, an der Grenze sein Einreisevisum erhalten. Das dauert in der Regel kaum eine halbe Stunde, wenn dort keine Warteschlange ist.

Wenn wir dagegen in einige westliche Länder fahren, müssen wir bis zu zwei Wochen auf unser Einreisevisum warten. Ungarn hat bereits 1976 19 Staaten vorgeschlagen, den Visumszwang aufzuheben. Wir bekamen positive Antworten von Finnland, Österreich, Schweden, Malta und Zypern und haben entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. Mit der Bundesrepublik stehen wir darüber seit langem in Verhandlungen.

Bei der Paßkontrolle können Sie natürlich Pech haben, wenn dort ein junger Soldat sitzt, der erst kurz zuvor seinen Dienst angetreten hat. Normalerweise geht das in zwei Minuten vor sich.

Zum Jugendaustausch. Ich bin Professorin an der Karl-Marx-Universität in Budapest. Dort ist der internationale Studentenverband vertreten, der im Urlaub Studienreisen arrangiert. Meine Studenten, die sich mit Außenhandel beschäftigen, fahren zum Beispiel im allgemeinen für ein bis zwei Monate in die Bundesrepublik und in andere Länder. Ausländische Studenten kommen zu uns. Bundesdeutsche und amerikanische Studenten werden sogar in ihrer Muttersprache an der medizinischen Universität unterrichtet. Wir sind sehr für diesen Austausch. In Madrid waren es die Ungarn, die sich für den Jugendtourismus eingesetzt haben, um den Austausch zu erleichtern.

Wojna

Ich meine auch, Herr Heigert, daß wir uns in den von Ihnen erwähnten Punkten nicht verteidigen müssen, und ich kann mich über Ihre Schwarzmalerei nur wundern. Wenn man genau hinsieht, zeigt

sich ein sehr nuanciertes Bild; denn diese Dinge werden in den verschiedenen sozialistischen Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt, und zwar aus einer Reihe politischer, historischer und anderer Gründe. Auch in Warschau dauert die Paßkontrolle nur zwei oder drei Minuten.

Aber haben Sie einmal die Visaformulare angesehen, die wir ausfüllen müssen, wenn wir in einige westliche Länder reisen wollen? Das gilt allerdings nicht für die Bundesrepublik. Aber auch da warte ich immer zwei, drei Wochen auf mein Visum, obwohl ich in der Bundesrepublik recht bekannt bin. Unsere Grenze ist jedenfalls weiter geöffnet, als das bei Ihnen für die Besucher aus dem Osten der Fall ist.

Der Presseaustausch ist in der Tat vor allem eine Devisenfrage. Ich bekomme in Warschau die Süddeutsche Zeitung leider seit einigen Jahren nicht mehr, weil die Redaktion dafür keine Devisen hat. Politische Gründe gibt es nicht.

Schließlich zum Jugendaustausch. In diesem Jahr haben mehr als 400.000 Polen die Bundesrepublik besucht, in der Mehrheit sind es junge Leute. Viele Jugendgruppen kommen zu uns. Wir freuen uns darüber und wollen diese Bewegung keineswegs bremsen. Man sollte hier also nicht immer böse politische Absichten unterstellen.

Roper

Als ich seinerzeit Parlamentsmitglied war, stellte ich fest, welche Verzögerungen es bei der Erteilung von Visa für Osteuropäer gab, die nach Großbritannien wollten. Damals habe ich versucht, Druck auf unsere Behörden auszuüben, um diese Verzögerungen abzubauen. Das waren ähnliche Erfahrungen, wie sie Herr Heigert von seinen Reisen nach Osteuropa berichtet hat. Mich hat das jedenfalls sehr betroffen gemacht, als mir bewußt wurde, daß wir uns im Westen, speziell in Großbritannien, im Grunde genauso verhalten. Es gibt Bürokratien, die überall in Europa nur schwer zu bewegen sind. Ich meine, wir alle sollten die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen, um diese Dinge zu beschleunigen. Mitunter, wie wir kürzlich gesehen haben, kommen die Dinge auch sehr schnell in Bewegung.

Karaganow

Ich befürworte in der Tat alle die Dinge, die Sie erwähnt haben, Herr Heigert. Im gleichen Sinne sollten jedoch auch Sie ein Gesetz verabschieden, um in Ihrem Land sowjetische Informationen besser zu verbreiten, und zwar aus Originalquellen. Fast jeder sowjetische Bürger hat durch das Radio Zugang zu ausländischen Informationen. Aber im Westen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, sind die Einschaltquoten für ausländische Sender gleich Null. Das hat unter anderem etwas mit den bei Ihnen verwendeten Sendern zu tun. Präsident Reagan hat bisher die Errichtung einer entsprechenden Station in den USA verweigert.

Kaiser

Wir sollten uns die verbleibende Zeit mit der Frage nach praktischen Schritten beschäftigen, vor allem im ökonomischen Bereich.

Bognár

Wir haben hier vornehmlich über militärische Probleme gesprochen. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, daß wirtschaftliche und politische Faktoren den ganzen militärischen Bereich stark beeinflussen. Das gilt insbesondere für die Wirtschaft. Denn langfristige Wirtschaftsinteressen sollen natürlich durch politische Entscheidungen möglichst nicht beeinträchtigt werden. Wenn die Sowjetunion und China jetzt die Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, dann verändern sich dadurch die politischen Prioritäten. Ich meine, um eine solche Entscheidung werden auch die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht herumkommen.

In den letzten 40 Jahren haben die Weltmächte den wirtschaftlichen Fragen nicht die entsprechende Bedeutung zugemessen. Sie hatten die Illusion, auch in einem schlechten politischen Klima, das normale wirtschaftliche Beziehungen verhindert, könnten sie ihre wirtschaftliche Stärke und den Ausbau der Ressourcen erreichen. Darin haben sie sich getäuscht.

Die Sowjetunion betreibt heute eine Wirtschaftsreform; China tut das gleiche, und Helmut Schmidt hat den Amerikanern angesichts der vielfältigen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, ebenfalls eine Änderung ihres wirtschaftlichen Verhaltens nahegelegt. Unsere überkommenen Systeme, beispielsweise der Marshallplan, sind inzwischen 40 Jahre alt, und wir stellen fest, daß sie nicht geeignet sind, den Bedürfnissen der Zukunft gerecht zu werden. Die Weltwirtschaft hat

zwischenzeitlich Strukturveränderungen erlebt, die in den ursprünglichen Vereinbarungen nicht vorhersehbar waren.

Im Grunde haben in den letzten Jahren eigentlich sämtliche sozialistische Länder Reformmaßnahmen eingeführt, auch wenn sich die Reformen nicht in allen Gesellschaften in gleicher Weise ausgewirkt haben. Einige Reformen beschränkten sich auf die Wirtschaft, während andere auch gesellschaftspolitische Konsequenzen hatten. Aber auch dort, wo man gegenwärtig noch die wirtschaftlichen Veränderungen in den Vordergrund stellt, muß es über kurz oder lang ebenfalls zu gesellschaftlichen und politischen Veränderungen kommen.

Wenn man beispielsweise die Wirtschaft dezentralisiert, kann eine Regierung auf Dauer nicht in allen anderen Bereichen weiterhin intervenieren. Man kann den Betrieben nicht eine gewisse Unabhängigkeit verschaffen, während man überall sonst die Zentralisierung aufrechterhält. Deshalb wird es in jedem sozialistischen Land früher oder später zu Reformen in der Regierung und im gesamten Staatswesen kommen, weil es anders gar nicht möglich ist, die Perestroika und die Wirtschaftsreformen zu unterstützen.

Auch die Außenwirtschaftspolitik wird sich in den sozialistischen Ländern erneuern. Unter den Bedingungen des kalten Krieges ist der Außenhandel weitgehend zu einem Tauschhandel geworden. Das kann unter veränderten politischen Verhältnissen nicht so bleiben. Heute beginnt jedes sozialistische Land zu akzeptieren, daß es von der Weltwirtschaft ebenso abhängt wie die anderen Länder in der Welt. Deshalb reagiert das ganze Modell, an dem jetzt in den sozialistischen Ländern gebaut wird, sehr sensibel auf die Bedingungen der internationalen Zusammenarbeit, wie das in den anderen Ländern ja schon länger der Fall ist. Die Außenwirtschaft spielt heute im Leben aller Länder eine viel größere Rolle. Man erkennt, daß die Einflüsse der Weltwirtschaft sich heute teilweise sehr viel kräftiger auf die nationale Wirtschaft auswirken als die binnenwirtschaftlichen Prozesse selbst. Das gilt besonders für die kleinen Länder. Hier ist jedenfalls eine neue Situation entstanden.

Deshalb kommt es darauf an, daß wir in Europa zu einer Zusammenarbeit zwischen Ost und West finden. Die gegenwärtig überall stattfindenden Umstrukturierungen der Wirtschaften können ohne Zusammenarbeit leicht dazu führen, daß wiederum überall gleiche Kapazitäten aufgebaut und teure Investitionen gemacht werden und man am Ende seine Waren in anderen Ländern nicht absetzen kann. Hier brauchen wir eine gewisse internationale Arbeitsteilung.

Wir erleben derzeit eine ungeheuer schnelle technische Entwicklung, aber das Wirtschaftswachstum im Rahmen der Weltwirtschaft beträgt im Augenblick nur zwei Prozent, während es in den 60er Jahren im Durchschnitt weltweit fünf Prozent waren. Damals betrug das Wachstum im internationalen Handel neun bis zehn Prozent, jetzt sind es nur noch zwei bis drei Prozent, weil es an aufnahmefähigen Märkten fehlt. Also ist jedes Land dabei, Absatzmärkte für seine Produkte zu suchen. Ich denke nur an Japan und andere ostasiatische Länder; die Amerikaner wissen ein Lied davon zu singen.

Die osteuropäischen Staaten wollen mit der neuen Wirtschaftspolitik auch die Zusammenarbeit verstärken. Und mit den Reformen in Politik und Gesellschaft ändern sich die wirtschaftlichen Interessenlagen. Warum können wir unter diesen Umständen nicht arbeitsteilig vorgehen? Wenn man heute Strukturänderungen vornimmt und den Ausbau in bestimmten Sektoren vorantreibt, dann muß man wissen, wo es in Zukunft entsprechende Märkte gibt und man die neuen Produkte absetzen kann. Über diese Probleme muß gesprochen werden, auch in den internationalen Organisationen, wie zum Beispiel im europäischen Wirtschaftskomitee, wo man sich jedoch weitgehend immer noch auf eine Analyse der vergangenen Jahre beschränkt, statt nach vorn zu blicken und sich über die Zukunftsprobleme Gedanken zu machen.

Roper

In Antwort auf Herrn Bogdanow hatte ich bereits einige Punkte angesprochen, die die Konvertierbarkeit des Rubels und die Implikationen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas betrafen. Leider sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa immer noch in einem Zustand, der dem am Ende des Krieges gleicht, beziehungsweise der Zeit, als die Europäische Währungsunion gegründet wurde als ein erster Versuch, eine übergreifende Clearingstelle für die Länder Westeuropas zu schaffen. Ich würde von Herrn Bognár gerne wissen, ob es seiner Meinung nach innerhalb des RGW Möglichkeiten für einen umfassenderen Clearingmechanismus gibt, um beispielsweise die Konvertierbarkeit bestimmter Währungen zu erreichen.

Auch zu einem anderen Punkt hätte ich gern seine Meinung gehört. Bei den Beziehungen zu den Ländern Westeuropas bedarf es intern anderer Verrechnungsmodalitäten. Sonst gewinnen die Leute

den Eindruck, man habe es nur mit Staatshandelsmonopolen zu tun, gegen die eine nicht geringe Abneigung besteht, weil da verschiedene Formen von Dumping nicht auszuschließen sind. Als Konsument bin ich natürlich für Dumping, weil ich auf diese Weise günstiger einkaufen kann. Aber wir wissen um den Druck, dem unsere Regierungen im Westen seitens der Produzenteninteressen ausgesetzt sind, wenn sie darin eine Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Grundlage erkennen. Aus diesem Grunde sagen glasnost und ähnliche Faktoren schon etwas darüber aus, wie sich die Offenheit in den wirtschaftlichen Aktivitäten in Osteuropa auswirkt und welche Möglichkeiten verstärkter ökonomischer Zusammenarbeit sich daraus ergeben.

Vielleicht kann uns Herr Bognár auch etwas über die ungarischen Erfahrungen in den letzten 15 Jahren mit der eigenen Perestroika sagen. Denn gerade Ungarn hat in dieser Zeit bemerkenswerte Veränderungen in seinem eigenen Wirtschaftssystem durchgeführt. Wir wissen natürlich, daß man solche Erfahrungen nicht einfach auf andere Gesellschaften übertragen kann. Die Wirtschaftspolitik muß jeweils auf die besondere soziale und politische Situation zugeschnitten sein. Trotzdem würde ich gern wissen, ob einige der ungarischen Erfahrungen in den letzten 15 Jahren auch für andere Leute lehrreich sein könnten, die heutzutage ihrerseits eine Umgestaltung versuchen.

Karaganow

Zu Herrn Roper möchte ich nur sagen: Sie sprachen gestern davon, wir sollten erst einmal den Rubel konvertierbar machen, und dann seien wir im GATT willkommen. Das stellt eine beträchtliche Hürde für uns dar; denn um den Rubel konvertierbar zu machen - worum wir im Endeffekt nicht herumkommen werden;-, müssen wir zunächst unser ganzes Preissystem umbauen. Diese Umstrukturierung ist ein langer, mühsamer und sozial sehr schwieriger Prozeß. Die Forderung unserer westlichen Partner, daß wir das Preissystem umbauen und den Rubel konvertierbar machen sollten, läuft jedenfalls auf eine offene Ablehnung unseres Vorschlags hinaus. So hört es sich für uns zumindest an.

Roper

Ich habe nicht gesagt, die volle Konvertierbarkeit des Rubels sei eine Vorbedingung. Aber wir brauchen eine Rahmenvereinbarung, die erkennen läßt, daß man sich in diese Richtung bewegt und daß eine Struktur vorhanden ist, in der dies als Teil eines Ganzen sichtbar wird. Dies ist zweifellos Teil eines Prozesses. Aber es muß deutliche Anzeichen geben und eine Art von Zeitplan, damit die Leute wissen, was auf die internationalen Wirtschaftsorganisationen zukommt und was sie zu verkraften haben.

H. Schmidt

Ich bin doch etwas irritiert, daß Herr Karaganow meint, die Konvertierbarkeit des Rubels setze die vollständige Änderung des heimischen Preissystems unabdingbar voraus. Davon bin ich keineswegs überzeugt. Dabei geht es mir jetzt nicht um Probleme, die auftauchen könnten, wenn die Sowjetunion oder andere sozialistische Länder dem GATT beitreten. Ich halte es für das Hauptproblem, daß Sie beim Handel ein Staatsmonopol haben und Ihre Preise teilweise subventioniert sind. In den meisten unserer Länder werden die Preise dagegen vom Markt festgelegt, und die Unternehmen müssen sehen, daß die Marktpreise ihre Produktionskosten decken. Sie dagegen arbeiten auf jedem Gebiet mit einem großen Staatsmonopol.

Was mich wundert, ist, daß Sie nicht einmal innerhalb des RGW eine konvertierbare Währung haben. Dies sollte der erste Schritt sein. Wenn ich richtig informiert bin, arbeiten Sie bis zum heutigen Tag mit einem System bilateraler Handelsabkommen und einer Clearing-Stelle, welche die bilateralen Zahlungen ausgleicht. Ich kann überhaupt nicht begreifen, warum Sie keinen Valuta-Rubel haben, der von den verschiedenen Ländern, Staatsmonopolen oder Zentralbanken benutzt wird.

Es ist nicht nur eine Tatsache, daß in der Sowjetunion einige Ministerien ganze Industriezweige betreiben, die Güter produzieren, für die gar keine Nachfrage besteht, und damit Ressourcen verschwenden, sondern es ist auch eine Tatsache, daß der Handel etwa zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei oder zwischen Polen und der DDR alles andere als rationell ist, weil man etwas anbietet, das man loswerden will, und andere etwas kaufen sollen, was sie gar nicht brauchen. Es gibt keinen Markt zwischen sieben Außenhandelsministerien.

Warum hat man nicht schon längst eine konvertierbare Währung innerhalb des COMECON geschaffen? Dann hätten Sie bereits eine Menge an Erfahrungen sammeln können, wie mit Valuta oder Wechselkursen umzugehen ist. In dem Fall hätte sich nämlich nach einiger Zeit gezeigt, daß beispielsweise der interne Wechselkurs zwischen Forint und Rubel oder zwischen ostdeutscher Mark

und Rubel nicht angemessen ist und geändert werden müßte. Die Erfahrung im Umgang mit diesen Dingen würde vielleicht nach ein paar Jahren zu internationalen Wechselkursen führen und Ihren Managern ein Gespür dafür geben, wie die Weltwirtschaft finanziell und monetär funktioniert.

Bis jetzt scheinen viele Ihrer Leute immer noch zu glauben, dies sei ein rätselhafter Komplex, während sie früher meinten, hier gehe es nur um böse Manipulationen von Wall-Street-Bankiers oder ähnlichem. Es gibt in der sozialistischen Welt nur sehr wenige Leute, die die monetären Voraussetzungen der Weltwirtschaft begreifen. Das gilt sogar für die Volksrepublik China, obwohl sie dort noch ein wenig mehr davon verstehen als in Moskau oder in Osteuropa.

Ich gebe allerdings zu, daß dieses System in der Tat sehr schwer verständlich ist, weil es im Grunde überhaupt kein System ist. Es gab ein System bis in die späten 60er oder frühen 70er Jahre, das auf die relativ zuverlässige Kaufkraft des amerikanischen Dollar gegründet war und auf dem Goldpreis basierte. Damals zahlte man für eine Unze Gold 38 oder später 42 Dollar. Dieses System wurde ganz und gar aufgegeben; der Preis des Goldes stieg auf 800 Dollar und fiel dann wieder auf 400 Dollar. Gegenwärtig liegt er zwischen 400 und 450 Dollar. Zur Zeit gibt es also kein System. Die Konstellation verändert sich alle paar Jahre grundlegend, und außerdem haben wir es mit Schwankungsraten zu tun, die sich täglich ändern.

Das Ganze ist auch deshalb so schwer zu verstehen, weil der Wechselkurs nicht nur durch Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern durch die autonomen Interventionen der Zentralbanken beeinflusst wird. Ich will damit nicht das gegenwärtige System des Floating kritisieren, aber unsere osteuropäischen Freunde sollten verstehen, daß der Beitritt zu einer Institution der Weltwirtschaft wie dem GATT in Ihren Augen Vorteile für Ihren Außenhandel bringen mag, was in Wahrheit aber gar nicht der Fall ist. Sie werden es künftig mit einer Weltwirtschaft zu tun haben, in der die wichtigeren Währungen schwankende Wechselkurse aufweisen. Und das ist etwas, was die COMECON-Länder erst noch werden lernen müssen.

Es gibt nur einige wenige Leute in den osteuropäischen Ländern, die mit dieser Art von Nicht-System wirklich vertraut sind. Zu glauben beispielsweise, ein Rubel sei ein Rubel und soundso viele Deutsche Mark oder Dollar wert, mag vielleicht heute zutreffen, aber morgen eben nicht mehr. Man kann sich also nicht darauf verlassen, daß diese Relationen so bleiben werden. Wenn gemäß den Regeln des GATT ein Abkommen zwischen zwei Firmen zustande kommt, eine bestimmte Anzahl von Computern oder Ladas oder was sonst in andere Länder in dieser oder jener Währung zu verkaufen, dann muß man damit rechnen, daß die Devisen, die man erlöst, möglicherweise weniger Rubel bringen, als man zu Beginn angenommen hat. Wenn man Glück hat, sind es auch mehr.

Wenn ich also in der Position wäre, die ungarische, polnische oder sowjetische Regierung zu beraten, dann würde ich ihnen sagen, sie sollten nicht zu sehr auf GATT schauen. GATT ist heute gar nicht mehr so wichtig. Viel wichtiger ist, auf dem Gebiet des internationalen Geld- und Finanzmanagements eine gewisse Vertrautheit und Erfahrung zu erwerben.

Auch die höchsten Regierungsvertreter im Westen begreifen häufig nicht mehr, was auf diesem Gebiet los ist. In den letzten vier oder fünf Jahren sind so viele Finanzierungsinstrumente neu erfunden und massiv eingesetzt worden, daß im Grunde nur noch die Zentralbanken einigermaßen den Überblick haben; die Regierungen, auch die Finanzminister, überblicken viele Zusammenhänge gar nicht mehr. Vor 13 Jahren sprach alle Welt plötzlich vom Euro-Dollar. Der Euro-Dollar ist ein Geldmarktinstrument, das in Europa geschaffen wurde und nicht von der Dollar-Zentralbank in Washington kontrolliert wird. Man sprach auch vom Euro-Yen, und in Zukunft wird man vielleicht einmal vom Euro-Rubel sprechen, wenn Sie diesem System beigetreten sind.

Ich meine also, der erste Schritt müßte sein, innerhalb des COMECON Konvertierbarkeit herzustellen und auf diesem Gebiet Erfahrungen zu sammeln. Auf welche gemeinsame Währung - Rubel, Forint, Zloty - Sie sich dabei auch immer festlegen wollen, ist nicht so wichtig. Sie könnten auch eine neue Währungseinheit schaffen, wie wir das mit dem Ecu in der Europäischen Gemeinschaft getan haben. In jedem Fall werden Sie feststellen, daß damit Techniken verbunden sind, von denen man bei Ihnen bisher noch wenig Ahnung hat. Nach einigen Jahren könnten Sie dann versuchen, dem Weltwährungssystem beizutreten, das auf der anderen Seite der Boden ist, auf dem der Welthandel abgewickelt wird.

Der Welthandel wird auch in Zukunft nicht in Rubel abgewickelt werden - ob Sie nun Mitglied im GATT sind oder nicht;-, sondern in Hartwährungen, und der Rubel gehört fürs erste nicht zu den Hartwährungen. Sie werden feststellen, wie schwer es ist, wenn Sie erst einmal die konvertierbare Währung im COMECON eingeführt haben. Wahrscheinlich wird die Konvertierbarkeit im COMECON zu einer Situation führen, in der die am meisten nachgefragte Währung die jenes Landes sein wird,

das die niedrigste Inflationsrate und die beste Zahlungsbilanz aufweist. Ein Land mit einem Zahlungsbilanzdefizit, das also kurzfristiges oder langfristiges Kapital aus anderen Ländern einführen muß, wird kaum die Schlüsselwährung für ein konvertierbares System abgeben.

Bognár

Ich kann Ihre Auffassung teilen, Herr Schmidt, daß wir auf monetärem Gebiet in einem "Nicht-System" leben; ich weiß, daß die meisten Bankiers diesen Ausdruck gebrauchen.

Wir sind seit ungefähr 15 Jahren Mitglied im GATT und haben währenddessen Mittel und Wege gefunden, um mit dieser Organisation zusammenzuarbeiten. Wir waren an einer Anzahl von Projekten im Rahmen des GATT beteiligt, obwohl das GATT in seinen verschiedenen Tätigkeitsberichten immer wieder betont, daß ungefähr 70 Prozent des Welthandels nicht seinen Regeln entsprechend abgewickelt werden. Aus den eigenen Veröffentlichungen geht also klar hervor, daß das GATT mit seinen Mitgliedsländern nicht voll zufrieden ist.

Polen und Ungarn sind heute auch Mitglieder des Internationalen Währungsfonds, und auf ungarischer Seite sind wir, soweit ich weiß, mit der Situation im internationalen Währungssystem recht zufrieden, obwohl es da natürlich unterschiedliche Meinungen gibt. Aber von daher erklärt sich vielleicht, warum auch andere sozialistische Länder sich diesem System anschließen wollen. Dies ist kein Präzedenzfall, denn vier oder fünf sozialistische Länder sind bereits Mitglieder des Internationalen Währungsfonds.

Dann zur Frage der Staatsmonopole. In der Vergangenheit gab es Außenhandelsunternehmen, große monopolisierte Körperschaften. Heute hat die Industrie - vielleicht dreihundert industrielle und landwirtschaftliche Unternehmen - das Recht, mit unterschiedlichen Unternehmen in verschiedenen Teilen der Welt Außenhandel zu betreiben. Ist das dann noch ein Staatsmonopol? Ein Unternehmen ist nicht der Staat, vielleicht ist es Staatseigentum, aber es ist nicht mit dem Staat gleichzusetzen. Wir bemühen uns, sehr genau zu unterscheiden zwischen Staat und Unternehmen. Das betrifft auch die Eigentumsverhältnisse; denn das Eigentum wird in Zukunft dem Unternehmen und nicht mehr dem Staat gehören. Das bedeutet, daß der Staatshandel nicht mehr so zu Buche schlagen wird wie in der Vergangenheit.

Ich teile voll Ihre Ansicht, daß es notwendig ist, im COMECON eine konvertierbare Währung einzuführen. Dies würde sich für alle sozialistischen Länder als nützlich erweisen. Wir haben an verschiedenen Organisationen, einschließlich des COMECON, verschiedentlich Vorschläge in dieser Richtung unterbreitet. Nach meiner persönlichen Auffassung war die Finanzpolitik der Sowjetunion vor Gorbatschow sehr starr. Es war schwierig, mit den Sowjets ein Einvernehmen zu erzielen und über diese sehr komplexen Fragen zu verhandeln.

Aber auch die Sowjets beginnen umzudenken. Als ich mir die Zahlen der Außenhandelsstatistik der Sowjetunion für das letzte Jahr anschaute, stellte ich fest, daß sie einen Verlust von 36 Prozent aufgrund der veränderten Terms of trade erlitten hatte. Das war unter anderem eine Folge der sinkenden Ölpreise. Aber 10 oder 11 Prozent dieser Verluste waren der Tatsache zuzuschreiben, daß sie die Ungleichheiten in den Wechselkursen zwischen Dollar und Yen oder was immer nicht effizient genutzt hatten. Mit anderen Worten, auch sie müssen versuchen, diese Probleme, die mit den Fluktuationen zusammenhängen, anzugehen und zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Kaiser

Die hinter uns liegende Diskussion hat deutlich herausgearbeitet, daß Veränderungen im internationalen Geschehen wirksam sind, die eine neue Konstellation im Ost-West-Konflikt entstehen lassen. Hierbei werden neue Voraussetzungen sichtbar, aus denen sich ein Wandel zum Besseren ergeben könnte: neue Regelungen im sicherheitspolitischen Bereich, die die Chance der Stabilität erhöhen und neue Elemente der Kooperation in den verschiedensten Bereichen. Beide heben den Konflikt zwar nicht auf, erhöhen jedoch die Chancen einer friedlichen Entwicklung. Die Erörterungen haben mehrere Bereiche aufgezeigt, wo dieser Wandel stattfindet und der Politik neue Gestaltungsmöglichkeiten schafft:

- Der Weg zur substantiellen nuklearen Abrüstung ist prinzipiell frei. Das gemeinsame Interesse ist stark genug geworden, um konkrete Schritte bald möglich zu machen. Hierbei wird auch Verständnis dafür sichtbar, daß weitergehende Schritte einer totalen Abschaffung von Kernwaffen den Begrenzungen einer realistischen Sicht der Lage in Europa und der gewachsenen Strukturen der Bündnisstrategie unter konventionellen Situationen unterliegen.

- Die Bereitschaft zur Verifikation durch Inspektion vor Ort hat tatsächlich eine neue Lage für die Abrüstung geschaffen. Es gilt nun, diese kreativ zu nutzen und hierbei insbesondere auch auf dem konventionellen Feld voranzukommen, auf dem trotz langjähriger Verhandlungen in Wien keinerlei Fortschritte erzielt werden konnten.

- Die konventionellen Disparitäten werden zunehmend zu einem zentralen Problem der europäischen Sicherheit und verdienen deshalb, in den Mittelpunkt der Ost-West-Bemühungen gestellt zu werden. Für die Europäer geht es vor allem darum, daß nukleare Abrüstung konventionelle Kriege nicht führbarer oder wahrscheinlicher macht. Auf diesem Gebiet werden beide Seiten aufgefordert sein, die Probleme der Gegenseite mit Einfühlungsvermögen zu verstehen und zu berücksichtigen. Europa durfte sich der längsten Friedenszeit in diesem Jahrhundert erfreuen. Alles muß deshalb getan werden, um den Prozeß der Minderung von Rüstung unter den Primat der Kriegsverhütung zu stellen, gleichzeitig jedoch gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen.

- Die politischen und ökonomischen Reformen in der Sowjetunion verändern die inneren Gegebenheiten in einem der beiden das internationale System der Nachkriegszeit maßgeblich prägenden Supermächte in so grundlegender Weise, daß Auswirkungen vorerst nicht völlig überschaubar sind, in jedem Fall jedoch potentiell das internationale Geschehen beeinflussen dürften. Viele der angestrebten Erfolge liegen auch im Interesse des Westens, der sich die Frage stellen muß, was er in dieser Lage tun kann, um diesen Prozeß zu fördern. Sicherlich sind seine Möglichkeiten begrenzt, aber andererseits sind sie auch nicht unbedeutend.

Im Verhältnis beider Supermächte zu ihren Verbündeten entwickeln sich Strukturen, die durch neue Elemente der Partnerschaft und der Respektierung von Autonomie gekennzeichnet sind. In diesem Kontext entstehen neue Möglichkeiten der Kooperation über die Ost-West-Grenze hinweg, die es jetzt kreativ zu nutzen gilt.

- Die ökonomischen, gesellschaftspolitischen und umweltpolitischen Aufgaben sind gewaltig, vor denen die Staaten von Ost und West stehen. Daß eine Minderung der ökonomischen Bürde von Rüstung bei der Lösung dieser Aufgaben hilfreich ist, versteht sich von selbst. In jedem Fall erfordert jedoch die Lösung dieser Aufgaben tiefgreifende Reformen, die vor allem ein inneres Problem der betreffenden Staaten sind, die jedoch gleichzeitig auch Ansatzpunkte für grenzüberschreitende Kooperation und gegenseitige Unterstützung bieten.

- Die Diskussion in dieser so europäischen Stadt Budapest hat wieder einmal gezeigt, daß Europa ein vielschichtiger Begriff ist. In Westeuropa läuft die Integration weiter. Hierbei bildet sich auch zunehmend eine politische und sicherheitspolitische Identität aus. Dennoch entsteht gleichzeitig ein größeres Europa: Alte Bindungen über die Ost-West-Grenze werden stärker; neue Bindungen ergeben sich aus den Bemühungen um sicherheitspolitische Stabilisierung und Zusammenarbeit bei der Lösung ökonomischer, gesellschaftspolitischer und umweltpolitischer Probleme. Diese Entwicklung wird viel zu verändern vermögen, hat sich jedoch immer der Notwendigkeit bewußt zu sein, daß die sicherheitspolitische Stabilisierung und Neugestaltung Europas im größeren Kontext zwischen Atlantik und Ural betrieben werden muß, bei dem die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten (wie auch Kanada als transatlantische Macht) entscheidende Funktionen ausüben. Dennoch bleibt festzuhalten, daß den mittleren und kleineren Mächten Europas durch die sich jetzt abzeichnenden Veränderungen ein neuer Gestaltungsraum geschaffen wird, den es zu nutzen gilt.

Körber

Lassen Sie mich zum Abschluß mit meinem Dank an alle Gesprächsteilnehmer ein kurzes Resümee der zweitägigen Debatte ziehen.

Wie schon bei unserem Bergedorfer Gesprächskreis in Moskau im März dieses Jahres hat sich auch hier in Budapest bestätigt, daß sich das weltpolitische Klima verändert hat, seit die beiden Weltmächte sich bemühen, von der Konfrontation, die besonders die erste Hälfte der 80er Jahre bestimmt hat, allmählich zur Kooperation, zur Zusammenarbeit und Verständigung im Sinne der Vertrauensbildung überzugehen. Dabei beeindruckt vor allem die erstaunliche Öffnung des sowjetischen Systems, wie sie uns auf unserer Tagung von Radomir Bogdanow eindringlich vorgeführt wurde.

Als erstes Ergebnis dieser politischen Klimaveränderung stehen wir unmittelbar vor dem Abschluß eines Abkommens über Mittelstreckenraketen zwischen den USA und der UdSSR, das hier von allen Teilnehmern aus Ost und West begrüßt wurde. Dabei gehen wir davon aus, daß dieses INF-Abkommen nur der Einstieg für sehr viel weitergehende Abrüstungsmaßnahmen sein kann. Wenn diese umfassenden Abrüstungsmaßnahmen getroffen werden, was hier von den Vertretern beider

Seiten nachhaltig gefordert wurde, könnten die enormen Rüstungsausgaben in Ost und West erheblich heruntergefahren werden.

Für diesen Fall möchte ich, gewissermaßen als Budapester Appell des Bergedorfer Gesprächskreises, vorschlagen, daß die finanziellen Mittel, die durch Abrüstung in den Rüstungshaushalten eingespart werden, ganz gezielt zur Erhaltung unseres Planeten eingesetzt werden.

Die Zerstörung der Umwelt, die wir mit der aktuellen Weltwirtschaft betreiben, wird mit Sicherheit das Überleben der Menschheit spätestens im 21. Jahrhundert ernsthaft gefährden. Alle Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß die Verbrennung fossiler Primärenergieträger und die Verseuchung von Boden, Wasser und Luft durch Schadstoffe zur Gefährdung von menschlichem Leben, zur Zerstörung von Fauna und Flora und zu einem Umsturz des Weltklimas führen werden.

Diese Gefahren sind in ihrer Gesamtheit wegen ihrer Irreversibilität und ihren grenzüberschreitenden Wirkungen als noch bedrohlicher einzuschätzen als die Gefahren durch die weltweite Aufrüstung. Sogar ein Atomkrieg ist nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaftet, während die Zerstörung des Planeten mit nahezu absoluter Gewißheit eintritt, wenn wir so weiterwirtschaften wie bisher.

Für eine erfolgreiche Abwendung dieser Entwicklung halte ich es für unumgänglich, statt der bisherigen, gegeneinander gerichteten Waffen eine gemeinsame Waffe gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes zu entwickeln. Hierzu müssen in Ost und West alle gesellschaftlichen Kräfte mit ihren geistigen Kapazitäten und ihrem Erfindungsreichtum beitragen, um die theoretischen und praktischen Möglichkeiten und Bedingungen dafür aufzuzeigen.

Die Bewältigung dieser Aufgabe erfordert zudem den Einsatz finanzieller Mittel in einer Größenordnung, wie sie nur durch die im Zuge der Abrüstung freiwerdenden Haushaltsmittel gewährleistet werden können.

Der Verlauf unseres Gesprächskreises ermuntert mich zu diesem Appell; denn es wurde hier mit Recht festgestellt, daß sich die politischen Rahmenbedingungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert grundlegend zu ändern beginnen. Deshalb teile ich bei aller verbleibenden Skepsis den vorsichtigen Optimismus, der unser Gespräch durchweg bestimmt hat.